Ländlicher Raum

AGRARSOZIALE GESELLSCHAFT E. V.

Schwerpunkt

Jugend in ländlichen Räumen

ASG-Frühjahrstagung in Meißen

Tiergerechte Haltung und Zahlungsbereitschaft von Verbrauchern

H 20781 | 67. Jahrgang | 01/2016 | www.asg-goe.de

Inhaltsverzeichnis

ASG

1 Editorial
2 LandSchau 2016: Integration und bürgerschaftliches Engagement
- Ehrenamt braucht professionelle Unterstützung
- Gemeinschaftsaufgabe erweitern
- Neue Nahversorgung braucht viele Schultern
- Digitalisierung der Arbeitswelt
- Mehr Mut zu Bildungsexperimenten
- Strichcode-Fasten
- Nachwachsende Rohstoffe im Wettbewerb
- Das Ende der Käfighaltung
- TTIP – Fluch oder Segen?

8 Preisträger 2015: Wettbewerb Kerniges Dorf – Umbau gestalten
12 Tagungsregion Meißen
14 ASG-Frühjahrstagung 2016 in Meißen: Migranten aufnehmen und integrieren: Die ländliche Entwicklungspolitik vor neuen Herausforderungen
16 Neues aus ASG-Projekten

Agrarpolitik

17 Neues von der agrarpolitischen Bühne: Worte und Taten

Landwirtschaft

19 Sind Verbraucher die Bremser beim Tierschutz?
22 Schweinehaltung in Norwegen – beispielhaft für Deutschland?
26 Fallstudie zum Öko-Gemüsebau: Produktivität und Nachhaltigkeit im Kleinbauernbetrieb

Schwerpunkt Jugend in ländlichen Räumen

29 Jugendstrategie: Jugend im Fokus der Politik
31 Deutsches Jugendinstitut: Argumente und Empfehlungen für eine jugendgerechte Demografiepolitik in ländlichen Räumen
35 Junge Köpfe – Karriere in der Altmark: Berufliche Zukunft in der eigenen Region
36 Shell Jugendstudie: Fokus auf das Hier und Jetzt
38 „Ich bleib erst mal hier.“ Entwicklung einer bedarfsorientierten Jugendarbeit in Landgemeinden
42 Wettaktion jugend.macht.land #jml2015
43 Täglich grüßt das Murmeltier – KLJB engagiert sich gegen Wiederholung der Flüchtlingsgeschichte
44 Jugendliche werden zu Dorfraum-Pionieren
46 Wo bitte geht’s hier zur Partizipation? Jugend Macht Zukunft unterstützt junge Menschen auf ihrem Weg zu mehr Beteiligung!

Personalien

47 Martin Empl – Vorsitz im SVLFG-Vorstand
47 Dr. Gerd Wesselmann 65 Jahre
47 Sachverständigenrat Ländliche Entwicklung gegründet

Termin

47 Bundespreis „REGIOkommune“ – Bundesweiter Wettbewerb für Städte und Gemeinden

Lesetipp

47 Transitzone Dorf – Ein Ort zwischen Bodenreform und Kollektivierung

Aus der Forschung

48 Migration und Integration in ländlichen Räumen am Beispiel der saarländischen Kreisstadt Merzig
48 Überregional aktive Kapitaleigentümer in ostdeutschen Agrarunternehmen: Bestandsaufnahme und Entwicklung
48 Der Markt für Breitbandinternet in Deutschland und Politikempfehlungen zu seiner Förderung

Foto Titelseite: © yanlev – Fotolia.com. Sofern keine Nachweise an den Fotos und Abbildungen stehen, wurden diese der Redaktion von den Autoren, Fotografen und Verlagen überlassen oder stammen aus dem Bildarchiv der Agrarsozialen Gesellschaft e.V.

Schon lange reden wir über die Notwendigkeit einer stärkeren Beteiligung von Jugendlichen an politischen Entscheidungen auf kommunaler, Landes- und auch Bundesebene. Denn wer, wenn nicht sie, kann besser ihre Anliegen und Interessen vertreten. Wir wissen auch, dass für die Umsetzung jugendlicher Ideen eine höhere Geschwindigkeit erforderlich ist, damit die Jugendlichen nicht schneller aus ihren Interessen herausgewachsen sind als die staatlichen Mühlen mahlen. Wichtig für die aktive Beteiligung Jugendlicher ist zudem, ihre Kreativität, Originalität und ihr Engagement zu fördern.

Verschiedene Studien, so auch die aktuelle Shell-Jugendstudie, zeigen, dass die Null-Bock-Generation passé ist. Politikverdrossenheit? Von wegen. Allerdings definiert die Jugend von heute politische Beteiligung nur noch in geringem Maß über das Engagement in einer Partei. Dennoch will sie sich aktiv in die Gesellschaft einbringen und sie mitgestalten. Zu Recht hat sich daher die neue Jugendstrategie des Bundesfamilienministeriums zum Ziel gesetzt, die Beteiligung Jugendlicher an Entscheidungen, die ihr Umfeld und ihre Zukunft betreffen, zu fördern.

Letzteres ist insbesondere im Hinblick auf Halte- bzw. Rückkehrfaktoren für die Entwicklung ländlicher Regionen wichtig. Dabei geht es nicht allein um Investitionen in die Infrastruktur und in Freizeitangebote wie z. B. eine neue Turnhalle oder einen Jugendclub. Vielmehr spielt das Gefühl der Verbundenheit mit dem Herkunftsort eine große Rolle. Verbundenheit entsteht, wenn sich Jugendliche angesprochen und ernstgenommen fühlen, wenn sie die Möglichkeit haben, Angebote mit zu initiieren und zu gestalten, und wenn sie erfahren, dass sie ihr Lebensumfeld in ihrem Sinne beeinflussen können.

Zu den Beispielen hierfür, die wir in unserem Schwerpunkt „Jugend“ zeigen, gehören die Aktion jugend.macht.land des Bundes der Deutschen Landjugend (BDL), bei der Jugendliche in bemerkenswerten Aktionen viel für ihr Dorf bzw. für die Gesellschaft bewegt haben, wie auch das Projekt „Jugend Macht Zukunft“ des Jugendrings Sachsen-Anhalt e.V., der mit Mikroprojekten die Eigenverantwortlichkeit und Mitbestimmung Jugendlicher stärkt. Ihre Beschäftigung mit dem Thema Flucht und der Integration von Geflüchteten in ländlichen Regionen stellt die Katholische Landjugendbewegung Deutschland (KLJB) vor.

Dieses Thema zieht sich auch durch die aktuellen ASG-Aktivitäten bei Seminaren, der LandSchau auf der Internationalen Grünen Woche Berlin oder der Frühjahrstagung in Meißen mit dem Titel „Migranten aufnehmen und integrieren: Die ländliche Entwicklungspolitik vor neuen Herausforderungen“. Mit dem Tagungsprogramm und einem Bericht über die Region Meißen möchten wir Sie, liebe Leserinnen und Leser, neugierig machen und herzlich einladen, vor Ort mit uns zu diskutieren und die Gegend zu erkunden.

Ihre

Ines Fahning

Ines Fahning, Agrarsoziale Gesellschaft e.V.

Fotos: M. Busch

Dr. Ulf Häbel
Pfarrer i.R., Freienseen

Dr. Matthias Neth
Landrat Hohenlohekreis

Prof. Dr. Hans-Günter Henneke
Hauptgeschäftsführer des Deutschen Landkreistages (DLT)

Heike Götz
Moderatorin

Peter Bleser
Parl. StS, Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft

Dr. Martin Wille
StS a.D., Vorsitzender des Vorstandes der Agrarsozialen Gesellschaft e.V.

(v.l.n.r.)

LandSchau 2016:

Integration und bürgerschaftliches Engagement

Im Zentrum der Eröffnungsveranstaltung der LandSchau stand das Thema Flüchtlinge. Peter Bleser, Parl. StS im Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft, betonte, dass es das Bestreben der Bundesregierung sei, die Fluchtursachen zu beseitigen. Asylbewerber mit berechtigtem Anspruch und Bürgerkriegsflüchtlinge, die bereits in Deutschland seien, müssten jedoch Schutz erhalten und in Deutschland integriert werden. Da es in Dörfern keine Parallelgesellschaften und keine Anonymität gebe, gelinge das hier oft besser als in der Stadt. Diese Auffassung teilten auch die übrigen Gesprächsteilnehmer, zudem stünde auf dem Land mehr Wohnraum zur Verfügung und auch die regionale Wirtschaft engagiere sich. Im Hohenlohekreis hätten sich Unternehmen auch finanziell am Integrationszentrum beteiligt, so Landrat Dr. Matthias Neth. Die Schwerpunkte seines Landkreises seien Spracherwerb und Arbeit. Prof. Dr. Hans-Günter Henneke wies auf die Heterogenität der ländlichen Räume hin, in denen nicht jedes leerstehende Gebäude genutzt werden könne. Es müsse aber auch verhindert werden, dass in Ballungsräumen durch den Neubau von zu vielen einfachen Unterkünften die Problemviertel der Zukunft entstünden. Für eine gelingende Integration benötigten die Landkreise verlässliche Bedingungen. Der Deutsche Landkreistag plädiere daher für eine Wohnsitzauflage für bleibeberechtigte Flüchtlinge, solange diese Sozialleistungen bezögen. Zu einer langfristigen Integrationsperspektive gehörten auch Arbeitsplätze, wozu eine Politik notwendig sei, die den ländlichen Raum fördere. Dies unterstützte Dr. Wille mit seinem Appell, die Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz zu einer Gemeinschaftsaufgabe für ländliche Entwicklung umzugestalten und in diesem Rahmen auch Mittel für die Integration von Flüchtlingen bereitzustellen. Beheimatung erfolge durch Beteiligung, nicht durch Versorgung, betonte Dr. Ulf Häbel, Pfarrer i. R.

Ehrenamt braucht professionelle Unterstützung

Heidenaus Flüchtlingshelfer

Nachdem Heidenau im letzten Sommer wegen rechter Ausschreitungen gegen eine Erstaufnahmeeinrichtung in die Schlagzeilen geraten war, hatten sich 800 Bürgerinnen und Bürger gemeldet, die mit Geld- oder Sachspenden oder durch ehrenamtliche Arbeit den bis zu 800 Flüchtlingen in dem ehemaligen Baumarkt helfen wollten, so Juliane Staretzek, Mitarbeiterin der Aktion Zivilcourage e.V. und Koordinatorin der Ehrenamtlichen für die Flüchtlingsunterkunft in Heidenau. Es handele sich um humanitäre Nothilfe, weniger um Integration, die Unterbringung in mit Planen abgetrennten Bereichen des ehemaligen Baumarktes könne allerdings bis zu einem halben Jahr dauern. Man habe erst nach und nach lernen müssen, welches die wichtigsten Bedürfnisse der aus Syrien oder dem Irak geflüchteten Menschen seien und werde auch heute noch vor einige Herausforderungen gestellt, wenn kurzfristig neue Busse mit Geflüchteten vor der Tür stünden.

UBUNTU: Zuhause im Zirkus

Der 1995 gegründete Kinder- und Jugendzirkus UBUNTU in Schleswig-Holstein wurde über viele Jahre ausschließlich von Ehrenamtlichen getragen, die wachsende Größe und Komplexität des Projekts erforderte aber vor fünf Jahren die Einstellung einiger hauptamtlicher Mitarbeiter, so Robert Scharmacher, Leiter von UBUNTU – der Zirkus. Von den 70 Menschen, die jedes Jahr mit einem neuen Programm auf Tournee gehen, arbeiten jedoch fast alle ehrenamtlich. Geplant sei auch, künftig mit einigen Artisten in Flüchtlingsheime zu gehen. UBUNTU – die Wagenburg, eine anerkannte Jugendhilfeeinrichtung, in der 16 Kinder und Jugendliche in Bauwagen

leben, arbeitet mit dem Zirkus zusammen und profitiert damit indirekt von der ehrenamtlichen Arbeit. Seit einiger Zeit hat die Einrichtung auch zwei unbegleitete Jugendliche aus Afghanistan bei sich aufgenommen, welche neben einem neuen Zuhause auch eine Begleitung für die vielen Behördengänge benötigten, so die pädagogische Leiterin Kerstin Sierk.

DorfSchmiede Freienseen

800 Einwohner hat der Ort Freienseen im hessischen Vogelsberg, 160 davon haben sich im gemeinnützigen Verein „Vogelsberger Generationennetzwerk/Nachbarschaftsfamilie e.V.“ zusammengeschlossen und entwickeln in Arbeitsgruppen Ideen zur Förderung des Projekts DorfSchmiede und der Dorfentwicklung. Das bisher leerstehende, denkmalgeschützte Ensemble DorfSchmiede wird mit viel Eigenarbeit, aber auch professioneller Unterstützung umgebaut. Entstehen sollen Räumlichkeiten für die Tagespflege, ein Arztzimmer, ein Dorfladen und eine Dorfwerkstatt, in der Handwerker im Ruhestand Kindern auch Werkunterricht geben können. Durch die Zusammenarbeit mit dem Waldkindergarten und der Schule, beide vom Gemeinschaftssinn der Freienseener getragen, werde ein Mehrgenerationenprojekt im besten Sinne entstehen, so Pfarrer i. R. Dr. Ulf Häbel. Neue Bewegung und Leben in das Dorf brächten auch die zwei Asylbewerber aus der Sammelunterkunft in einem Nachbardorf, die im Projekt mitarbeiteten. Bei der gemeinsamen Arbeit würden bestehende Berührungsängste auch ohne Sprachkenntnisse abgebaut und man werde neugierig aufeinander.

Für die Umsetzung des Projekts DorfSchmiede mit einem Investitionsvolumen von 2,3 Mio. € sei ein professioneller Projektmanager notwendig gewesen und mit Dennis Pucher, Geschäftsführer von DENKSTRUKTUREN, gefunden worden. Ehrenamtliche hätten weder die Kenntnisse über alle Paragrafen zur Beantragung von Fördermitteln, noch die Geduld, mit Bedenkenträgern auf Behördenseite umzugehen, so Dr. Häbel. Viele Initiativen bekämen keine Fördermittel, weil sie durch die Bürokratie überfordert seien, bestätigte Dennis Pucher. Er beschrieb auch die Genehmigungsverfahren für die DorfSchmiede als kompliziert; sowohl die Heimaufsicht als auch die Denkmalschutzbehörde hätten Mitspracherecht. Die zweite Hürde sei, dass nach der Fertigstellung ausreichend Mieteinkünfte generiert werden müssten, um die Kosten zu decken. Bedingung für den langfristigen Erfolg der DorfSchmiede sei die Akzeptanz des Hauses durch die Dorfbewohner.

Als Kreistagsabgeordneter freue er sich, dass in Hessen die Beschäftigung von Flüchtlingen im Rahmen eines Praktikums in allen Betrieben möglich sei, so Pucher; bezahlt werde dies mit 1,05 €/Stunde. Das Wichtigste für die Menschen sei jedoch der Kontakt zu den Einheimischen. Insgesamt bliebe festzuhalten, dass der Flüchtlingsansturm ohne die freiwilligen Helfer/-innen nicht bewältigt werden könne.

Gemeinschaftsaufgabe erweitern

„Wir wollen den ländlichen Raum attraktiver machen“, erklärte Christian Schmidt, Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft auf der LandSchau-Bühne, daher arbeite sein Ministerium an der Öffnung der Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz für die ländliche Entwicklung. Infrastruktur und Daseinsvorsorge seien zentrale Themen. Es sei nicht nebensächlich oder Privatsache, wie Menschen zu weiter entfernten Arztpraxen kommen könnten; hierfür müssten Modelle geschaffen werden. Jährlich 10 Mio. € stünden allein im Bundesprogramm „Ländliche Entwicklung“ zur Verfügung.

Bundeslandwirtschaftsminister **Christian Schmidt** (3. v. l.) beantwortete nicht nur Fragen zur Weiterentwicklung der Gemeinschaftsaufgabe, sondern in seiner Funktion als „Botschafter des Bieres“ auch zum Deutschen Reinheitsgebot und zu neuen Biertrends.

V .l .n .r.: **Erich Irlstorfer**, MdB, **Reinhard Sager**, Präsident des Deutschen Landkreistages, **Josef Hauner**, Landrat Kreis Freising, Moderatorin **Heike Götz**

OPERNALE – Köstlichkeiten für die Ohren

Die OPERNALE, das Opernfestival im ländlichen Norden Vorpommerns, bringt Operngenuss auf professionellem Niveau zu den Menschen „aufs Land“ und an außergewöhnliche Orte. Ausgezeichnet wurde dieser innovative Zugang zu Kultur mit dem Kulturförderpreis des Landes Mecklenburg-Vorpommern 2015 und als Bundessieger Kultur im Wettbewerb „Land der Ideen“ 2014.

Daniel Steiger, Bundesseelsorger der Katholischen Landjugendbewegung Deutschlands e.V. (KLJB) (li.), **Dr. Karsten Schulz**, Evangelische Jugend in ländlichen Räumen (ejl) (Mitte) und **Heike Götz** (re.) beleuchten oft verwendete Stammtischphrasen zu Flüchtlingen näher.

Menschen in ländlichen Räumen hätten die gleichen Rechte auf adäquate Lebensverhältnisse wie Großstadtbewohner, so Reinhard Sager, Präsident des Deutschen Landkreistages. Hierzu gehörten die medizinische Versorgung und das Breitbandinternet. Bei der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse arbeite der Landkreistag intensiv mit dem Landwirtschaftsministerium zusammen.

Neue Nahversorgung braucht viele Schultern

Seitdem Ende der 1990er Jahre das Konzept des Markttreffs mit den drei Säulen Einkaufen, Dienstleistung und Kommunikation entwickelt worden sei, habe sich in Schleswig-Holstein ein starkes Netzwerk zwischen den einzelnen Akteuren gebildet, so Ingwer Seelhoff, Projektmanagement MarktTreff Schleswig-Holstein. Durch den Austausch werde die Idee stetig weiterentwickelt und anders als die Beteiligten von Dorfläden in anderen Bundesländern seien Betreiber, Gemeinden und Bürger in das Konzept Markttreff eingebunden und würden auch nach der Gründung noch weiter beraten. Erstmals habe mit der „Treffpunkt Eiderschleife eG“ in Delve eine Bürgergenossenschaft am Anfang eines neuen Markttreffs gestanden. Seit der ersten Bürgerversammlung zum Thema Dorfladen im April 2015 seien 190 der rund 1 000 Dorfbewohner/-innen Mitglied der Genossenschaft geworden, schilderte Genossenschaftsvorstand Matthias Retzlaff die Entwicklung. Die angestrebte Summe von 20 000 € zur Finanzierung der Ladeneinrichtung sei schnell zusammengekommen. Bereits im November 2015 hätte der neue Markttreff – ohne Fördergelder zu beanspruchen – eröffnet werden können und es bestünden bereits viele Ideen, wie das neue „Dorfzentrum“ weiterentwickelt werden könne, so Retzlaff. Jedes Dorf in Schleswig-Holstein werde auf Anfrage beraten und könne sich um Fördermittel bewerben, ergänzte Hermann-Josef Thoben, Vorsitzender der Akademie für die Ländlichen Räume Schleswig-Holsteins (ALR), am Anfang stehe immer die Analyse der Bedürfnisse.

Digitalisierung der Arbeitswelt

Heute benötige etwa die Hälfte der Betriebe schnelles Internet, worüber jedoch nur 20 % der ländlichen Räume verfügten. Der Ausbau erfolge viel zu langsam, so Arnd Spahn, Sekretär der Europäischen Landarbeitergewerkschaft (EFFAT). Die Digitalisierung könne den ländlichen Räumen einen Schub geben, da die Menschen nicht mehr abwandern oder pendeln müssten. Allerdings berge die Digitalisierung auch das Risiko, dass soziale Sicherungssysteme und Arbeitsschutz für Arbeitnehmer/-innen noch weiter ausgehöhlt würden. Auch Marika Puskeppeleit, Geschäftsleiterin AHA

Werner Schweizer
Bürgermeister von Klixbüll, Kreis Nordfriesland

Hermann-Josef Thoben
Vorsitzender der Akademie für die Ländlichen Räume Schleswig-Holsteins e.V. (ALR)

Petra Schwarz
Moderatorin

Franziska Trautmann
Stiftung Louisenlund, Privatschule und Internat im Kreis Rendsburg-Eckernförde

Hans-Jürgen Kütbach
Bürgermeister Bad Bramstedt, Kreis Segeberg, und Sprecher der AktivRegionen

(v.l.n.r.)

Plattform Ländliche Räume, betonte die großen Chancen, die die Digitalisierung eröffne, weshalb die „Digitale Revolution“ auch der erste thematische Schwerpunkt der Plattform Ländliche Räume sei. Zu den diskutierten Punkten gehörten sowohl Chancen wie die Möglichkeit der eigenverantwortlichen Gestaltung der Arbeit als auch Risiken wie die Auslagerung von Tätigkeiten in prekäre Beschäftigungsverhältnisse und Fragen zur Datensicherheit. Beate Roll, Vorsitzende der Unternehmerfrauen im Handwerk e.V., Landesverband Berlin, wies auf die neuen Herausforderungen bei der Arbeitnehmerführung hin. So müssten z. B. eine Vertrauenskultur etabliert und teilweise Zwangspausen angeordnet werden. Digitale Arbeit und ländliche Umgebung verbindet Janosch Dietrich, Coconat – A Workation Retreat. Das Geschäftsmodell bestehe darin, digitalen Arbeiter/-innen in einer „Urlaubsumgebung“ die technischen Voraussetzungen für ihre Tätigkeit und die Örtlichkeiten für den Austausch mit anderen Kreativen bereitzustellen. Zusätzlich sei beabsichtigt, die von den „digitalen Nomaden“ finanzierte Infrastruktur auch der ansässigen Bevölkerung zur Verfügung zu stellen.

Mehr Mut zu Bildungsexperimenten

Es müsse noch viel getan werden, um den Stellenwert von Bildung in einem umfassenden Sinn, vom Kindergarten bis zum lebenslangen Lernen, zu erhöhen, so Hermann-Josef Thoben. Die ALR verstehe sich als Mutmacher für Bürger, die für ihre Projekte „brennen“, und moderiere Prozesse und Verfahren, um Kräfte zu aktivieren, zu bündeln und Diskussionen anzuregen. Ein gutes Beispiel für Zusammenarbeit sei die im Rahmen der AktivRegion Schlei-Ostsee von der Privatschule Stiftung Louisenlund ausgeschriebene Machbarkeitsstudie für ein Kompetenzzentrum MINT (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik) in der Primarbildung. Laut Franziska Trautmann, Stiftung Louisenlund, solle auf dem Stiftungsgelände die „Forscherwelt Louisenlund“ entstehen. In ihr sollen Kinder und Erwachsene – auch Lehrer – drinnen und draußen forschen und mit völlig neuen Fortbildungsformaten an ihrer eigenen Kompetenz arbeiten.

Hans-Jürgen Kütbach, Sprecher der AktivRegionen Schleswig-Holstein, wies darauf hin, dass die jetzige LEADER-Förderperiode den Schwerpunkt Bildung habe und unterschiedliche Menschen und Institutionen, auch jene, die sich bisher gar nicht als Bildungsträger gesehen hätten, auf Augenhöhe zusammenarbeiten könnten. Ein Beispiel hierfür beschrieb Werner Schweizer, Bürgermeister von Klixbüll. In der Grund- und offenen Ganztagschule Klixbüll und dem angrenzenden „Dörps Campus“ arbeiteten Lehrkörper, Ehrenamtliche und Vereine zusammen. Auch durch ein besonderes Lernkonzept übe die Schule eine große Anziehungskraft aus und stelle einen Standortvorteil für das 950-Einwohner-Dorf dar. 120 Kinder würden hier bereits unterrichtet.

Strichcode-Fasten

Strichcode-Fasten heiße, während der Fastenzeit auf alle Lebensmittel zu verzichten, die mit einem Strichcode gekennzeichnet seien, so Sophia Reis, Evangelische Jugend Vogelsberg. Es mache zwar nicht schlanker und sei nicht zwingend gesünder, zeige einem aber deutlich, wie schwer es sei, Nahrung ohne Strichcode zu finden. Darüber hinaus animiere es, sich mit industriell hergestellten

Dr. Maria Flachsbarth
Parl. StS'in im Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft

Lebensmitteln auseinanderzusetzen, kleine, regionale Produzenten zu finden, ernährungsbewusster zu werden und seine Heimat auf besondere Art kennenzulernen.

Nachwachsende Rohstoffe im Wettbewerb

Zum dritten Mal lobte die Parl. StS'in Dr. Maria Flachsbarth, Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft, am 19. Januar 2016 den Bundeswettbewerb „HolzbauPlus – Bauen mit nachwachsenden Rohstoffen" aus. Beim diesjährigen Wettbewerb würden auch innovative Konzepte bei Wärmedämmung und Wärmeerzeugung prämiert, die Aufmerksamkeit solle auf besonders nachhaltige Gebäude mit einer ganzheitlichen Materialwahl bei Konstruktion, Dämmung und Ausbau gelenkt werden. Explizit werden nicht nur Neubauten, sondern auch Sanierungen innerhalb der vier Kategorien städtischer Wohnungsbau, ländlicher Wohnungsbau, öffentliches Bauen und gewerbliches Bauen einbezogen. Flachsbart hob neben dem Klimaschutz auch die Vorteile von Holzhäusern bei Raumklima und Bauzeit hervor.

Auch der Bundeswettbewerb „Bioenergie-Kommunen 2016" wurde im Rahmen der LandSchau verkündet. Neu sei, dass sich auch größere Kommunen beteiligen könnten, hob der Parl. StS Peter Bleser hervor. Neben Dörfern, die mindestens 50 % ihres Strom- und Wärmebedarfs aus regional erzeugter Biomasse decken, seien auch Städte und Stadtteile aufgerufen teilzunehmen, die sich mindestens zu 30 % mit Bioenergie versorgen können. Die verlässliche und zugleich flexible Bioenergie sei absolut unverzichtbar für den künftigen Energiemix.

Die Umsetzung beider Wettbewerbe des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft erfolgt durch die Fachagentur Nachwachsende Rohstoffe e.V. (FNR).

Das Ende der Käfighaltung

Durch die auf Initiative von Rheinland-Pfalz und Niedersachsen beschlossene Verordnung über bessere Haltungsbedingungen für Legehennen, so Dr. Thomas Griese, StS für Umwelt, Landwirtschaft, Ernährung, Weinbau und Forsten Rheinland-Pfalz, werde die Käfighaltung von Legehennen in Deutsch-

Achim Ruf
Bio Rind & Fleisch GmbH RLP, Landwirt

Dr. Thomas Griese
StS für Umwelt, Landwirtschaft, Ernährung, Weinbau und Forsten Rheinland-Pfalz

Prof. Dr. Harald Grethe
Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats für Agrarpolitik, Ernährung und gesundheitlichen Verbraucherschutz beim Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft

Heike Götz
Moderatorin

Roger Fechler
Deutscher Bauernverband e.V.

Waltraud Fesser
Verbraucherzentrale Rheinland-Pfalz e.V.

Thomas Schröder
Präsident des Deutschen Tierschutzbundes e.V.

(v.l.n.r.)

Felix Prinz zu Löwenstein
Vorstand des Bundes Ökologische Lebensmittelwirtschaft (BÖLW)

Ernst-Christoph Stolper
StS a.D., Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. (BUND)

Tobias Andres
Bundesvereinigung der Deutschen Ernährungsindustrie

Heike Götz
Moderatorin

Arnd Spahn
Sekretär der Europäischen Landarbeitergewerkschaft EFFAT

Dr. Willi Schulz-Greve
Referatsleiter GD AGRI, Europäische Kommission

(v.l.n.r.)

land 2025 endgültig eingestellt werden. Die Verordnung sei ein besonderes Anliegen seines Ministeriums gewesen, da Käfige ein exemplarisches Beispiel für tierquälerische Haltungsformen darstellten. Die Landesagrarminister hätten sich zudem mehrheitlich für eine Lebensmittel-Kennzeichnung ausgesprochen, die ausweist, ob in einem Produkt Eier aus Käfighaltung verarbeitet wurden. Es sei die Aufgabe von Bundeslandwirtschaftsminister Schmidt und des Bundestages, nun die Initiative zu ergreifen. Roger Fechler, Deutscher Bauernverband e.V., bezeichnete die Übergangsfrist bis zum Verbot der Käfighaltung als zu kurz und beurteilte die hiermit gemeinte Kleingruppenhaltung als tiergerechter als die längst verbotene Legebatterie. Nur wenige Unterschiede zwischen diesen Haltungsformen sah hingegen Thomas Schröder, Präsident des Deutschen Tierschutzbundes e.V. Er befand die Übergangsfrist von zehn Jahre als zu lang, schon 2001 sei klar gewesen, dass diese Haltungsform ein Auslaufmodell darstelle.

Waltraud Fesser, Verbraucherzentrale Rheinland-Pfalz e.V., unterstützte die Forderung der Landesagrarminister nach einer Kennzeichnung von Eiprodukten. Bei Verbrauchern und Verbraucherinnen bestehe der Wunsch, Haltungsbedingungen und Tierwohl beim Einkauf erkennen zu können. Hierzu seien sowohl freiwillige Logos als auch gesetzliche Regelungen geeignet. Die Kriterien müssten jedoch einfach und klar erkennbar sein und kontrolliert werden. Als Biobauer stehe er freiwilligen Kennzeichnungen positiv gegenüber, habe jedoch auch keine Einwände gegen gesetzliche Regelungen, so Achim Ruf; wichtig sei, dass den Landwirten die höheren Haltungskosten vergütet würden. Sowohl freiwillige Initiativen wie die Brancheninitiative Tierwohl als auch Labels und eine veränderte Agrarförderung seien notwendig, um genügend Geld für eine grundlegende Verbesserung der Haltungsbedingungen in Deutschland bereitzustellen, betonte Prof. Dr. Harald Grethe (s. auch ausführlicher Bericht von der ASG-Herbsttagung, LR 04/2015).

TTIP – Fluch oder Segen?

Gegensätzliche Bewertungen zur Wirkung des geplanten Handelsabkommens TTIP auf die europäische Land- und Ernährungswirtschaft bestimmten die Diskussion. Dr. Willi Schulz-Greve, EU-Kommission, hob die positiven Aspekte von wegfallenden Zöllen und Handelsbeschränkungen auf die Verbraucherpreise hervor. Tobias Andres, Bundesvereinigung der Deutschen Ernährungsindustrie, beschrieb die durch TTIP erwarteten Exportchancen als vielversprechend. Gerade mittelständische Unternehmen hätten durch Zölle und unterschiedliche Standards hohe Kosten, die ihre Produkte auf dem amerikanischen Markt stark verteuerten. Dieses Problem bestünde für multinationale Konzerne wegen ihrer weltweiten Produktionsstätten in geringerem Maße. Ernst-Christoph Stolper, BUND, bezweifelte, dass die europäischen Verhandlungsführer an ihrer Position, europäische Lebensmittelstandards nicht antasten zu wollen, festhalten würden. Das Interesse der USA sei groß, mehr gentechnisch veränderte Produkte nach Europa zu exportieren, mehr Pestizide international zuzulassen und Verbraucherschutzstandards in Europa zu senken. Zu befürchten sei, dass TTIP zu Lasten der kleinen Betriebe und der bäuerlichen Landwirtschaft gehe. Auch Arnd Spahn, EFFAT, bezeichnete die Auswirkungen auf europäische Verbraucher und Betriebe als negativ. So beabsichtige die EU-Kommission z. B. die Desinfektion von Geflügel-Schlachtkörpern, eine gängige Praxis in den USA, zu genehmigen und ein Wegfall der Zölle werde allein bei der relativ unbedeutenden europäischen Rindfleischerzeugung 100 000 Arbeitsplätze kosten. Felix Prinz zu Löwenstein, BÖLW, betonte, dass die europäische Lebensmittelwirtschaft global Handel treibe und deshalb Handelsabkommen befürworte. Diese müssten jedoch, im Gegensatz zu TTIP, verhindern, dass sich Unternehmen auf dem Markt durchsetzten, die ihre Kosten nicht in ihre Produkte einpreisten, sondern der Gesellschaft, der Umwelt oder den Arbeitnehmern aufbürdeten. Er bezweifelte zudem, dass eine Senkung der Ausgaben für Nahrungsmittel in Deutschland von heute 11 % des Einkommens auf beispielsweise 9 % einen Zuwachs an Wohlfahrt bedeuten würde. ■ Dagmar Babel

Preisträger 2015:

Wettbewerb Kerniges Dorf! Umbau gestalten

Zum zweiten Mal führte die Agrarsoziale Gesellschaft e.V. (ASG) 2015 den bundesweiten Wettbewerb „Kerniges Dorf!“ durch. In diesem werden Dörfer ausgezeichnet, die sich in ihrer baulichen Gestaltung an die Bevölkerungsentwicklung anpassen und dabei nachhaltig mit ihren Flächen und Gebäuden umgehen. Dabei kann es sich um die Stärkung der Innenentwicklung durch Umnutzung oder Umbau wie auch durch einen mutigen Rückbau oder um Maßnahmen zur Entsiegelung handeln. Fünf Gewinner erhielten ein Preisgeld von je 2 000 €, das von der Landwirtschaftlichen Rentenbank gestiftet wurde.

Bewerben konnten sich Orte mit weniger als 5 000 Einwohnern. Die Bewerbungen von 253 Dörfern mit 58 bis 4 667 Einwohnern zeigten die Vielfalt dörflichen Engagements in der Bundesrepublik und kamen aus allen Flächenländern. Die Mehrheit der Dörfer bewarb sich einzeln, 55 Dörfer hatten sich mit einem oder mehreren Nachbarorten zusammengeschlossen.

Die Bewerbungen wurden nach Ortsgrößen und Strukturdaten in fünf Kategorien unterteilt, aus denen die ASG jeweils vier Favoriten auswählte. Das wichtigste Kriterium hierbei war das Leitbild der Dorfgestaltung. Weiterhin spielten der Grad der Umsetzung und Bevölkerungsbeteiligung sowie Innovation und Kreativität eine wichtige Rolle. Gemeinsam mit der Fachjury, die sowohl verschiedene Regionen Deutschlands als auch fachliche Expertise in politischer Gestaltung, Bürgermeisterpraxis, Dorfplanung, Wissenschaft und Bildung repräsentiert, wurden die 20 Favoriten besucht. Nach den Dorfbesuchen in vielen Regionen Deutschlands wählte die Jury einen Gewinner in jeder Kategorie aus, was aufgrund der hohen Qualität der Bewerbungen nicht leichtfiel. Überall waren eine große Offenheit für neue Ideen und ein ausgeprägter Wille zur Bevölkerungsbeteiligung anzutreffen. Auch zeichneten sich alle Favoriten durch einen sensiblen Umgang mit Flächen und umfangreiche Anstrengungen zur Leerstandsvermeidung aus. Im Unterschied zum ersten Wettbewerb 2013 beschäftigten sich fast alle 2015 beteiligten Dörfer damit, wie die ältere Generation ihren Lebensabend im Ort verbringen kann. Die Fachjury würdigt diesbezüglich ausdrücklich die vorbildlichen Maßnahmen und das große Engagement bei allen 20 Favoriten. Durch besondere Maßnahmen oder Herangehensweisen heben sich die fünf Preisträger hervor, die im Folgenden vorgestellt werden.

Kategorie „Kernig im demografischen Wandel – kleine Dörfer“

Flegessen, Hasperde und Klein Süntel

467 Einwohner im Durchschnitt

Zukunftsfähige Dörfer durch Wertschätzung und Mitmachkultur

Angesichts einer drohenden Schließung der Schule organisierten die Einwohner 2012 eine Versammlung, um Ideen für die Zukunft der Dörfer zu entwickeln. Inzwischen haben sich diese Arbeitsweise und das Miteinander im Dorf derart verselbständigt, dass unter dem Dachbegriff „Ideenwerkstatt Dorfzukunft“ Zugezogene genauso wie Mitglieder etablierter Vereine Projekte entwickeln oder neue Kooperationen eingehen. Mittels einer „Wirkungskette“ wird die Einordnung von Projektvorschlägen in die Leitziele der Dörfer geprüft. Es wird viel Wert auf Transparenz, Kommunikation, Beteiligung und Wertschätzung gelegt. Bei großen Versammlungen kommen professionelle Beteiligungsmethoden wie World-Cafés oder „Küchentischrunden“ zum Einsatz. Zur Immobilienvermittlung wurde eine gemeinnützig orientierte Unternehmergesellschaft unter der Beteiligung von 270 Bürger/-innen gegründet. Sie pflegt nicht nur ein Leerstands- und Baulückenkataster, sondern verbindet auch unbürokratisch Angebot und Nachfrage und vermittelt eine Erstberatung durch einen ortsansässigen Architekten.

Da den Einwohnern die Bedeutung einer lokalen Einkaufsmöglichkeit für das Dorfleben bewusst war, wurde mit viel Eigenleistung ein umweltfreundlicher Dorfladen aufgebaut, finanziert durch Anteilscheine der Dorfbewohner/-innen. Im Dorfladen gibt es ausschließlich regionale und Bio-Produkte zu kaufen. Die zentrale Lage in Flegessen macht den Dorfladen inzwischen zum Kommunikationsmittelpunkt. In den rein ehrenamtlich geführten Betrieb bringen sich insbesondere ältere Dorfbewohner/-innen engagiert ein und freuen sich über die neue Aufgabe. Der Laden wird auch als Ausstellungsraum für Aktivitäten des Dorfes genutzt.

Förderung von Ideen

Eigeninitiative beim Aufbau des Dorfladens

Hofcafé Flegessen

Dorfeigene Zeitung

Kategorie „Kernig im demografischen Wandel – große Dörfer“

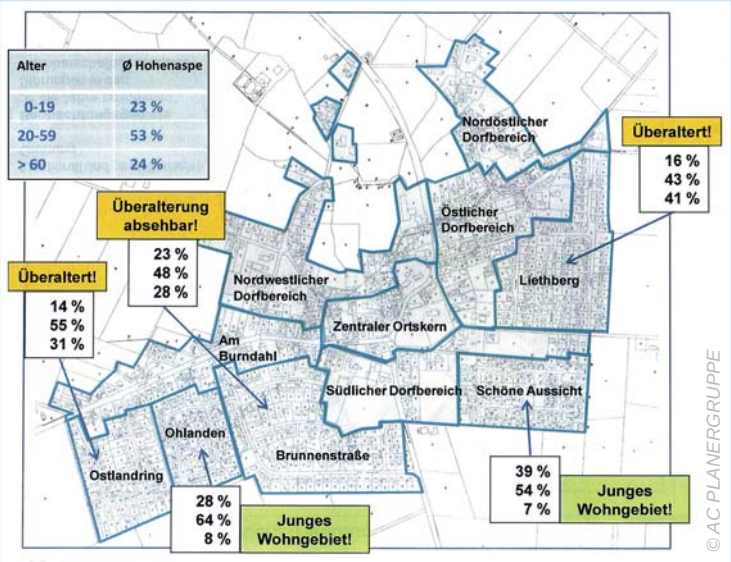
Hohenaspe

2 010 Einwohner

Neue Ortsfunktionen bewusst formen

Hohenaspe plant bewusst den Übergang von einem ehemals landwirtschaftlich geprägten zu einem von Wohn- und Dienstleistungsfunktionen dominierten Ort. Insbesondere in der zweiten Hälfte des letzten Jahrhunderts wurden zahlreiche Wohngebiete geschaffen und bäuerliche Anwesen ausgesiedelt. Um die Innenverdichtung zu stärken, gab die Gemeinde im Jahr 2009 ein Ortsentwicklungskonzept in Auftrag. Neben einer Analyse der Wohn- und Altersstrukturen in räumlichen Teileinheiten wurde ein Baulückenkataster erarbeitet und das weitere Wohnbauflächenpotenzial ermittelt. Junge Familien und Zuzugswillige werden durch intensive Gespräche von der Nachnutzung bestehender Gebäude im Ort überzeugt, so dass es zurzeit keinen Leerstand gibt.

Die Gemeinde erkannte früh, dass der Ortskern in Zukunft neue Anforderungen erfüllen muss. 2007 finanzierte sie aus eigenen Mitteln den Bau eines Senioren- und Dienstleistungszentrums im Kern, in dem Senioren barrierefrei wohnen und gleichzeitig die Leistungen von Ärzten, einem Friseur, einem Bäcker und einer Sozialstation in Anspruch nehmen können. Entgegen anfänglichen Vorbehalten gibt es inzwischen eine Warteliste für freiwerdende Wohnungen und das Objekt schreibt schwarze Zahlen. Im Ortskern liegt außerdem das Bürgerhaus, in dem alle Vereine, aber auch die Bibliothek und die Nachmittagsbetreuung der Schulkinder Raum finden, so dass es für die Einwohner zahlreiche Begegnungsmöglichkeiten gibt. Abgerundet werden soll das Zentrum durch eine barrierefreie Versammlungsstätte mit Gastronomie, die sich optisch an das Seniorenzentrum anpasst. Auch hierfür wird die Gemeinde wieder eigene Mittel einsetzen.



Altersstrukturanalyse in Wohngebieten

Kategorie „Kernig und nachhaltig – kleine Dörfer“

Schleching

576 Einwohner im Altdorf

Umfassende Dorfentwicklung mit viel genutztem Kern

Der nachhaltige Umgang mit Flächen wird in Schleching seit mehr als 20 Jahren im interkommunalen Verbund des Ökomodells Achental gepflegt, unter anderem durch die Absprache über Gewerbe- und Naturschutzflächenausweisungen. Schleching selbst hat eine Flächenmanagementdatenbank erstellt, die Leerstände und Leerstandsrisiken visualisiert, und zusätzlich eine Sozialraumanalyse durchgeführt. Mit Mitteln der Dorferneuerung bezuschusst die Gemeinde Angleichungsmaßnahmen an den bäuerlichen Architekturstil und hat ihre Gestaltungssatzung dafür in Form einer Baufibel mit vorbildlichen Beispielen anschaulich gemacht. Dank einer besonders guten Zusammenarbeit mit dem zuständigen Amt für ländliche Entwicklung gelang zudem die Gestaltung einer lebendigen Ortsmitte, in der nicht nur Rathaus, Touristeninformation und eine Fachstelle für soziale Fragen angesiedelt sind, sondern auch Grundschule und Kindergarten – letzterer in einem denkmalgeschützten Bauernhaus. Durch die Auflösung einer früheren Straße wurde ein runder Platz geformt, der mit Überdachungen, einem Pavillon und einer Hütte sowie verschiedenen Sitzgelegenheiten zum alltäglichen Aufenthalt einlädt.

Seit 2014 gibt es einen Dorfladen in Schleching, der von einer Genossenschaft getragen wird und viele regionale Produkte im Angebot hat. Die Gemeinde erwarb hierfür ein ehemals leerstehendes Gebäude. Über dem Dorfladen wird demnächst eine Senioren-WG einziehen, die vom Verein „Soziales Netzwerk Schleching“ organisiert wird. Das hohe Engagement der Bewohner wird im Ort durch eine intensive Anerkennungskultur explizit gewürdigt. Zudem werden alle Maßnahmen bei Bürgerversammlungen transparent dargestellt.

Dorfladen auch für Berufstätige

Alltägliche Belebung des Dorfplatzes

Barrierefreie Wohnungen im Kern

Kindergarten im denkmalgeschützten Bauernhaus

Kategorie „Kernig und nachhaltig – große Dörfer“

Allianz Hofheimer Land

Verbund der Gemeinden Aidhausen, Bundorf, Ermershausen, Riedbach, Markt Burgpreppach, Markt Maroldsweisach, Stadt Hofheim – 2 132 Einwohner im Durchschnitt

Interkommunal, bürgernah und transparent fördern

Nach dem Zusammenschluss als Allianz im Jahr 2008 nutzten die Gemeinden frühzeitig die Stärke ihrer Kooperation, um Maßnahmen gegen Leerstand zu entwickeln. Bauen oder Sanieren im Bestand sollte dabei nicht teurer sein als ein Neubau an den Ortsrändern. Neben einem kommunalen Förderprogramm für Umbauten und Sanierungen, das auch einen Kinderbonus einschließt, wurde eine kostenlose Architekten- und Energieberatung für neue Nutzer eingeführt. Zudem bietet die Allianz Unterstützung bei Bauschuttentsorgung und Verwaltungsangelegenheiten an. Mit einer eigenen Datenbank behält die Allianz den Überblick über mögliche Leerstandsrisiken und kann zugleich spezielle Anforderungen von Verkäufern oder Interessenten erfüllen. Die Gebäude werden zusätzlich über verschiedene Internetportale vermarktet. Für die Aktualität der Daten sorgt ein Leerstandslotse in jedem Dorf.

In einzelnen Orten wurden leerstehende Gebäude in der Ortsmitte modellhaft renoviert, um sie als Dorftreffpunkte zu nutzen. Auch werden ungünstige Quartiere mit neuen Grundstückszuschnitten überplant. Die sieben Gemeinden tauschen sich intensiv und regelmäßig untereinander, aber auch mit Vertretern des Landkreises und der Regionalentwicklung sowie anderen Allianzgemeinden Bayerns aus. Für die Einbindung der Bürger/-innen sorgen der quartalsweise erscheinende „Allianzbote“ sowie die eigene Website und der Facebook-Auftritt der Allianz. Informationsveranstaltungen und Projektwerkstätten erweitern die Partizipationsmöglichkeiten.

Neu gestalteter Innenhof

Modellhafte Umnutzung zum Dorfgemeinschaftshaus

Regionale Zeitung

Klietznick

145 Einwohner

Gemeinschaft als Basis der Dorfgestaltung

Klietznick hat seine Chance zur Dorferneuerung nach der Wende direkt genutzt. Damals wurde der Ort vor allem durch verfallende Häuser und Straßen, die sich bei Regen in Matschsuhlen verwandelten, geprägt. Bäume gab es kaum, nachdem an der Hauptstraße zahlreiche Obstbäume gefällt worden waren. Um Förderungen auch für Gemeinschaftsanlagen nutzen zu können, wurde 1991 der Verschönerungsverein Klietznick e. V. gegründet. Er hat inzwischen etwa so viele Mitglieder, wie es volljährige Einwohner im Dorf gibt. Gemeinschaft wird in Klietznick großgeschrieben. Etwa einmal im Monat gibt es eine Aktion für alle Dorfbewohner/-innen, beispielsweise die Pflege des dorfeigenen Weinbergs. Auch zahlreiche Bäume wurden im Dorf sowie im Übergang zur Landschaft gepflanzt, um den einstigen Kahlschlag wiedergutzumachen.

Besonders aktiv wurde der Verschönerungsverein im Dorfzentrum, wo ein ehemaliges Gehöft zum Gemeinschaftshaus mit angegliedertem Dorfladen umgebaut wurde. Plätze und Wege rundum sind mit vielfältigen Grün-, Spiel- und Ruheelementen versehen. Der Einfallsreichtum Einzelner bei der Gestaltung wird von der Gemeinschaft gerne aufgegriffen und unterstützt. Das hohe Maß an Kreativität im Ort zeigt sich auch in der Komposition von Dorflied und -musical, das auf der eigenen Naturbühne aufgeführt wurde. Die ausgeprägte Identität mit dem Dorf und das hohe Maß gemeinschaftlichen Erlebens führte zu einem starken Bewusstsein der Klietznicker für den Wert von Innenentwicklung. Es gibt kein Neubaugebiet im Ort; stattdessen werden Altgebäude genutzt oder Lücken bebaut. In der eigentlich von Abwanderung geprägten Region stehen die Häuser dieses Dorfes höchstens für kurze Zeit leer.

Bewusste Gestaltung des Ortskerns

Treffpunkt Dorfladen

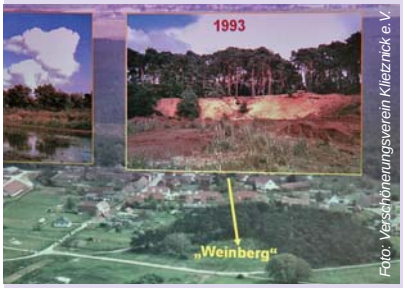
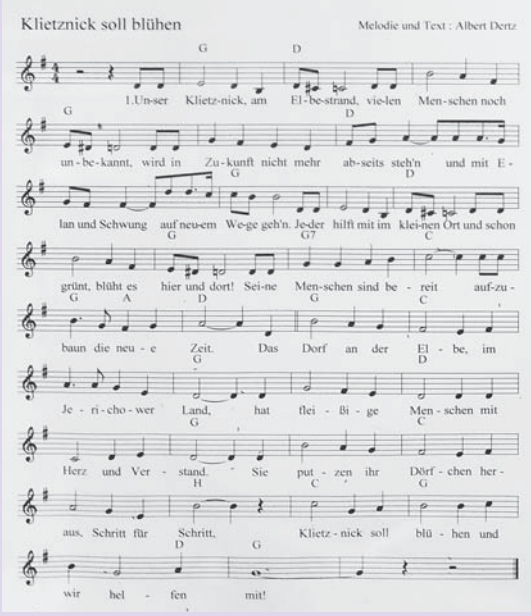


Foto: Verschönerungsverein Klietznick e.V.

Der „Dorfberg“

Gemeinschaftsnutzung als Weinberg



Dorflied Klietznick

Fachjury Kerniges Dorf!

Arthur Arnold
Bürgermeister Euerbach (Preisträger „Dorf vital“ Bayern) und Sprecher der Interkommunalen Allianz Oberes Werntal

Prof. Dr. Peter Dehne
Fachgebiet Planungsrecht/Baurecht, Hochschule Neubrandenburg

Nathalie Franzen
Dorfplanerin, Rheinland-Pfalz

Klaus-Dieter Karweik
Innenentwicklungsexperte beim Niedersächsischen Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Dr. Angela Kunz
Leiterin des Referats „Ländliche Entwicklung“ im Sächsischen Landesamt für Umwelt, Landwirtschaft und Geologie

Weitere Informationen und Download der Broschüre unter www.asg-goe.de/wettbewerb

Claudia Busch

Tagungsregion Meißen

Foto: Tourist-Information-Meissen

Meißen – die als „Wiege Sachsens“ bezeichnete Stadt an der Elbe, die für ihr feines Porzellan bekannt ist – ist Ort der ASG-Frühjahrstagung 2016.

Urige Weinkeller prägen neben Passagen und Höfen die Altstadt Meißens. Während des Zweiten Weltkrieges blieben viele der historischen Gebäude der Altstadt fast unzerstört und wurden in den vergangenen Jahren denkmalpflegerisch restauriert. Die über 500 Jahre alte spätgotische Albrechtsburg, der Dom zu Meißen, das Theater Meißen, die Frauenkirche sowie die bekannte Porzellanmanufaktur sind einige der Sehenswürdigkeiten der Stadt. Ebenfalls ist der Elberadweg ein beliebtes Ausflugsziel. Auf dem Wasser verkehrt die größte Raddampferflotte Europas, die „Sächsische Dampfschifffahrt“, die auch in Meißen anlegt.

Die heute 27 000 Einwohner zählende Stadt entwickelte sich Ende des 12. Jahrhunderts aus dem slawischen Dorf „Meisa“ unterhalb der Burg „Misnia“, die um 929 von König Heinrich erbaut wurde, und erhielt 1332 Stadtrechte. In den vergangenen Jahren hat sich Meißen zu einer Stadt mit diversen Kultur- und Kunstangeboten entwickelt und ist ein wichtiger Bildungsstandort in der Region.

Landkreis Meißen

Der Landkreis Meißen mit 243 000 Einwohnen erstreckt sich von der Landeshauptstadt Dresden bis an die brandenburgische Grenze. Er ist neben der Kreisstadt Meißen auch für das Schloss Moritzburg, das Karl-May-Museum in Radebeul, das Jahnatal, die Lommatzscher Pflege und die Weinberge im Elbtal bekannt.

Während westlich der Elbe, in der Lommatzscher Pflege, fruchtbare Böden zu finden sind – die Region wird auch als „Kornkammer Sachsens“ bezeichnet – überwiegen am nördlichen Rand des Landkreises sandige trockene Standorte. Etwa 100 000 ha landwirtschaftliche Fläche, davon ca. 1 760 ha Gemüseanbau, werden im Landkreis Meißen und dem Stadtgebiet Dresden bewirtschaftet. Insgesamt sind etwa 2,7 % der Bevölkerung in der Landwirtschaft tätig.

LEADER-Region Lommatzscher Pflege (2014-2020)

Die LEADER-Region erstreckt sich über Teile der Landkreise Meißen und Mittelsachsen und beheimatet etwa 36 000 Menschen. Kleinstortschaften prägen die waldarme Hügellandschaft, vor allem Weiler und Runddörfer mit den typischen Drei- und Vierseithöfen. In der Förderperiode 2007-2013 wurden etwa 230 Maßnahmen, überwiegend in den Bereichen Ausbau der Infrastruktur und Mobilität sowie Umbau und Umnutzung von leerstehendem Wohnraum, durchgeführt.

Der Begriff Pflege geht auf die Bezeichnung für einen Bezirk im mittelalterlichen Feudalwesen zurück. Dieser wurde einem grundherrlichen Beamten zur Verwaltung übergeben. Im Laufe der

Geschichte wurde Pflege die allgemeine Bezeichnung für einen kleineren Verwaltungsbezirk.

Die Zwangskollektivierung zu DDR-Zeiten machte sich auch in der Lommatzscher Pflege bemerkbar. Betriebe wurden zu Genossenschaften zusammengeschlossen und Felder zusammengelegt, wodurch landschaftsgliedernde Elemente verschwanden. Aufgrund der veränderten Wirtschaftsstrukturen blieben viele Gebäude ungenutzt. Seit der Wiedervereinigung gibt es Bestrebungen, die alten Strukturen der Lommatzscher Pflege teilweise wiederherzustellen und z. B. leerstehende Höfe umzunutzen.

Weiler in der Lommatzscher Pflege mit charakteristischem Vierseithof

Wein

Die guten Anbaubedingungen für Weinreben im Elbtal werden seit Jahrhunderten geschätzt (erste schriftliche Erwähnung eines Weinberges in Meißen 1161). Mit über 450 ha Rebfläche ist Sachsen eines der kleinsten deutschen Weinbaugebiete. Die erste Blütezeit des Weinanbaus ab dem 16. Jahrhundert endete mit dem Dreißigjährigen Krieg. Erst 1799 lebte der Anbau durch die Gründung der ersten Weinbaugesellschaft Europas, der „Sächsischen Weinbaugesellschaft“, wieder auf. Auf sie geht auch die Gründung der ersten Winzerschule Europas 1811 in Meißen zurück. Nach erneuten Rückschlägen durch echten und falschen Mehltau sowie das Auftreten der Reblaus, erfolgte 1905 gezielt eine Erneuerung der Rebkulturen, ab 1913 wurden Edelreiser auf tolerante amerikanische Unterlagen gepfropft. 1945 ging der größte Teil der Weinanbauflächen in städtischen oder staatlichen Besitz über, privater Weinbau fand nachfolgend nur noch in Bauernweingärten statt. Im Zuge der Neugründung des „Weinbauverbandes Sachsens“ entstanden erst 1990 wieder private Weingüter.

Das milde und ausgeglichene Klima, rund 1 600 Sonnenstunden und die Verwitterungsböden aus unterschiedlichen Granitarten sorgen an den steilen Elbhängen für hervorragende Anbaubedingungen. Die in der Sächsischen Winzergenossenschaft Meißen zusammengeschlossenen, hauptsächlich nebenerwerblich tätigen Winzer produzieren heute durchschnittlich 40 hl/ha und bewirtschaften rund 50 % der sächsischen Rebflächen.

Auch Bierliebhaber kommen in Meißen nicht zu kurz. Die älteste Privatbrauerei Sachsens ist die „Privatbrauerei Schwerter Meißen“. Seit 1460 wird hier traditionell Bier gebraut. Im vergangenen Jahr wurde das „Bennator-Bockbier“ zum wiederholten Mal mit der goldenen DLG-Auszeichnung prämiert.

Porzellan

Die Gründung der „Staatlichen Porzellan Manufaktur“ 1710 geht auf August den Starken, Kurfürst von Sachsen und König von Polen, zurück, nachdem das europäische Porzellan von Johann Friedrich Böttger und Ehrenfried Walther von Tschirnhaus erfunden worden war. Vorausgegangen waren kostspielige Porzellanimporte aus China für die europäischen Fürstenhöfe. Neben den bekannten Geschirrartikeln, Gebrauchsgegenständen und Sanitärprodukten aus Porzellan werden in Meißen heute auch Fliesen, Elemente für die

Unterglasurmalerei

Ehemaliger Porphyr-Steinbruch am Rochlitzer Berg

Medizintechnik und andere technische Keramikprodukte hergestellt.

Seit 1814 besitzt die „Staatliche Porzellan Manufaktur“ die alleinigen Abbaurechte für die Flur in Seilitz. Das dortige „Erdenwerk Seilitz“ mit seinen drei Bergleuten gilt als das kleinste fördernde Bergwerk Deutschlands und die älteste noch in Betrieb stehende Kaolingrube in Europa.

Porphyr

Unter dem Titel „Porphyrland. Steinreich in Sachsen“ wurde 2006 der 70 km von Meißen entfernt gelegene Geopark Porphyrland gegründet; seit 2014 ist dieser auch als Nationaler Geopark zertifiziert. Thematisch stellt der Park die regionale Geologie in den Mittelpunkt. Porphyr spielt in Sachsen eine wichtige Rolle als Baumaterial, bspw. als Schotter, aber auch als Material zur Fassadenbekleidung oder für Bodenbeläge. Bei Porphyr handelt es sich um einen Sammelbegriff für verschiedene vulkanische Gesteine, welche in einer feinkörnigen Grundmasse gut ausgebildete, einzelne größere Kristalle hervorbringen. Farblich tritt der „sächsische Marmor“ häufig in gelbroten bis ziegelroten Tönen, z. T. auch in erkennbaren Schichtungen auf. ■ Anna Schöps, Carolin Schweizerhof

ASG-Frühjahrstagung 2016 in Meißen:

Migranten aufnehmen und integrieren: Die ländliche Entwicklungspolitik vor neuen Herausforderungen

Mittwoch, 25. Mai 2016

8.30 – 10.15 Uhr Stadtrundgang: Meißen – die Wiege Sachsens

Erleben Sie einen Stadtrundgang durch die liebevoll restaurierte, historische Meißner Altstadt. Vorbei an prächtigen Renaissance-Bürgerhäusern und alten Domherrenhöfen geht es zum Domplatz mit dem weithin sichtbaren Ensemble von Albrechtsburg und Dom.

10.45 – 17.00 Uhr Vortragstagung

Begrüßung und Eröffnung
StS a.D. Dr. Martin Wille, Vorsitzender des Vorstandes der Agrarsozialen Gesellschaft e.V.

Grußwort
Olaf Raschke, Oberbürgermeister Stadt Meißen

Der sächsische Weg in der Förderung ländlicher Räume – bürgerschaftliches Engagement und Subsidiarität eröffnen neue Entwicklungsperspektiven
Daniel Gellner, Abteilungsleiter im Sächsischen Staatsministerium für Umwelt und Landwirtschaft

Leitfaden Willkommenskultur – neue Menschen braucht das Land
Ulrike Funke, Geschäftsführerin Landschaf(f)t Zukunft e.V.

Bericht von der Basis – ehrenamtliche Arbeit für Migranten im Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge
N. N., Aktion Zivilcourage e.V.

Migration und Integration im ländlichen Raum. Ergebnisse von Forschungs-Praxis-Projekten
Gudrun Kirchhoff, Deutsches Institut für Urbanistik

Integration von Flüchtlingen: Herausforderung und Chance für die Landkreise
Prof. Dr. Hans-Günter Henneke, Geschäftsführendes Präsidialmitglied des Deutschen Landkreistages

Zukunft der ländlichen Entwicklung unter veränderten Rahmenbedingungen – die Sicht des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft
Ralf Wolkenhauer, MinDirig., Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft

Instrumente der Landentwicklung zur Unterstützung nachhaltiger Integrationsprozesse weiterentwickeln – zur Umsetzung des Positionspapiers der ArgeLandentwicklung
Hartmut Alker, MinDirig., Vorsitzender der ArgeLandentwicklung

Abschließende Diskussionsrunde zum Thema „Bürgerschaftliches Engagement für die Integration von Migranten im ländlichen Raum unterstützen“

18.30 Uhr Empfang der Sächsischen Staatsregierung

Begrüßung durch Thomas Schmidt, Sächsischer Staatsminister für Umwelt und Landwirtschaft

Donnerstag, 26. Mai 2016

8.00 – 16.30 Uhr Fachexkursionen

Fachexkursion A: Entwicklungen von Agrarwirtschaft und Agrarstruktur auf Gunststandorten

- Familienbetrieb im Obstbau (Freiland und Gewächshaus) mit Spezialgebiet Aronia-Anbau und Direktvermarktung
- Milchhof Diera KG – Betriebsgemeinschaft von zwei Familien mit 1 100 Milchkühen, Melkkarussel und Biogasanlage
- Erschließung, Flächenzusammenlegung und Biotopvernetzung – Ziele und Maßnahmen in der Flurneuordnung Diera-Zehren
- Frosta AG/ELBTAL Tiefkühlkost Vertriebs GmbH – Verarbeitung von TK-Gemüse (auch Bio) in der Lommatzscher Pflege und Vermarktung an den Lebensmitteleinzelhandel
- Agrarunternehmen Lommatzscher Pflege e. G. – Gemüsevertragsanbau für Frosta/Elbtal mit eigener Erntetechnik, Marktfruchtanbau und Milchproduktion

Fachexkursion B: Regionale Entwicklung und Bürgerschaftliches Engagement in der Lommatzscher Pflege

- Vom Rittergut zur Gemeindeverwaltung mit Markthalle, Theater und „Peter-Sodann-Bibliothek“ – Erhaltung und sinnvolle (Um-)Nutzung ehemaliger landwirtschaftlicher Gebäude mit Hilfe von LEADER-Mitteln
- Geoportal zum Thema Kaolin im Geopark Porphyrland „Steinreich in Sachsen“ und zukünftiges Besucherzentrum im Schmalspurbahnhof Mügeln (Döllnitzbahn) – touristische Erschließung naturräumlicher Besonderheiten und Bewahrung von Industriekultur, LEADER-Projekt
- „Weißes Gold“ – Kaolinabbau der Kemmlitzer Kaolinwerke zur Herstellung von Porzellan und Keramik sowie zur Verwendung in der Papier- und Kosmetikindustrie, Kooperation mit dem Geopark
- Marienthal Sornzig – vom Zisterzienserinnenkloster zur europäischen Begegnungs- und Bildungsstätte
- „Obstlandroute“ – LEADER-Gemeinschaftsprojekt von drei LAGen und drei Landkreisen, Verknüpfung des Themas Obstregion mit der touristischen Infrastruktur (Sehenswürdigkeiten, Gastronomie etc.)
- Verwaltungsgemeinschaft Ostrau – Schaffung eines „Kinder- und Bildungscampus“ mit Schule, Hort, Kita, Sporthalle, Bibliothek und Jugendclub sowie gestaltetem Außengelände

Foto: M. Busch

Vollständiges Tagungsprogramm und Online-Anmeldung im Internet unter www.asg-goe.de

Mit Unterstützung des:
STAATSMINISTERIUM FÜR UMWELT UND LANDWIRTSCHAFT | Freistaat SACHSEN

Gefördert durch:
Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft
aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages

Neues ASG-Projekt:

Die Erwerbssituation von Frauen in ländlichen Regionen unter dem Einfluss der Digitalisierung der Arbeitswelt

Seit Januar 2016 erforscht die ASG welche Chancen und Risiken sich aus der Digitalisierung am Arbeitsplatz für Frauen und Männer in ländlichen Regionen ergeben. Ein besonderer Blick liegt auf der Frage, ob durch den Digitalisierungsprozess Benachteiligungen von Frauen abgebaut werden können und welche Chancen und Risiken die Digitalisierung für den ländlichen Raum birgt. Das Projekt wird zusammen mit der Hochschule Neubrandenburg und dem Institut für sozialökonomische Strukturanalysen (SÖSTRA), Berlin, durchgeführt. Strategischer Partner ist der Deutsche LandFrauenverband e.V. Untersucht werden verschiedene Branchen in fünf peripheren ländlichen Regionen Deutschlands. Ziel ist es, einen Überblick über den Fortschritt und die Effekte der Digitalisierung in ländlichen Regionen zu geben. Ergebnisse und Handlungsempfehlungen werden bis Ende 2017 vorliegen.

ASG-Projekt Sorgentelefone und Familienberatungen in Niedersachsen:

BAG Familie und Betrieb mit neuer Website

Seit über zwei Jahrzehnten unterstützt die ASG die durch das Niedersächsische Landwirtschaftsministerium geförderten Landwirtschaftlichen Sorgentelefone (ST) und Familienberatungen (LFB) an den Standorten Oesede (ST & LFB), Rastede (ST) und Barendorf (ST) vielfältig. Diese beraten landwirtschaftliche Familienmitglieder bei persönlichen Problemen telefonisch oder auf dem Betrieb. Neben einer Kooperation mit der Evangelischen Landwirtschaftlichen Familienberatung, Hannover, besteht eine bundesweite Vernetzung über die Bundesarbeitsgemeinschaft der Landwirtschaftlichen Familienberatungen und Sorgentelefone e.V. Auf der LandSchau-Bühne stellten Christina Meibohm, BAG, und Ines Fahning, ASG, die Arbeit sowie die neu gestaltete BAG-Website vor: www.landwirtschaftliche-familienberatung.de

ASG unterstützt Forschungsprojekt VivAge

Höfe mit Angeboten für Senioren gesucht

In vielen Dörfern fehlen Unterstützungsmaßnahmen für hochbetagte Menschen wie bspw. Tagesangebote oder angepasste Wohnformen. Das Zukunftszentrum Holzminden-Höxter untersucht im Rahmen des Projekts „VivAge – Lebensabend im Dorf“, auf welche Weise diese Versorgungslücke über Angebote auf landwirtschaftlichen Betrieben gefüllt werden kann.

Gesucht werden deshalb Höfe in Bayern, Mecklenburg-Vorpommern und Niedersachsen mit aktiver Landwirtschaft, die bereits Angebote für Senioren umgesetzt haben. Dabei kann es sich sowohl um kleine Maßnahmen mit einem Zeitumfang von ein oder zwei Stunden in der Woche handeln als auch um umfassende Konzepte, für die der Betrieb umgebaut wurde. Basierend auf ihren Erfahrungen sollen Modelle und Praxisleitfäden entwickelt werden.

Interessierte Betriebe können sich per Telefon oder E-Mail sowie auf der Website des Projekts näher informieren:

Tel. (05531) 126 - 279, claudia.busch@hawk-hhg.de
oder (05531) 126 - 278, michael.krisch@hawk-hhg.de

www.vivage.de

Neues von der agrarpolitischen Bühne:

Worte und Taten

Von vielfältigen und vielgestaltigen Dialogen, emsigen Bemühungen um Taten und deren Verhinderung und den Schwierigkeiten der agrarpolitischen Profilierung

Dieser Bundeslandwirtschaftsminister wirkt stilprägend wie nur wenige vor ihm. Kaum der geneigten Öffentlichkeit kundgetan, hat es Christian Schmidts geflügeltes Wort vom „Miteinander sprechen, statt übereinander reden“ zum Leitmotiv einer ganzen Branche gebracht. Der Bauernverband ruft zum offenen Dialog mit der Gesellschaft und verweigert sich nicht der ministeriellen Einladung zum Gespräch mit seinen schärfsten Kritikern. Die Landfrauen, von Natur aus auf Harmonie gebürstet, suchen den sachlichen und fachlichen Dialog mit allen und jedem. Die Geflügelwirtschaft betont ihre Dialogbereitschaft mit Tierschützern und anderen schwierigen Charakteren, die Molkereien starten vorsorglich eine Kommunikationsoffensive Milch, um erst gar nicht in diese Verlegenheit zu geraten. Eingerichtet wurden unter dem Dach des ministeriellen Dialoggewitters ein Dialogforum Wald, ein Dialog Lebensmittel, ein runder Tisch Milch und ähnliche Einrichtungen mit unbestreitbarem Dialogcharakter wie Lebensmittel-, Export- und sonstige Gipfel. Das vom Agribusiness neu aufgestellte und gestärkte Forum Moderne Landwirtschaft leitet gar seine Daseinsberechtigung aus der Belehrung und Bekehrung des Verbrauchers, des unbekannten Wesens, ab und richtet Finanzen und Personal an dieser hehren Aufgabe aus. Jahrzehntelang im verbandspolitischen Guerillakrieg erprobte Protagonisten von Umwelt- und Naturschutzverbänden wie BUND-Urgestein Hubert Weiger verzichten einstweilen auf verbale Frontalattacken gegen Menschen und Organisationen und treffen sich zum Tete-a-Tete mit einstigen Hauptwidersachern.

Es dialogt also derzeit sehr in Berlin. Dem stehen auch die Parlamentarier nicht nach. Unionsagrarsprecher Franz-Josef Holzenkamp ist nicht grundsätzlich gegen einen Umbau der Tierhaltung, wenn er denn im Dialog erfolge und dabei zudem nicht mit Schlagworten wie „Massentierhaltung“ und „Agrarindustrie“ hantiert werde. SPD-Oberagrarier Wilhelm Priesmeier steht ohnehin im permanenten Austausch mit Akteuren und Kollegen, vorzugsweise nicht aus der eigenen Fraktion. Auch für ihre jeweiligen Vorgesetzten ist der Dialog die Fortsetzung früherer Grabenkämpfe mit anderen Mitteln. Dialog statt Konfrontation müsse die Devise für die Auseinandersetzung über die Zukunft der Landwirtschaft sein, sagt die Stellvertretende CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Gitta Connemann. Ein klein wenig auf die Euphoriebremse tritt indes ihr sozialdemokratisches Pendant Ute Vogt. Ernsthaft besorgt weist sie in einem über den Tag hinausreichenden Grundsatzpapier darauf hin, in der Vergangenheit seien „Verallgemeinerungen und absolute Wahrheiten an die Stelle des konstruktiven Dialogs“ getreten. Gleichzeitig gelangt die SPD-Parlamentarierin zu der kaum zu widerlegenden Erkenntnis, die Wirklichkeit auf den Höfen sei „bunt wie das Leben selbst“.

Bei so vielen Schalmeienklängen allerorten will die Opposition kein Spielverderber sein, wenn’s auch sichtlich schwerfällt. Immerhin, Grünen-Agrarsprecher Friedrich Ostendorff begrüßte das Zustandekommen eines Beisammenseins zwischen den Köpfen der Satt-machenden und Satthabenden Demonstrationen zur Grünen Woche, wenn er in der ihm eigenen Wortwahl freudig feststellt, „dass die Verfechter einer bäuerlichen und gesellschaftlich gewollten Landwirtschaft mit den Vertretern der konventionellen, auf Wachstum setzenden Landwirtschaft ins Gespräch kommen“. Gehörig Wasser in den Wein gießt lediglich die agrarpolitische Frontfrau der Linken, Kirsten Tackmann. Ihre Einschätzung, der Bundeslandwirtschaftsminister zeichne sich in Anlehnung an das von ihm entwickelte und auf Dialog basierende Prinzip der verbindlichen Freiwilligkeit durch „verbindliches Nichtregieren“ aus, zeugt von fehlendem Verständnis ihrer Partei für die historische Dimension des neuen, dialogorientierten Politikansatzes.

Christian Schmidt ist dessen Spiritus Rector und Vollstrecker in Personalunion. Kein noch so widerspenstiger Verbandschef, der sich den ministeriellen Gesprächsangeboten entziehen kann; kaum ein Aktivist, der nicht schon am Tische des Herrn Platz nehmen durfte. Eine maßgebliche Rolle wird in dem ministeriellen Dialogprozess zudem den Kirchen beigemessen, deren Vertreter sich gleich mehrmals mit dem Minister treffen. Nach der Fülle und Vielfalt der gegenwärtigen Aktivitäten zu urteilen, könnte das für die-

sen Herbst in Aussicht gestellte Grünbuch zwar möglicherweise nicht in seiner inhaltlichen Tiefe, aber zumindest im Umfang in biblische Dimensionen vorstoßen. Im Anfang war das Wort und was kam dann?

Die Zeiten sind für Politiker ohne Zweifel härter und die Gelegenheit zu großen Taten rarer geworden. Reichte etwa anno 1962 einem damals kaum über die Hamburger Stadtgrenzen hinaus bekannten Regionalpolitiker namens Schmidt noch eine Sturmflut in Kombination mit eigener Tatkraft und Organisationstalent als Grundstein für den Aufstieg zum späteren Staatsmann und Weltökonomen, bietet seinem fränkischen Namensvetter selbst eine inzwischen seit anderthalb Jahren andauernde Preismisere auf den internationalen Milch- und Schweinefleischmärkten kaum Gelegenheit, Macherqualitäten zu demonstrieren und sich als Lotse in schwierigen Zeiten in Szene zu setzen. Zugegeben, die dafür notwendigen schlagzeilentauglichen Worte liegen dem aktuellen Bundeslandwirtschaftsminister entweder aus naheliegenden Gründen fern („Markt ist Murks") oder sind gerade anderweitig im Gebrauch („Wir schaffen das"). Gleichzeitig nehmen sich die Möglichkeiten zur politischen Profilbildung aber auch objektiv bescheiden aus.

„An den Taten sollt ihr sie erkennen", heißt es im Neuen Testament. Es soll aber auch Fälle geben, in denen „Unterlassen" segensreich wirken kann. Unbestritten ist, Schmidt tut was. Das mit 70 Mio. € von der EU ausgestattete erste Liquiditätshilfeprogramm hat immerhin rund 7 000 Betrieben, darunter mehr als ein Drittel in seiner bayerischen Heimat, mit Zuschüssen von bis zu 10 000 € zumindest eine Atempause verschafft. Für ein zweites, deutlich höher dotiertes Hilfspaket, setzt sich der CSU-Politiker dem Vernehmen nach wie kein anderer in Brüssel ein. Zusätzlich zu möglichen weiteren Liquiditätshilfen könnten sich die gebeutelten Betriebe in naher Zukunft auf steuerliche Entlastungen und die gefühlt seit Jahrzehnten landauf, landab geforderte Risikoausgleichsrücklage einstellen. Auch neuerliche Absenkungen der Berufsgenossenschaftsbeiträge scheinen nicht vollends ausgeschlossen. Solcherlei Segnungen auf nationaler Ebene könnten in dem Maße hoffähig werden, wie der Zeitpunkt der nächsten Bundestagswahl näher rückt.

Im Übrigen hat der Minister aus guten Gründen alle Hände voll zu tun, den nach jahrzehntelangen dirigistischen Irrwegen auf marktwirtschaftlichen Kurs getrimmten Tanker namens „Agrarpolitik" einigermaßen auf Kurs zu halten. Dies ist für einen CSU-Politiker ohnehin schwer genug. Angesichts traditionell staatsgläubiger und den Segnungen des Marktes misstrauender französischer Nachbarn auf der einen sowie den mit der Gabe zu öffentlichkeitswirksamen Patentrezepten („Menge runter, Preise rauf") ausgestatteten grünen Mitbewerbern um inländische Wählerstimmen auf der anderen Seite wird daraus sehr schnell eine Herkulesaufgabe. Bis Redaktionsschluss hatte Schmidt Forderungen seines Pariser Amtskollegen Le Foll nach staatlicher Unterstützung für Maßnahmen zur Mengenreduzierung auf dem Milchmarkt abwehren können. Auch die Grünen-Forderung nach einem staatlich bezuschussten Bonusprogramm der Molkereien für Lieferein-schränkungen stößt im Hause Schmidt auf taube Ohren. Das letzte Wort muss aber nicht gesprochen sein. „Hier steh ich, und ich kann nicht anders" – das Lutherwort hätte das Zeug, sich dereinst zum politischen Leitmotiv für den bekennenden Protestanten Schmidt zu entwickeln, mit dem er in die agrarpolitischen Annalen eingehen könnte. Warten wir's ab.

Alles andere als einfach ist schließlich das Vorhaben, dem Bundeslandwirtschaftsministerium mehr politisches Gewicht zu verleihen, indem dessen Kompetenzen für die Entwicklung der ländlichen Räume erweitert werden. Ausgestattet mit dem Auftrag aus dem Koalitionsvertrag, die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" (GAK) zu einer Gemeinschaftsaufgabe mit der Lizenz zur umfassenden Förderung ländlicher Gebiete auszubauen, bleibt das Vorhaben nach gegenwärtigem Stand hinter den geweckten Erwartungen zurück. Immerhin, künftig sollen im Rahmen der GAK mit zunächst 30 Mio. € auch Investitionen in nicht landwirtschaftliche Kleinstbetriebe, kleine Infrastrukturen und Basisdienstleistungen, in ländlichen Tourismus sowie zur Verbesserung des kulturellen Erbes von Dörfern gefördert werden können. Schmidt sieht darin einen Durchbruch zur Stärkung der ländlichen Räume über die rein landwirtschaftlichen Belange hinaus. Wer sich den Werdegang der GAK vor Augen führt, kann dem kaum widersprechen. Trotzdem bleiben Zweifel an der Größe des Wurfs. Nahezu zeitgleich zur Bekanntgabe der geplanten Änderungen des GAK-Gesetzes hat das Bundeswirtschaftsministerium in einem Bericht seinen Anspruch als Ansprechpartner Nummer 1 für strukturschwache ländliche Räume untermauert. Keine leichten Zeiten für die Agrarpolitik im Allgemeinen und den Bundeslandwirtschaftsminister im Besonderen. ■ Rainer Münch

Sind Verbraucher die Bremser beim Tierschutz?

Dr. Anke Zühlsdorf, Sarah Kühl, Sarah Gauly, Prof. Dr. Achim Spiller

Für eine tiergerechtere Weiterentwicklung der Nutztierhaltung kommt es nicht zuletzt darauf an, welchen Umsetzungsbeitrag die Akteure Staat, Wirtschaft und Gesellschaft jeweils leisten können. In einer eigenen repräsentativen Studie im Auftrag des Verbraucherzentrale Bundesverbandes e.V. (vzbv) wurde die Rolle der Verbraucher umfassend analysiert.[1] Einige der zentralen Befragungsergebnisse werden im nachfolgenden Artikel vorgestellt.

In der gesellschaftlichen Debatte um die Nutztierhaltung werden zunehmend Zweifel am Handlungswillen der Verbraucher geäußert. Der bisher ausgebliebene Markterfolg von Labelprogrammen für tiergerechter produziertes Fleisch wird als Beleg für eine fehlende Preisbereitschaft der Konsumenten gewertet; anderslautende empirische Forschungsergebnisse werden auf soziale Erwünschtheitseffekte zurückgeführt. Aber warum konnten sich dann in letzter Zeit hochpreisige Fleischersatzprodukte erfolgreich am Markt etablieren? So kostet etwa die vegetarische Mortadellavariante der Firma Rügenwalder Mühle ca. 1,69 €/100g, während der Discountpreis für Mortadella bei ca. 0,40 € liegt. Bereits im ersten Jahr der Markteinführung stieß das Unternehmen an Kapazitätsgrenzen und hat auf die hohe Nachfrage mit dem Bau einer neuen Produktionsstätte eigens für die fleischlosen Produkte reagiert. Wie ist dieser Markterfolg vor dem Hintergrund der häufig postulierten Schnäppchenmentalität der Verbraucher zu erklären?

Die Ergebnisse unserer aktuellen Verbraucherstudie (Zühlsdorf/Spiller/Gauly/Kühl 2016) belegen, dass der Verweis auf eine „Geiz ist geil"-Einstellung beim Fleischeinkauf zu kurz greift. In der repräsentativen Online-Befragung sind 1 024 Verbraucher in Deutschland zu Konsumpräferenzen, Verantwortlichkeiten, Handlungskompetenzen und Politikoptionen im Themenfeld Tierschutz befragt worden. Dabei zeigen sich u. a. folgende Resultate:

Einstellung zum Tierschutz

Das Thema Tierschutz in der Nutztierhaltung hat in der Bevölkerung einen sehr hohen Stellenwert. Für gut zwei Drittel der Verbraucher ist Tierschutz wichtig, nur für 13,1 % ist das Thema bedeutungslos, ein Viertel ist gleichgültig. Dabei gehen 41,3 % der Befragten davon aus, dass es den Tieren heute in der Landwirtschaft schlechter geht als früher – nur 21,1 % denken, die Tierhaltung habe sich verbessert. Dies ist eine sehr skeptische Einschätzung der landwirtschaftlichen Entwicklung.

Trotz unterschiedlicher individueller Ernährungsweisen eint die Verbraucher in überraschend deutlichem Ausmaß eine ethische Grundposition zur Nutztierhaltung: „Wenn Tiere für unser Essen sterben müssen, sollen sie vorher gut gelebt haben" – dieser Auffassung stimmen 85,2 % der Befragten zu. In der Ethik als kontrakttheoretisches Argument bezeichnet, verweist dies auf eine Art impliziten Vertrag der Gesellschaft mit dem Tier (Dawkins/Bonney 2008, Luy 2015) und die Lösung für das moralische Dilemma, mit dem der Fleischkonsum heute verbreitet verknüpft wird.

Interessant ist die widersprüchliche Rolle, die dem Konsumhandeln zugesprochen wird: Die Verbraucher sehen sich selbst als verantwortliche Marktakteure und schätzen das eigene Konsumhandeln als politisch relevant ein: Lediglich 22,3 % glauben, dass sie als „als einzelner Verbraucher am Tierschutz ohnehin nichts ändern können". Im Hinblick auf den Handlungswillen der anderen Konsumenten sind 80,5 % allerdings skeptisch und stützen das Statement: „Auch wenn viele Verbraucher behaupten, dass ihnen Tierschutz wichtig ist – beim Einkauf achten sie doch nur auf den Preis." Die individuellen Konsumenten sind offensichtlich beim Thema Preisbereitschaft für tiergerechtere Lebensmittel weiter als sie die Gesamtheit der Konsumenten sehen

Dr. Anke Zühlsdorf

Zühlsdorf + Partner GbR | Marketingberatung, Projektleitung und -durchführung, Göttingen

Tel. (0551) 370 80 86, azuehls@gwdg.de

Prof. Dr. Achim Spiller
Lehrstuhlinhaber
Tel (0551) 39 - 98 97, a.spiller@agr.uni-goettingen.de

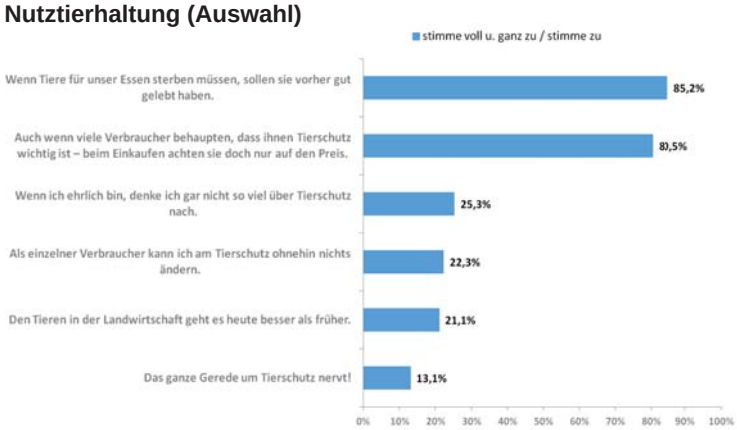
Sarah Kühl
Wissenschaftliche Mitarbeiterin
Tel. (0551) 39 - 48 25, sarah.kuehl@agr.uni-goettingen.de

Sarah Gauly
Wissenschaftliche Mitarbeiterin
Tel. (0551) 39 - 48 25, sarah.gauly@agr.uni-goettingen.de

Georg-August-Universität Göttingen
Lehrstuhl Marketing für Lebensmittel- und Agrarprodukte
www.agrarmarketing.uni-goettingen.de

[1] Die komplette Studie kann im Internet heruntergeladen werden unter www.uni-goettingen.de/de/11226.html

Abbildung 1: Verbrauchereinstellung zum Tierschutz in der Nutztierhaltung (Auswahl)



Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung an Zühlsdorf et al. 2016

n=1 024; Angaben in % aller gültigen Antworten; 5-stufige Skala von „stimme voll u. ganz zu“ bis „stimme überhaupt nicht zu“

(s. Abb. 1). Möglicherweise ist diese verbreitete Skepsis auch eine Folge der langjährigen „Geiz ist geil“-Diskussion und der Berichterstattung über die günstigen Lebensmittelpreise in Deutschland.

Dabei zeigen die Befragungsergebnisse, dass die deutschen Verbraucher beim Fleischeinkauf längst nicht so preisfokussiert sind wie vielfach behauptet.[2] Im Hinblick auf die Sonderangebots- und Qualitätsorientierung der Befragten sind lediglich 28 % der Fleischkäufer wirklich sonderangebotsaffin. Gut 32 % der Konsumenten sind stark qualitäts- und tierschutzorientiert (übrige: gemischte Motive; s. Abb. 2).

Konsumbarrieren

Die erfolgreiche Etablierung eines tierwohlorientierten Marktsegments setzt Warenverfügbarkeit in den üblichen Einkaufsstätten der Verbraucher ebenso voraus wie ein etabliertes Kennzeichnungssystem für die entsprechenden Produkte. Dass beide Voraussetzungen derzeit nicht gegeben sind, zeigen die weiteren Befragungsergebnisse. Knapp die Hälfte der Verbraucher (44,7 %) räumt ein, nicht zu wissen, woran sie Fleisch aus artgerechter Tierhaltung erkennen kann. Die weiteren Befragungsergebnisse legen nahe, dass dieser Anteil objektiv gemessen eher größer ist:

- Die offene Frage, ob sie Siegel oder Zeichen kennen, an denen sie mehr Tierschutz bei Fleisch erkennen, verneinen 85,9 % der Verbraucher (s. Abb. 3).
- Der für das Marketing wichtige ungestützte Bekanntheitsgrad[3] des Tierschutzlabels des Deutschen Tierschutzbundes ist mit 2,1 % verschwindend gering. Andere tierhaltungsbezogene Label sind gänzlich unbekannt.
- Der gestützte Bekanntheitsgrad der tierschutzspezifischen Label ist zwar höher (Neuland: 21,7 %, Tierschutzlabel: 10,9 %, Vier Pfoten: 5,7 %), aber mehr als drei Viertel der Verbraucher kennen die Label auch dann nicht, wenn ihnen das jeweilige Zeichen gezeigt wird.

Ersatzweise ziehen Verbraucher noch am ehesten Biolabel als Indiz für eine verbesserte Haltung heran. Deren gestützter Bekanntheitsgrad im Markt ist zwar deutlich höher, aber sie fallen den Konsumenten kaum spontan beim Thema Tierschutz ein, sind also nicht präsent.

Abbildung 2: Schnäppchenjäger oder Tierschutz?

Clusteranalyse macht deutlich, wie sich die Kundensegmente aufteilen

Preisorientierte Schnäppchenjäger	Smart Shopper	Wenig interessierte Fleischkäufer	Durchschnittskäufer	Tierschutz-Kernzielgruppe
• extrem sonderangebotsorientiert, • kein Qualitätsinteresse	• starke Sonderangebotsaffinität, • hohe Bereitschaft zum Geschäftsstättenwechsel, • mittleres Tierschutz- und Qualitätsinteresse	• mittlere Sonderangebotsaffinität, • eher geschäftsstättentreu, • stark unterdurchschnittliches Tierschutz- und Qualitätsinteresse	• mittlere Sonderangebotsaffinität, • eher geschäftsstättentreu, • überdurchschnittliches Tierschutz- und Qualitätsinteresse	• geringe Sonderangebotsaffinität, • sehr geringe Bereitschaft zum Geschäftsstättenwechsel, • sehr starkes Tierschutz- und Qualitätsinteresse
7% der Bevölkerung	**20,4% der Bevölkerung**	**12,3% der Bevölkerung**	**25,3% der Bevölkerung**	**31,6% der Bevölkerung**

Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung an Zühlsdorf et al. 2016

Gruppenbildung auf Basis einer Clusteranalyse (statistische Ermittlung von Befragten mit ähnlichem Antwortverhalten bei den Fragen zur Sonderangebots- u. Qualitätsorientiertung; n=1 024)

Brancheninitiative Tierwohl

Beim Produktlabelling garantiert ein Siegel auf der Verpackung, dass es sich um Erzeugnisse mit Tierwohlvorteil handelt. Neben dem Einhalten der Anforderungen setzt ein klassisches Labelsystem getrennte Warenströme voraus. Die getrennte Erfassung und Verarbeitung der Labelware ist insbesondere bei kleinen Mengen mit erheblichen Kosten verbunden. Der höhere Aufwand beim Erzeuger sowie die Kosten zur Warentrennung werden in den Endverbraucherpreis der Labelware einkalkuliert. Außerdem kann häufig nur ein Teil der Tiere als Labelprodukt verkauft werden, so dass die Labelteile im Rahmen der Mischkalkulation einen noch höheren Aufschlag verkraften müssen.

Die Initiative Tierwohl stellt ein Alternativkonzept zur Verbesserung der Tierhaltung dar, das gemeinschaftlich von Lebensmitteleinzelhandel, Landwirtschaft und

[2] Gruppenbildung auf Basis einer Clusteranalyse, bei der Fragen zur Sonderangebots- und Qualitätsorientierung berücksichtigt wurden

[3] Im Marketing wird der Aufmerksamkeitserfolg von Marketingmaßnahmen mit Hilfe von Recall- und Recognitiontests gemessen. Recall meint die ungestützte (freie) Erinnerung, z. B. an bestimmte Label, Marken oder Slogans. Recognition bezeichnet die gestützte Erinnerung (Wiedererkennen), etwa in der Form, dass den Probanden eine Liste von Labeln in der jeweiligen Warengruppe vorgelegt wird und sie gefragt werden, welche sie davon schon einmal gesehen haben (Spiller 2012). In der vorliegenden Befragung wurde der Bekanntheitsgrad der tierschutzspezifischen Label sowohl ungestützt (offene Frage) als auch durch Listenvorlage gestützt erhoben.

Schlachtunternehmen initiiert worden ist: Teilnehmende Landwirte erhalten als Anreiz zur Beteiligung direkte Kompensationszahlungen für die Durchführung von Tierwohlmaßnahmen. Die Finanzierung der Maßnahmen erfolgt über einen Preisaufschlag pro kg Fleisch und Wurst, das im Handel verkauft wird. Auf die Warentrennung von Fleisch aus dem Programm und Standardware wird verzichtet. Derzeit beträgt der Beitrag des Handels 4 ct/kg Fleisch/Wurst, was zur Finanzierung in der Landwirtschaft nicht ausreicht und die Zahl der teilnehmenden Betriebe in der Schweinemast auf ca. 8 % der Schweine begrenzt.

Die Initiative Tierwohl ist den Verbrauchern nahezu unbekannt (gestützter Bekanntheitsgrad des Zeichens der Initiative: 3,7 %). Nach neutraler Information wird sie im Grundsatz überwiegend befürwortet (s. Abb. 4). Der intendierte Ansatz, im Tierschutz zwar kleinere Schritte, diese dafür aber flächendeckend zu gehen und alle Fleischkonsumenten dafür in die Pflicht zu nehmen, wird akzeptiert. 72,8 % sagen: „Es ist eine gute Sache, wenn alle Verbraucher mitmachen müssen." 79 % der Verbraucher sind bereit, die derzeitigen 4 ct/kg zu bezahlen, 69 % würden auch mehr als 4 ct/kg bezahlen wollen. Die Zahlungsbereitschaft für die Initiative ist stark positiv korreliert mit der Forderung „Wir sollten alle mehr bezahlen, damit es den Tieren besser geht" und einer Betonung der Eigenverantwortung als Konsumenten. Gut drei Viertel der Verbraucher fordern, dass der Handel mehr bezahlt. Kritisch stehen die Verbraucher aber einer Werbung ohne Nämlichkeit der Waren gegenüber. 83,6 % der Verbraucher wollen am Produkt nachvollziehen können, ob das Fleisch aus verbesserter Tierhaltung stammt. Der Grundansatz der Initiative Tierwohl kann einen Entwicklungsbeitrag zu einer tiergerechteren Nutztierhaltung leisten. Allerdings besteht hoher Erklärungsbedarf und hohe Täuschungsgefahr, die eine behutsame und transparente Kommunikation nahelegen.

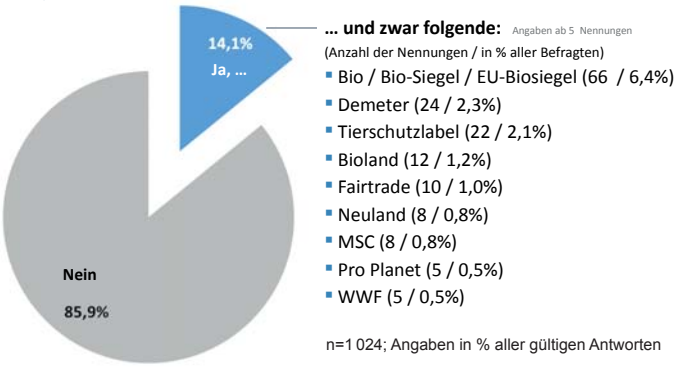
Fazit

Gegenwärtig sind Verbraucher als Marktakteure in ihrer Handlungskompetenz deutlich eingeschränkt. Der fehlende Bekanntheitsgrad der vorhandenen Label für tiergerechtere Produkte und die geringe Warenverfügbarkeit im Markt haben eine den Verbraucherpräferenzen entsprechende Markterschließung bisher verhindert. Solange es nicht gelingt, auf breiter Ebene glaubwürdige Signale für Tierschutzaktivitäten im Markt zu etablieren, wird das Marktpotenzial von Produkten mit Tierwohlvorteil nicht ausgeschöpft werden. Hier stehen die teilnehmenden Unternehmen der Fleischwirtschaft (insbesondere Wiesenhof, Vion, Tönnies) in der Verantwortung, mutige Schritte im Marketing zu gehen und in Werbung zu investieren.

Abbildung 3: Kennen Sie ein Siegel für mehr Tierschutz?

Labelbekanntheit (offene Abfrage, Mehrfachnennungen möglich)

Frage: Auf Lebensmitteln gibt es verschiedene Siegel oder Zeichen, die für besondere Eigenschaften stehen. Kennen Sie zufällig Zeichen, an denen Sie mehr Tierschutz bei Fleisch erkennen?

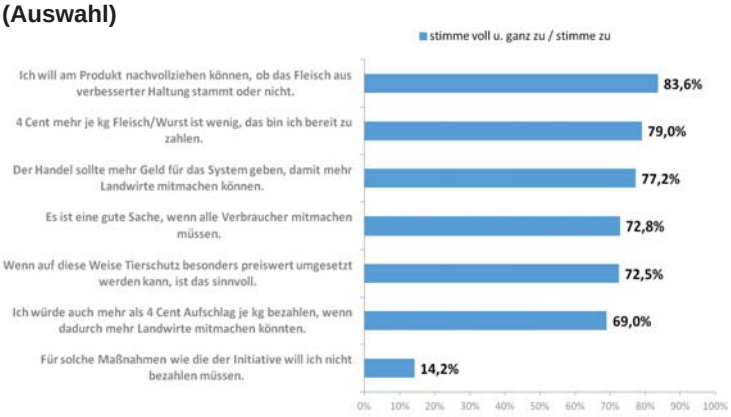


Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung an Zühlsdorf et al. 2016

Die Befragten äußern mehrheitlich (64,4 %), Interesse an weitergehenden Informationen über die Tierhaltung zu haben. Dieser Wunsch nach Informationen korreliert stark mit der Zustimmung zu der Aussage: „Ich bin bereit, mehr Geld für Fleisch zu bezahlen, wenn ich sicher wäre, dass die Haltungsbedingungen für die Tiere wirklich besser sind." Verbraucher werden also nur dann mehr Geld ausgeben, wenn sie Verbesserungen in der Haltung anhand glaubwürdiger Informationen nachvollziehen können.

Insgesamt sind die vielfältigen Umsetzungsprobleme auf Angebots- und Nachfrageseite deutliche Hinweise auf ein Markt- und Politikversagen, die nur mit einem Politik-Mix zu lösen sind. Pauschale Schuldzuweisungen an die Konsumenten sind weder sachgerecht noch hilfreich.

Abbildung 4: Verbraucherbeurteilung der Initiative Tierwohl (Auswahl)



Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung an Zühlsdorf et al. 2016

n=1 024; Angaben in % aller gültigen Antworten
5-stufige Skala von „stimme voll u. ganz zu" bis „stimme überhaupt nicht zu"

Die Literaturangaben finden Sie unter: www.asg-goe.de/pdf/LR0116-Literatur-Zuehlsdorf-Kuehl-Gauly-Spiller.pdf

Schweinehaltung in Norwegen – beispielhaft für Deutschland?

Renate Rehm

Bislang waren europäische Staaten, die nicht der EU angehören, wie z. B. Norwegen, eher uninteressant für deutsche Schweinehalter/-innen. Von ihnen wurden weder Konkurrenz noch Impulse für die Schweinehaltung erwartet. Die Forderung der EU, die Richtlinie 2008/120/EG des Rates über Mindestanforderungen für den Schutz von Schweinen in der Praxis umzusetzen, änderte diese Einstellung. Im Oktober 2015 informierte sich daher eine niedersächsische Delegation über die Schweinehaltung in Norwegen.

Auch Niedersachsen hat mit dem im Jahr 2011 ins Leben gerufenen Tierschutzplan auf die o. g. Richtlinie und die mangelnde Akzeptanz der Verbraucher/-innen hinsichtlich der landwirtschaftlichen Nutztierhaltung und den damit verbunden Forderungen nach mehr Tiergerechtigkeit reagiert. Ein wesentliches Ziel des Tierschutzplans Niedersachsen ist der Verzicht auf prophylaktische und nicht kurative Eingriffe wie z. B. das Kupieren der Schwänze bei Schweinen. Der Beginn des Ausstiegs ist für 2016 vorgesehen und wird durch die aus ELER-Mitteln finanzierte sog. „Ringelschwanzprämie“ flankiert. Je Tier mit intaktem Schwanz werden dem Halter 16,50 € gezahlt, wobei mindestens 70 % des gesamten Bestandes intakte Schwänze haben müssen.

Vorgaben, die nach EU-Richtlinie 2008/120/EG des Rates über Mindestanforderungen für den Schutz von Schweinen künftig in Niedersachsen zu berücksichtigen sind:

- Ein Kupieren der Schwänze oder eine Verkleinerung der Eckzähne dürfen nicht routinemäßig und nur dann durchgeführt werden, wenn nachgewiesen werden kann, dass Verletzungen am Gesäuge der Sauen oder an den Ohren anderer Schweine entstanden sind.
- Bevor solche Eingriffe vorgenommen werden, sind andere Maßnahmen zu treffen, um Schwanzbeißen und andere Verhaltensstörungen zu vermeiden, wobei die Unterbringung und Bestandsdichte zu berücksichtigen sind.
- Aus diesem Grund müssen ungeeignete Unterbringungsbedingungen oder Haltungsformen geändert werden.

Landwirtschaft in Norwegen: Politik und Produktion

Grundsätzlich ist die Landwirtschaft in Norwegen kaum mit Deutschland vergleichbar. Während in Deutschland ca. 300 000 landwirtschaftliche Betriebe (Niedersachsen ca. 42 000) gezählt werden, sind es in Norwegen ca. 44 000. Obwohl die Landesfläche mit ca. 357 168 km² etwa annährend gleich groß wie die Deutschlands mit 324 000 km² ist, führt die extreme Nord-Süd-Ausrichtung Norwegens (58. bis zum 71. Breitengrad, das entspricht mit einer Länge von 1 750 km knapp der Strecke Oslo – Rom) zu erheblichen topografischen sowie klimatischen Unterschieden. 26 % der Fläche wird forstlich genutzt und ca. 3 % landwirtschaftlich (ein Drittel Getreide, Rest Grünland). Es ist nicht überraschend, dass diese Bedingungen, gepaart mit relativ hohen Lohnkosten, die Produktionskosten in die Höhe treiben.

Trotz dieser schwierigen Rahmenbedingungen ist es ein wesentliches Anliegen der Politik, die einheimische Landwirtschaft insgesamt zu fördern und zu stärken. Eine Verdichtung auf klimatisch und wirtschaftlich optimale Standorte ist nicht gewünscht, auch weil die Landwirtschaft die Kulturlandschaft erhält und zu einer Besiedlung des gesamten Landes beiträgt. Folglich wurde in der Vergangenheit die Landwirtschaftspolitik unmittelbar auf die norwegischen Verhältnisse zugeschnitten. Dabei ist die Steigerung der Nahrungsmittelproduktion ein relevantes politisches Ziel, denn mittlerweile liegt der Selbstversorgungsgrad unter 50 % und 70 % der Importe stammen aus Ländern der EU.

Vor diesem Hintergrund verwundert es nicht, dass Norwegen seine Landwirtschaft weitgehend vor internationaler Konkurrenz schützt. Zusätzlich beziehen norwegische Landwirte im Durchschnitt etwa 60 % ihrer Bruttoeinkünfte aus Subventionen und Zuschüssen (Deutschland: 44 %). Das ist im weltweiten Ver-

Foto: privat

Renate Rehm

Niedersächsisches Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Hannover, Ref. 204.1 Tierarzneimittel, Tierschutz

Tel. (0511) 120 2103

Renate.Rehm@ml.niedersachsen.de

gleich der höchste Anteil. Darüber hinaus werden Kleinbetriebe stärker als Großbetriebe gefördert und Bestandsobergrenzen vorgegeben. Hohe Standards u. a. bei Tierwohl, Tiergesundheit und der Nahrungsmittelsicherheit sind obligatorisch. Ebenfalls sind Maßnahmen der Preis- sowie Marktregulierung (z. B. Abnahmepflicht für norwegische Produkte) selbstverständlich. Zusätzlich dienen regelmäßige Verhandlungen zwischen Berufsstand und Behörden der Sicherung eines verlässlichen Zieleinkommens. Interessant ist in diesem Zusammenhang die Beobachtung, dass Berufsstand, Verwaltung und Wissenschaft eng zusammenarbeiten und gemeinsam an der Umsetzung der vorgenannten Ziele arbeiten. Beispielsweise forcierte seinerzeit der Berufsstand die Bestrebungen, den Antibiotikaeinsatz zu minimieren.

Die Erzeugungskosten für 1 kg Schweinefleisch liegen in Norwegen mit 3,20 € doppelt so hoch wie in Deutschland (1,60 €/kg), wobei das Ferkel 100 € kostet (Deutschland: 30 €). 2013 wurde in Norwegen 4,8 % der Anbaufläche ökologisch bewirtschaftet, in Deutschland 6,4 %. In Bezug auf den Anteil der Nahrungsmittel an den Konsumausgaben liegt Norwegen im europäischen Vergleich mit 11,69 % (2014) vor Deutschland mit 10,13 % (2013). Auch die Bereitschaft der Verbraucher, oftmals teurere, aber lokal erzeugte norwegische Produkte zu kaufen, ist nachvollziehbar vorhanden. Dabei ist von untergeordneter Bedeutung, ob es sich um Produkte aus konventioneller oder ökologischer Landwirtschaft handelt.

Struktur der Schweineerzeugung

Der „Animal Welfare Act“ (www.regjeringen.no/en/dep/lmd/id627/) aus dem Jahr 2009 gibt den rechtlichen Rahmen für die Schweinehaltung in Norwegen vor. Das beinhaltet u. a. ein Verbot des Schwänzekupierens – sofern keine tierärztliche Indikation vorliegt – sowie ein Verbot der Fixierung von Sauen sowohl im Deckzentrum als auch in der Abferkelbucht. Ausnahmen sind nur im Rahmen von begründeten Einzelfällen zulässig. Diese Situation stellt sich in Deutschland grundlegend anders dar. Bei nahezu 100 % der konventionell gehaltenen Schweine werden die Schwänze routinemäßig kupiert. Die Sauen werden in einem Zeitraum von einer Woche vor der voraussichtlichen Geburt der Ferkel bis vier Wochen nach dem Besamungstermin in Kastenständen gehalten, d. h. in der Mehrzahl der konventionellen deutschen Ferkelerzeugungsbetriebe verbringen die Sauen mit neun bis zehn Wochen ca. 50 % des Produktionszyklus im Kastenstand. Nach wie vor wird die Fixierung der Sau in der Abferkelbucht von vielen deutschen Schweinehalter/-innen, insbesondere zum Schutz vor dem Erdrücken der Ferkel, für unerlässlich erachtet.

Trotz staatlicher Stützung war in den letzten zehn Jahren auch in Norwegen der Strukturwandel spürbar. 10 % der Betriebe gaben auf, dafür wurden die verbliebenen größer. In den letzten 20 Jahren konnte die landwirtschaftliche Produktion erheblich gesteigert werden, wobei sich aber der Sauenbestand um 20 % reduzierte. Gegenwärtig verfügt Norwegen noch über 2 500 schweinehaltende Betriebe, davon 1 200 Sauenhalter mit durchschnittlich 50 Sauen (gesamter Bestand pro Jahr ca. 55 000 Sauen) und 1 300 Mästern mit einer jährlichen Erzeugung von 1,7 Mio. Schlachtschweinen (Deutschland: ca. 60 Mio. Schweineschlachtungen pro Jahr). Der Selbstversorgungsgrad an Schweinefleisch liegt bei knapp 100 % (Deutschland: ca. 115 %). Jedoch fällt in Norwegen der jährliche Verzehr mit ca. 21 kg Schweinefleisch pro Kopf deutlich niedriger aus als in Deutschland (ca. 38 kg).

Weiterhin sind Bestandsobergrenzen festgelegt. Ferkelerzeuger dürfen in Norwegen höchstens 105 produktive Sauen halten und pro Jahr und Tierhalter/-in maximal 2 100 Schweine mästen. Eine weitere Besonderheit Norwegens sind die 13 „Satellitensysteme“, in denen ca. 15 % aller Ferkel erzeugt werden. Hierbei handelt es sich um ein arbeitsteiliges System, welches aus mehreren Betrieben besteht.

Mastschweinehaltung in Norwegen: Die Schwänze sind nicht kupiert, im Liegebereich wird ausreichend Wühlmaterial angeboten.

Etwa 1 000 Sauen gehören dem Deck- und Wartestall (Nabe) an. Davon werden max. 450 Sauen in der Nabe selbst gehalten, die restlichen werden ca. drei Wochen vor dem Abferkeln an mehrere spezialisierte Abferkelbetriebe (Satelliten) vermietet. Pro „Satellit“ werden max. 53 Sauen gehalten, die nach der Säugezeit (ca. fünf Wochen nach der Geburt) zurück in die Nabe transportiert werden. Die Mietkosten der Sauen werden 13 Wochen nach der Lieferung fällig. Zu dem System gehören ebenfalls eine Quarantäneeinrichtung sowie ein Schlachtbetrieb.

Leistungsdaten

Das Leistungsniveau ist in Norwegen und Deutschland vergleichbar: Pro Wurf werden in Norwegen durchschnittlich 11,2 Ferkel abgesetzt (Deutschland: 12). Auf Grund der deutlich längeren Säugezeit (min. 28 Tage, häufig ca. 33 Tage) liegt die Anzahl abgesetzter Ferkel pro Sau und Jahr niedriger als in Deutschland (Norwegen: 24, Deutschland: 25,6). Bessere Leistungen als ihre deutschen Berufskollegen erreichen die norwegischen Mäster bei durchschnittlichen Tageszunahmen von 957 g (Deutschland: 700-1000 g) und einer Mortalität von durchschnittlich 1,8 % (Deutschland: 3,4 %). Eine Ursache hierfür ist, dass die Tiere in Norwegen bereits mit einem Schlachtgewicht von ca. 80 kg geschlachtet werden, in Deutschland dagegen mit ca. 95 kg. Trotz des Verzichts auf die Fixierung der Sau liegen die Saugferkelverluste in Norwegen mit durchschnittlich 15 % auf einem ähnlichen Niveau wie in Deutschland. Die besten 10 % der norwegischen Betriebe erzielen Saugferkelverluste von unter 10 %. Die Geburten werden sehr intensiv überwacht und bei Bedarf wird ein Wurfausgleich durchgeführt. Managementmaßnahmen wie z. B. Geburtshilfe und Wurfausgleich sind nach Aussage der Tierhalter ohne größere Probleme auch bei freilaufenden Sauen möglich.

Stalleinrichtung und Platzangebot

Die rechtlichen Mindestanforderungen an das Platzangebot in Ferkelaufzucht- und Mastbetrieben unterscheiden sich marginal von deutschen Verhältnissen: Nur in der Endmast (85-110 kg) ist die vorgeschriebene Mindestfläche pro Tier in Norwegen mit 0,80 m^2 etwas größer als in Deutschland (0,75 m^2). Dagegen ist das Platzangebot für Absatzferkel meist größer als in deutschen Ställen. Die Ferkel verbleiben häufig nach dem Absetzen bis zur Umstallung in die Mast wurfweise in der Abferkelbucht (Mindestfläche 6 m^2, Breite 1,8 m, wobei in Neubauten mehr als 7 m^2 eingeplant werden; Deutschland: Mindestfläche 4 m^2).

In den Abferkelbuchten nimmt der planbefestigte Bereich in der Regel etwa ¾ der Gesamtfläche der Bucht ein. Nestbaumaterial ist vorgeschrieben und muss ab drei Tage vor der erwarteten Geburt verfügbar sein. Dazu wird i. d. R. Stroh oder auch Heu verwendet. Danach kommen häufig Sägespäne als Beschäftigungsmaterial für Sau und Ferkel zum

Abferkelbucht in Norwegen: Die Sauen sind nicht fixiert, ein Ferkelkorb ist nicht vorhanden und im Liegebereich wird ausreichend Wühlmaterial angeboten.

Einsatz. Dies ermöglicht den Ferkeln, schon in den ersten Lebenswochen Erfahrungen mit diesen Materialien zu sammeln. Die modernen Buchten sind fast quadratisch zugeschnitten. Ein sog. Ferkelschutzkorb ist nicht mehr vorhanden. Das Ferkelnest befindet sich in einer Ecke der Bucht und ist mit einer Abdeckung, Fußbodenheizung und einer Infrarotlampe ausgestattet, so dass ein passendes Mikroklima für die Ferkel gesichert ist. Das Tier-Fressplatzverhältnis liegt i. d. R. bei 1:1. In den Abferkelbuchten ist der Trog meist so lang, dass die Sau und ihre Ferkel gemeinsam daraus fressen können.

Für die Mast sind planbefestigte Liegeflächen vorgeschrieben, die so dimensioniert sein müssen, dass in jedem Gewichtsabschnitt alle Tiere gleichzeitig darauf liegen können. In den besichtigten Betrieben war meist etwa ¾ der Fläche planbefestigt und etwa ¼ perforiert, d. h. mit Spaltenboden ausgestattet. Eine Verschmutzung der Buchten bzw. der Schweine mit Kot war auf den besuchten Betrieben nicht feststellbar.

Beschäftigungsmaterial

Jedes Schwein muss ständig Zugang zu ausreichenden Mengen an Wühlmaterial haben. Dafür werden zumeist Sägespäne, aber auch Stroh und Grassilage eingesetzt. Häufig wird einmal täglich eine Schaufel Sägespäne auf die planbefestigte Fläche gegeben. Zusätzlich erhält jedes Tier später am Tag eine Handvoll Grassilage oder Stroh. So wird garantiert, dass alle Tiere ihren Wühltrieb gleichzeitig befriedigen können.

Futter/Fütterung

In Norwegen wird aufgrund des heimischen Angebots deutlich mehr Gerste und Hafer verfüttert als in Deutschland. Die Verfütterung von Tier- und Fischmehl ist zulässig. Gaben von kleinen Mengen Raufutter in Form von Heu, Grassilage oder Stroh sind üblich.

Kastration

Die Kastration darf in Norwegen nur mit Schmerzausschaltung (Anästhesie in Kombination mit einem langwirkenden Schmerzmittel) in den ersten vier Lebenswochen durchgeführt werden. Die Immunokastration (Kastration von männlichen Ferkeln durch Impfung) wird auf ca. 5 % der Betriebe eingesetzt. Probleme mit der Verbraucherakzeptanz sind nicht bekannt.

Stallklima

Die Schweine werden in Norwegen bei deutlich niedrigeren Abteiltemperaturen gehalten, die Mindestluftraten sind im Vergleich mit deutschen Verhältnissen relativ hoch.

Auf den Betrieben werden ausreichende Vorräte an Wühl- und Beschäftigungsmaterial vorgehalten

Genetik

In Norwegen werden für die Sauenlinie hauptsächlich Norwegische Landrasse und Yorkshire (seit kurzem die Topigs Z-Linie) eingesetzt und für die Produktion der Mastschweine Eber der Rasse „Duroc“. Die Halter berichten, dass bei diesen Rassen die Neigung zum Schwanzbeißen gering ist. Auf einem Betrieb trat Schwanzbeißen seit dem Einsatz der Topigs hingegen vermehrt auf. Eine Vermarktung der o. g. Landrassen wäre in Deutschland aber schwierig, da bei der Preisfindung hierzulande der Magerfleischanteil sowie die Ausprägung des Schinkens honoriert werden. Tierwohlkriterien werden bei der Umsetzung von Zuchtzielen berücksichtigt.

Tiergesundheit

Der Infektionsdruck ist deutlich geringer als in Deutschland. Hierzu tragen auch die eingangs beschriebenen Verhältnisse in Norwegen bei, wie z. B. dünne Besiedlung, keine Konzentration von Tierbeständen. So ist Norwegen, im Gegensatz zu Deutschland, frei von den in Schweinebeständen üblichen Atemwegserkrankungen auslösenden Influenzaviren des Typs A der Stämme H1N1, H1N2 und H3N2. Auch das Reproduktionsstörungen und respiratorische Störungen verursachende PRRSV (Porcine Reproductive and Respiratory Syndrome)-Virus, der Erreger der Enzootischen Pneumonie der Schweine (Mycoplasma hyopneumoniae), der Dysenterie verursachende Erreger Brachyspira hyodysenteriae sowie Salmonellen-Infektionen treten gar nicht bzw. nur noch selten in den Beständen auf. Weiterhin gibt es nur einzelne MRSA-positive Bestände. Insgesamt ist der Einsatz von Antibiotika wesentlich geringer als in Deutschland. Norwegen hat im Vergleich zu den anderen europäischen Ländern den niedrigsten Verbrauch an Antibiotika im Nutztierbereich (2012: Norwegen 4 mg Antibiotika pro pcu (population correction unit), Deutschland dagegen 205 mg/pcu).

Innenansicht vom Feld mit Beikräutern

Foto: R. Brunnhuber

Fallstudie zum Öko-Gemüsebau:

Produktivität und Nachhaltigkeit im Kleinbauernbetrieb

Robert Brunnhuber

An der Alpen-Adria-Universität Klagenfurt wurde 2014 im Rahmen einer Masterarbeit die Untersuchung eines kleinbäuerlichen (Gemüsebau-)Betriebes im niederösterreichischen Waldviertel hinsichtlich seiner Produktivität und Nachhaltigkeit durchgeführt. Der Vollerwerbsbetrieb vermarktet zertifiziertes, biologisch produziertes Gemüse über Kistenzulieferungen direkt an die Kunden und kann damit ohne die Inanspruchnahme von Fördermitteln kostendeckend wirtschaften.

Betrieb mit „Gemüsekiste nach Saison“

Über kurze Transportstrecken werden vom 2,8 ha großen Familienbetrieb (2 Erwachsene, 1 Kind) nach Wien und Umgebung ganzjährig Gemüsekisten zu je 7 kg geliefert. Dieses Vermarktungsmodell wird vom Betriebsleiter als „Gemüsekiste nach Saison“ bezeichnet, denn die Zulieferung nach Saison ist die tragende Geschäftsidee. Trotz der suboptimalen biophysischen Bedingungen (530 m Höhenlage; sandiger und neutraler bis saurer Boden) gewährleistete der Betrieb mit 0,92 ha tatsächlich bestellter Anbaufläche eine wöchentliche Produktionsmenge für rd. 200 Lieferadressen. Dies ist möglich, da bis auf die Bodenvorbereitung im März durch einen extern genutzten Traktor alle Arbeitsschritte von Hand verrichtet werden und somit eine hohe Besatzdichte erreicht wird. 6 Pflanzen/m² sind typisch für Blumenkohl, Fenchel, Mangold, Brokkoli, Kohlrabi und 4 Pflanzen/m² für Rotkraut/Weißkraut, Kohl, Rosenkohl und Weißkohl. Neben der Besatzdichte zählt vor allem die Flächenmehrfachnutzung, also die Bepflanzung derselben Fläche mehrmals im Jahr, mittels welcher sich eine saisonale Produktion gewährleisten lässt. Die über die letzten etwa 20 Jahre dauerhaft zur Gemüseproduktion bewirtschaftete Fläche von 0,83 ha (abzüglich 0,09 ha für den Kürbisbesatz auf der Pachtfläche im Jahr 2014) erlaubte mitunter folgende Flächenmehrfachnutzungen unter den lokalen Bedingungen: Salat und zeitgleich Kohl auf engstem Raum (der Salat ist fertig, wenn der Kohl sich auszubreiten beginnt); aufeinanderfolgend Salat, Kohlrabi und Endivie; eine mögliche Folge von vier Kulturen sind Salat, Weißkohl, Fenchel und Grüne Bohnen.

Auch Folientunnel werden eingesetzt und dienen der saisonalen Produktion. Bspw. sind Kopfsalate frühe Salate, die im Tunnel bis Mitte Mai gezogen werden. Danach kommen andere Salatsorten direkt aufs Feld. Grundsätzlich ist Ende April das Feld erstmals voll besetzt und die erste Ernte der Neupflanzungen geschieht Mitte Mai. Bis Juni bilden die Kartoffeln den größten Gewichtsanteil in den Kisten. In der Zeit von März bis einschließlich April ist ungewiss, was von dem Lagergemüse noch vorhanden (abhängig von den Erntemengen) bzw. verkaufsfähig ist. Vom Betriebsleiter wird dazu erklärt: Zu den Vorbedingungen dieser Vermarktung zählt ein geräumiger Keller im Bereich von 1 bis maximal 17° C Raumtemperatur. Aber wenn der Winter eher milder ist, kann bereits im Februar neu geerntet werden: Über den Winter bleiben Rosenkohl, Lauch und Grünkohl am Feld; unter dem Fließ bleiben Feldsalat, Endivien, Portulak und Mangold. Der Großteil der Feldfrüchte wird in Pflanztöpfen als Maßnahme zur Ausfallvermeidung vorgezogen, was auf einem kleinen Betrieb leichter zu organisieren ist. Obwohl gemeinhin angenommen wird, dass der Gemüsebau leicht Ernteausfälle verzeichnet, gab es im Jahr 2014 keine Ausfälle am Betrieb, da die von Februar bis März vorgezogenen Setzlinge grundsätzlich visuell auf ihre Kraft geprüft werden und der Ausfall daher nur vereinzelt auftritt. Für Ausfälle sind jedoch Pflanzen und Samen in Reserve vorhanden.

Produktivitätsangaben

Die Produktionsmenge des Jahres 2014 belief sich auf 19,76 t. Das entspricht einer durchschnittlichen Flächenproduktivität von 2,1 kg Gemüse pro m² (diese ergibt sich aus der gesamten Ernte bezogen auf die gesamte angebaute Fläche), was rechnerisch bei der Hälfte des österreichischen Durchschnitts liegt (ohne Trennung zwischen konventioneller und biologischer Gemüseproduktion). Daraus ergibt sich eine Arbeitsproduktivität von rund 6,2 kg pro Stunde (3 203 h Agrarische Aktivitäten). Da nur die gelieferten Erntemengen zum Zweck der externen Kontrolle verzeichnet werden, wurden für

Robert Brunnhuber

M.Sc., Alpen-Adria-Universität Klagenfurt, Fakultät für Interdisziplinäre Forschung und Fortbildung Wien, Institut für Soziale Ökologie

r.brunnhuber@gmx.at

diese Berechnungen pauschal 10 % für nicht verkäufliche Mengen hinzugerechnet, die maßgeblich zur Eigenverpflegung dienen bzw. im Gegengeschäft mit Nachbarn als Tierfutter Verwendung finden. Zur Begründung dieses relativ geringen Ertrages ist neben jährlichen Schwankungen bei einzelnen Feldfrüchten zu erwähnen, dass es sich um eine qualitätsorientierte Produktion handelt. Geringere Erträge sind sogar vorteilhaft, um die Kistenzusammensetzung kontinuierlich adäquat zu erreichen, denn z. B. zu große Gemüseköpfe sind unpraktisch. Der Betrieb befindet sich zudem, was Böden und Klima betrifft, in einer für den Gemüsebau nicht optimalen Lage für diese diversifizierte Produktion ohne Spezialisierung auf ertragsstarke Feldfrüchte.

Evaluation der Nachhaltigkeit am Betrieb

Ausgehend von den vielfältigen Unklarheiten und Kritikpunkten, die mit dem Begriff der Nachhaltigkeit verknüpft sind (vgl. Oehme 2007) wurde eine Nachhaltigkeitsevaluation mit den Dimensionen ökonomisch, ökologisch und sozial durchgeführt. Die Auswertung erfolgte sowohl sektoral als auch integrativ. Für die drei Dimensionen wurden mittels interdisziplinärer Methodenwahl Indikatoren erstellt, die die wesentlichen Zusammenhänge abdecken sollen, ohne die Komplexität zu stark zu vereinfachen: Deckungsbeitragsrechnung (ökonomisch), Zeitnutzungserhebungen (sozial) – eine an der Systemtheorie orientierte sozialökologische Methode – und Nährstoffbilanz (ökologisch). Als Systemgrenze gilt dabei jeweils der Betrieb selbst.

Der Transport von Nährstoffen über die betriebliche Grenze wurde mittels der Hoftor-Bilanz (Import-Export-Bilanz u. a.) erstellt und über die Grenzen zum ökonomischen System wurden gemäß einfacher Deckungsbeitragsrechnung die Kosten den Einnahmen gegenübergestellt. Da der Betrieb kostendeckend wirtschaften konnte, war das ökonomische Nachhaltigkeitskriterium auf mindestem Niveau erfüllt. Dazu ist auch anzumerken, dass beim derzeitigen flächenbezogenen Fördersystem die möglichen Förderungen bei der geringen Betriebsgröße sehr niedrig ausfallen würden. Der wichtigste Kostenfaktor im Jahr 2014 waren die Kosten für externe Lieferungen.

„Zeitliche und körperliche Arbeitsbelastung“ (vgl. Entrup/Schäfer 2011: 40) war das Kriterium für soziale Nachhaltigkeit. Vor der Untersuchung wurde ein Wert von max. 60 Arbeitsstunden pro Person gesetzt, um Spielraum für saisonale Schwankungen zu lassen. Dieses wurde allerdings vom Betriebsleiter phasenweise und im Mittel mit 70 Stunden überschritten, womit auch das Nachhaltigkeitskriterium überschritten wurde. Dieses Ergebnis steht in direktem Zusammenhang mit der Organisation der Direktvermarktung (Kistenvorbereitungen, Kunden- und Rechnungsangelegenheiten, Liefertätigkeit), welche ausschließlich vom Betriebsleiter durchgeführt wird und 2014 gerundet 1 400 Stunden beanspruchte. Direktvermarktung ist im Vergleich mit konventionellen Vertriebsmodellen generell zeitaufwendiger, da organisatorische Zusatzarbeit nötig ist und die Variante der Kistenzustellung sicher zu den zeitaufwendigeren Varianten der Direktvermarktung zählt, weil die Lieferdurchführung und -organisation hinzutritt. Jedoch wird dieses Ergebnis durch qualitative Zusatzinformationen wieder abgeschwächt, denn alle rein agrarischen Produktionstätigkeiten sind als geringe Beanspruchung zu werten (z. B. Ernte, Jäten, Gemüsereinigung) gemäß Schramski et al. (2013) und anderen Referenzen.

Die Evaluation der ökologischen Nachhaltigkeit wurde basierend auf der Hoftor-Bilanz interpretiert. Als Kriterium hierbei wurde der Ausgleich von Nährstoffeinträgen und -austrägen genommen. Da das Ergebnis für das Jahr 2014 ein stark positiver Nährstoffsaldo für die Nährstoffe Stickstoff, Phosphor und Kalium ist, was gerade für den biologischen Landbau untypisch ist (vgl. Götz 1997: 179, Freyer/Pericin 1996: 29), wurde davon ausgegangen, dass es sich dabei um eine Nährstoffrückführung handelt, weil die letzten etwa 20 Jahre keine herkömmliche Düngung erfolgte. Die Nährstoffeinträge über Pflanzerde in Pflanztöpfen und Stroh als Mulch sowie in den

Hohe Besatzdichte der Salatsorten

letzten drei Jahren geringe Mengen Rindermist waren zumindest rechnerisch annähernd ausreichend für die benötigten Produktionsmengen. Zur Verringerung der Nährstoffverluste beigetragen hat explizit die durchgeführte Bewirtschaftungsart, z. B. beinahe ganzjährige Bodenbedeckung, und die Nährstoffausnutzung natürlicher Prozesse, z. B. Einarbeitung von Beikrautsubstanz in den Boden. Werden statt der Nährstoffversorgung Umweltwirkungen, bedingt durch Nährstoffüberschüsse, herangezogen, dann gilt dies primär für Auswaschung und Ausgasung von Stickstoff.
Da der größte Eintrag durch den Kompost (10,3 t) erfolgte und nicht durch Rindermist (1 t), bei welchem die Verlustwirkung durch unsachgemäße Ausbringung viel höher ausfallen kann, wird gemäß Schätzungen der Fachliteratur angenommen, dass nur bis zu 30 % des Stickstoffes im Kompost verlustig werden können. Dies stellt ein geringes Nachhaltigkeitsrisiko dar. Der Rest verbleibt nach Schätzungen bis zu zwölf Jahre in der Bodensubstanz (vgl. Umweltbundesamt 2012: 39). Daraus lässt sich ein Vorschlag für die Konkretisierung von ökologischer Nachhaltigkeit ableiten: Der Betrieb wurde der ökologischen Nachhaltigkeit im Gemüsebau insofern gerecht, als eine Praxis der leichten Unterdüngung – wie sie im biologischen Landbau nicht untypisch ist – negative Umweltwirkungen vermied (Vorsorge-Prinzip). Erst bei den ersten Anzeichen von Produktionseinbußen wurde begonnen, dem Boden Nährstoffe zurückzuführen.

Integrative Nachhaltigkeitsevaluation

Bei der Methodenauswahl war das Ziel, solche Methoden zu verwenden, welche hinreichend genaue Ergebnisse liefern, um eine integrative Zusammenschau zu ermöglichen. Dabei wurde eine Minimalanforderung von Nachhaltigkeit zugrunde gelegt, wonach die drei Dimensionen in ihrer dynamischen Wechselwirkung so aufeinander abgestimmt sein müssen, dass die Veränderung in einem der drei Bereiche keine negativen Folgen in einem anderen haben soll (Fischer-Kowalski 1997). Der Vorteil daran ist, dass Nachhaltigkeit über ein Spektrum gefasst werden kann und nicht mehr nur binär als nachhaltig/unnachhaltig verstanden wird. Umgesetzt wurde dies basierend auf Turner (2010), welcher „Zielkonflikte“ („trade-offs“) als Dreh- und Angelpunkt der Nachhaltigkeitsforschung versteht. Wie sich schon im Wechselverhältnis von ökonomischer und sozialer Nachhaltigkeit gezeigt hat, kam es zwischen Einkommen und Arbeitszeit zu einem solchen, weil formal betrachtet mehr Einkommen auch mehr Arbeitsaufwand und damit weniger „Lebensqualität“ bedeuten könnte. Der bekannte landwirtschaftliche Zielkonflikt von Produktion und negativen Umweltwirkungen wurde jedoch umgangen, indem die Produktivitätsleistung sowohl an die ökonomischen Erfordernisse der Direktvermarktung als auch an die ökologischen (Mehrfachnutzung der Fläche; gestärkte Pflanzen durch Vorziehen) angepasst ist. Die ökologischen Bedingungen wirken sich auch teilweise positiv auf die Produktivität aus (z. B. keine Schnecken; händisch leicht zu bearbeitender Sandboden; minimale Bewässerung aufgrund niedrigerer Temperaturen möglich). Aus diesen und noch weiteren in der Masterarbeit diskutierten Gründen ist der Betrieb daher insgesamt als nachhaltig zu charakterisieren. ■

Die Masterarbeit ist auf dem Bibliotheksserver der Alpen-Adria-Universität Klagenfurt einsehbar: www.aau.at.

Literatur

Entrup, N. L., Schäfer, B. C. [Hrsg.] (2011): Lehrbuch des Pflanzenbaues. Bd. 2: Kulturpflanzen, Th. Mann, Bonn

Fischer-Kowalski, M. (1997): Dynamik und Selbststeuerung industrieller Gesellschaften, in: Fischer-Kowalski, M., Haberl, H., Hüttler, W., et al. (1997): Gesellschaftlicher Stoffwechsel und Kolonisierung von Natur. Ein Versuch in Sozialer Ökologie, G+B Verl. Fakultas, Amsterdam

Freyer, B., Pericin, C. (1996): Nährstoffhaushalt in biologisch bewirtschafteten Betrieben, Agrarforschung 3/1: 29-32

Götz, B. (1997): Regionale Stoffbilanzen in der Landwirtschaft am Beispiel des Einzugsgebietes der Strem (Südburgenland), in: Götz, B. [Hrsg.] (1997): Stoffbilanzierung in der Landwirtschaft. Ein Instrument für den Umweltschutz? Workshop 20.-21. Juni 1996, Wien: Umweltbundesamt Tagungsberichte Bd. 20: 171-180

Oehme, I. (2007): Stand der Nachhaltigkeitsdiskussion: Eine Übersicht zur Konzeptualisierung im deutschsprachigen Raum, in: Krainer, L., Trattnig, R. [Hrsg.] (2007): Kulturelle Nachhaltigkeit. Konzepte, Perspektiven, Positionen, Oekom-Verlag, München, 203-223

Schramski, J. R., Jacobsen, K. L., Smith, T. W., et al. (2013): Energy as a potential systems-level indicator of sustainability in organic agriculture: Case study model of a diversified, organic vegetable production system, Ecological Modelling 267: 102-114

Turner, B. L. (2010): Vulnerability and resilience: Coalescing or paralleling approaches for sustainability science? Global Environmental Change 20: 570-576

Umweltbundesamt (2012) [Hrsg.]: Optimierung der Verwertung organischer Abfälle, Materialband „Wirkungsanalyse Boden“, Studie durchgeführt vom Institut für Energie- und Umweltforschung Heidelberg GmbH (Umweltbundesamt Texte 32/2012)

Jugend im Fokus der Politik

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend stellt für den Zeitraum zwischen 2015-2018 seine Jugendpolitik in Form einer Jugendstrategie neu auf. Umgesetzt wird die Strategie durch die Koordinierungsstelle „Handeln für eine jugendgerechte Gesellschaft“ (ehemals Zentrum Eigenständige Jugendpolitik) in Berlin. Verschiedene Modellprojekte mit dem Ziel, die Strukturen zur Beteiligung und Berücksichtigung junger Menschen nachhaltig zu sichern, werden im Rahmen der Jugendstrategie gefördert. Grundsätze und Handlungsstrategien sollen sowohl bundesweit als auch besonders auf kommunaler Ebene zur Anwendung kommen. Einzelvorhaben sind z. B. der Jugend-Check als Prüf- und Sensibilisierungsinstrument für jugendgerechte Politik.

Auch auf EU-Ebene laufen zeitgleich Bestrebungen, Jugendliche stärker zu berücksichtigen. Die EU-Jugendstrategie wurde im Jahr 2009 durch die Jugendminister/-innen der EU-Mitgliedstaaten unter dem Titel „Erneuerter Rahmen für die jugendpolitische Zusammenarbeit in der EU 2010-2018“ beschlossen. In Deutschland konzentrieren sich Bund und Länder bei der Umsetzung auf folgende drei Handlungsfelder:

- Partizipation fördern und Demokratie stärken
- Soziale Integration und gelingende Übergänge in die Arbeitswelt
- Anerkennung und Sichtbarmachung des nicht-formalen und informellen Lernens in der Jugendarbeit.

Eigenständige Jugendpolitik

Die „Eigenständige Jugendpolitik“ der Bundesrepublik Deutschland stellt die Interessen und Belange junger Menschen im Alter von 12-27 Jahren in den Mittelpunkt jeglicher politischen Fragestellungen und Handlungen. Bereits im Koalitionsvertrag hat sich die aktuelle Regierung dazu verpflichtet, diese besondere Lebensphase stärker zu berücksichtigen und in Entscheidungen gezielt einzubeziehen; dies soll ressortübergreifend geschehen. Der politische Ansatz ist in die Jugendstrategie „Handeln für eine jugendgerechte Gesellschaft“ 2015-2018 des Bundesjugendministeriums integriert. Um die jungen Menschen in ihrer Lebenswelt zu erreichen, nimmt die kommunale Ebene eine entscheidende Rolle ein.

Für die Realisierung dieses Vorhabens bestehen bereits einzelne Initiativen auf Länderebene in Sachsen-Anhalt, Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg, Bayern und Rheinland-Pfalz. Das Projekt „Jugendgerechte Kommune“ soll ebenfalls dazu beitragen. Über die im Oktober 2014 gegründete Arbeitsgruppe „Jugend gestaltet Zukunft“ finden die Belange der Heranwachsenden überdies auch in der Demografiestrategie der Bundesregierung Berücksichtigung.

Grundsätze und Ziele einer Eigenständigen Jugendpolitik:

- Eigenständige Jugendpolitik betrachtet die Lebensphase Jugend als Ganzes statt sie in isolierte Teilaspekte zu zerlegen.
- Eigenständige Jugendpolitik ist Politik für alle Jugendlichen, indem sie heterogene Lebensentwürfe berücksichtigt und respektiert sowie Förderung und Unterstützung für benachteiligte Jugendliche ermöglicht.
- Eigenständige Jugendpolitik rückt die Interessen und Bedürfnisse von Jugendlichen in den Mittelpunkt und befördert zugleich ein positives Bild von Jugend, indem sie Potenziale von Jugendlichen sichtbar macht und ihre Leistungen anerkennt.
- Eigenständige Jugendpolitik fördert nachhaltige Jugendbeteiligung, denn junge Menschen können ernstzunehmende Inhalte und Positionen in Gestaltungsprozesse einbringen und ihre Perspektive kann nicht durch die Erwachsener ersetzt werden.
- Eigenständige Jugendpolitik wirbt für Freiräume, um Jugendlichen Zeit für ihre Persönlichkeitsentwicklung zu geben. Jugendliche benötigen akzeptierte Auszeiten sowie die Gelegenheit, sich ihre Umgebung anzueignen und sie mitzugestalten.
- Eigenständige Jugendpolitik ist eine gemeinsame Aufgabe, die eine Kooperation sowohl zwischen relevanten Politikfeldern (insbesondere den Bereichen Jugend, Bildung, Soziales, Arbeitsmarkt, Familie, Inneres, Gesundheit, Wirtschaft, Verbraucherschutz sowie Verkehr/Bau/Stadtentwicklung) als auch zwischen verschiedenen Ebenen der Politik (lokal, regional, national und europäisch) erfordert.
- Eigenständige Jugendpolitik treibt jugendpolitische Reformen voran, indem sie gesetzliche Vorgaben und Rechtsansprüche auf ihre Wirksamkeit hin überprüft.
- Eigenständige Jugendpolitik hat eine europäische Dimension, denn die Lebensbedingungen von Jugendlichen werden von politischen Entscheidungen beeinflusst, die auf EU-Ebene oder auch in anderen Ländern getroffen werden.

Jugend-Check

Mit dem Jugend-Check soll ein Instrument entwickelt werden, welches politische Vorhaben und Gesetzesentwürfe hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf die Lebenssituation junger Menschen prüft. Nachfolgend kann festgestellt werden, ob und in welcher Weise eine Beteiligung von Jugendvertreter/-innen an der weiteren Ausarbeitung bzw. Gestaltung notwendig ist. Zugleich dient der Jugend-Check auf diese Weise der Sensibilisierung für die Belange von Jugendlichen im gesellschaftlichen und politischen Kontext. Konkrete Kriterien und Indikatoren werden im Rahmen von Workshops ausgearbeitet und sind bis spätestens Herbst 2017 zu erwarten. Der Jugend-Check wird vonseiten des Bundesjugendministeriums in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Bundesjugendring, dem Bundesjugendkuratorium, dem Deutschen Jugendinstitut, der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ und der Koordinierungsstelle „Handeln für eine jugendgerechte Gesellschaft“ erarbeitet.

Jugendgerechte Kommune

Praktische Umsetzung findet die Jugendstrategie auch im Rahmen einer Prozessbegleitung in 16 Kommunen. In jedem Bundesland wurde dazu eine sog. Referenzgemeinde ausgewählt, von kleinen Dörfern bis hin zur Großstadt ist alles vertreten. Die Referenzgemeinden haben im Jahr 2016 die Aufgabe, eine Ist-Stand-Analyse vor Ort durchzuführen. Nachfolgend sollen sie daraus Ziele für ihre Kommune im Hinblick auf „Jugendgerechtigkeit“ ableiten und deren Umsetzungsprozess planen. Die Zielsetzung soll maßgeblich durch die Jugendlichen der jeweiligen Kommunen initiiert und in Zusammenarbeit mit lokalen Akteuren aus der Zivilgesellschaft und der Politik erarbeitet werden. Über drei Jahre hinweg werden die Referenzgemeinden dabei von der Koordinierungsstelle „Handeln für eine jugendgerechte Gesellschaft“ begleitet. Das Projekt, dessen Auftaktveranstaltung im Februar 2016 in Berlin stattfand, dient der Erprobung, Weiterentwicklung und der Etablierung von Mitgestaltungsmöglichkeiten junger Menschen in kommunalen Fragestellungen und Strukturen. In diesem Zusammenhang nimmt auch der Austausch unter den Gemeinden einen wichtigen Stellenwert in der Weiterentwicklung von jugendgerechten Beteiligungsformen ein. Die Erfahrungen der Referenzgemeinden sollen im Rahmen einer Zwischenbilanz 2017 und abschließend im Sommer 2018 als Ergebnisse zur Verfügung stehen. ■ Anna Schöps

Weiterführende Informationen unter: www.jugendgerecht.de

Argumente und Empfehlungen für eine jugendgerechte Demografiepolitik in ländlichen Räumen

Sarah Beierle

Das von 2013 bis Februar 2016 vom Deutschen Jugendinstitut durchgeführte und von der „Beauftragten der Bundesregierung für die neuen Bundesländer“ geförderte Projekt „Jugend im Blick – Regionale Bewältigung demografischer Entwicklungen“ setzte sich mit möglichen jugendpolitischen Handlungsoptionen im Umgang mit den demografischen Herausforderungen in ländlichen Räumen auseinander. Junge Menschen wurden bezüglich ihrer Lebenssituation befragt und aus ihren Aussagen Handlungsfelder mit entsprechenden Empfehlungen abgeleitet.

„Aufwachsen auf dem Land“ – für Viele klingt das nach Idylle, nach Weite und Natur. Andere wiederum denken an überalterte Dörfer, Perspektivlosigkeit und Ohnmacht. Selten wird jedoch die Bevölkerung zu ihren Lebensrealitäten befragt und noch seltener wird die Gruppe der dort aufwachsenden Jugendlichen in den Blick genommen. Die Bedeutsamkeit von jungen Menschen für die Vitalität einer Region liegt auf der Hand. Jedoch scheinen junge Menschen hinsichtlich der Frage, inwieweit sie für sich eine Zukunft in ländlichen Räumen sehen, durch Abwanderung eine Abstimmung mit den Füßen durchzuführen, mit weitreichenden Konsequenzen für die demografische Entwicklung in den betroffenen Regionen.

Fünf ostdeutsche und drei westdeutsche strukturschwache Landkreise wurden dahingehend analysiert, wie sie mit einem geringen Bevölkerungsanteil junger Menschen strategisch umgehen und was dies für die Jugendlichen selbst und ihr Aufwachsen bedeutet. Hierbei wurden Dokumente, die sich mit Jugend und Politik bzw. demografischem Wandel beschäftigen, analysiert und verschiedene Entscheidungsträger/-innen zur jugendpolitischen Situation in den Landkreisen befragt. Die Perspektive der Jugendlichen wurde durch Gruppendiskussionen in den acht Untersuchungsregionen erhoben. Projektbegleitend fanden fünf Veranstaltungen mit jugendpolitischen Akteuren der Kreis-, Landes- und Bundesebene statt, in denen die Zwischenergebnisse diskutiert und Empfehlungen für eine „jugendgerechte Demografiepolitik“ erarbeitet wurden.

Damit liefert das Projekt empirische und handlungsorientierte Hinweise für die „Demografiestrategie des Bundes“ und deren Arbeitsgruppe „Jugend gestaltet Zukunft“ sowie für die Jugendstrategie „Handeln für eine jugendgerechte Gesellschaft“ 2015-2018 und die darunter gefasste „Eigenständige Jugendpolitik“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.*

Aus den Aussagen der Jugendlichen ließen sich drei Handlungsfelder ableiten; Mobilität bzw. Erreichbarkeit sowie Internetzugang stellten sich dabei als Querschnittsthemen heraus.

Handlungsfeld „Freizeitgestaltung“

Lange Fahrzeiten zu Bildungsorten sowie der Besuch von Ganztagsschulen führen für viele Jugendliche in ländlichen Räumen zu stark verdichteten Tagesabläufen. Die Öffnungszeiten der professionell betreuten Freizeitangebote für Jugendliche (z. B. Jugendzentren) korrespondieren in den untersuchten Regionen oftmals nicht mit den frei gestaltbaren Zeiten der Jugendlichen. Zugleich werden viele Angebote von den Jugendlichen als uninteressant eingeschätzt. Auch das Repertoire an Vereinen und Verbänden zur Freizeitbetätigung ist eingeschränkt. Für Jugendliche interessante kommerzielle Angebote wie bspw. Kino haben sich meist aus der Fläche zurückgezogen. Somit finden die Jugendlichen in ihrem sozialen Nahraum kaum Orte, an denen sie sich jenseits von institutionellen Strukturen treffen und austauschen können und an denen sie auf eine hinreichend große Anzahl von Peers treffen, wodurch das Angebot erst interessant wird.

Ein weiteres Problem ist die oftmals mit einem hohen Kosten- und Zeitaufwand verbundene Erreichbarkeit der noch verbleibenden Einrichtungen. Vielerorts ist der Öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) an den Schülertransport gebunden, wodurch der letzte Bus nach Schulschluss fährt. Somit kann der Schulort nicht für Freizeitaktivitäten nach der Unterrichtszeit genutzt werden. Die Nutzbarkeit virtueller

Sarah Beierle

Deutsches Jugendinstitut, Außenstelle Halle

Tel. (0345) 68 178 - 21
beierle@dji.de
www.dji.de/jugendimblick

* Siehe Beitrag S. 29 in diesem Heft.

Mehr Unabhängigkeit von den Eltern dank sicherer Radwege

Treff- und Freizeiträume wie Facebook oder WhatsApp ist aufgrund der fehlenden Verfügbarkeit einer schnellen mobilen Internetverbindung (LTE) vielerorts stark eingeschränkt. Oftmals bietet nur die Breitbandverbindung im Elternhaus eine ausreichend gute und stabile Internetverbindung, allerdings ist auch diese trotz deutlicher Verbesserungen im Breitbandausbau nicht für alle Jugendlichen verfügbar.

Doch nicht alle Jugendlichen im ländlichen Raum fühlen sich beim Zugang zu Freizeitangeboten gleichermaßen benachteiligt. Faktoren wie Fahrdienste durch Familie und Freunde sowie zur Verfügung stehende finanzielle Mittel spielen hier eine bedeutende Rolle. Bei Jugendlichen, die die erwünschten Freizeitangebote nicht erreichen, drückt sich die Benachteiligung oftmals in einer relativen Deprivation gegenüber anderen Gruppen wie Migranten, Senioren oder auch finanziell bessergestellten Jugendlichen aus. Intergenerationelle Interessengegensätze treten jedoch bei der Thematisierung von Flüchtlingen u. U. in den Hintergrund. Einzelne Jugendliche argumentierten, dass das Wohl und die Angebote für Kinder und Senioren gestärkt werden sollten und das Geld nicht für Asylbewerberunterbringungen ausgegeben werden sollte. Dieser plötzliche Wechsel hin zur Vertretung von Kinder- und Senioreninteressen könnte möglicherweise damit zusammenhängen, dass die Jugendlichen eine ablehnende Haltung ihres Umfeldes (z. B. des Elternhauses) gegenüber Asylsuchenden verinnerlicht haben und diese wortgetreu weitertransportieren.

Handlungsempfehlungen

- Durch den Zugang zu kostenfreien Breitband-Internet-Hot-Spots in jedem Dorf und jedem Schulbus kann der nichtkommerzielle Zugang zu medialen Inhalten von Jugendlichen sowie deren Teilhabe an alterstypischen Kommunikationsbeziehungen in sozialen Netzwerken enorm verbessert werden.
- Die Stärkung der nichtmotorisierten Individualmobilität von Jugendlichen durch sichere Radwege in die nächsten Unter- und Mittelzentren ist entscheidend, um unabhängiger von Fahrdienstleistungen der Eltern und vom meist ausgedünnten ÖPNV zu werden.
- Vereine im ländlichen Raum brauchen eine finanzielle Förderung, um Kindern und Jugendlichen Fahrdienste anbieten können.
- Auf Grund des geringen Zeitbudgets der Jugendlichen bedarf es Freizeitangeboten, die vor Ort schnell zu erreichen sind. Gerade am Wochenende sollte auch der Zugang zu zentralen Jugendeinrichtungen gefördert werden. Hierzu müssten die Öffnungszeiten der Einrichtungen deutlich erweitert und durch die Abstimmung mit dem ÖPNV Erreichbarkeiten abgesichert werden.
- Schulen als zentraler Aufenthaltsort sollten Aufenthaltsräume für Schüler/-innen bereitstellen. Auch Räumlichkeiten von Kirchen, Vereinen sowie kommunalen Gebäuden sollten für die selbstorganisierte Freizeitgestaltung von Jugendlichen geöffnet werden.
- Eine Intensivierung der interkulturellen Jugendarbeit, die sowohl die Belange von Jugendlichen, die aus den Regionen stammen, als auch die Belange von jungen Flüchtlingen berücksichtigt, sollte angestrebt werden. Dabei ist darauf zu achten, dass die beiden Gruppierungen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Um dies zu verhindern, bedarf es sowohl zielgruppenspezifischer als auch gemeinsamer Angebote.

Handlungsfeld „Jugendliche Belange und Jugendpartizipation“

Durch Partizipation erleben die Jugendlichen ihre Lebenswelt als gestaltbar, können Ohnmachtsgefühle überwinden und ihre Lebensqualität eigenständig erhöhen. Die mitgestaltende

Teilhabe Jugendlicher an öffentlichen Angelegenheiten sorgt idealerweise dafür, dass sich politische Entscheidungsträger intensiver mit den Positionen von Jugendlichen auseinandersetzen und deren Belange im politischen Entscheidungsprozess eine stärkere Berücksichtigung finden. Die befragten Jugendlichen fühlen sich mit ihren Belangen allerdings kaum in politischen Entscheidungen berücksichtigt. Es wurden lediglich Erfahrungen mit repräsentativer Beteiligung (Schülervertretung) oder punktueller Beteiligung (Befragung) und vereinzelt alltägliche Erfahrungen (Jugendclub) geschildet. Die Erfahrungen bezogen sich dabei am stärksten auf den Bereich Schule und nur selten auf Regionalplanung oder Lokalpolitik.

Politische Akteure deuten die oftmals geringen Teilnehmerzahlen von Jugendlichen an etablierten politischen Beteiligungsformen als generelles Desinteresse. Die Ursachen hierfür sind jedoch vielschichtiger. Häufig sind diese Partizipationsmöglichkeiten sehr abstrakt und werden durch die Jugendlichen nicht als Mitbestimmungsgremien wahrgenommen – auch, weil die diskutierten Themen vorgegeben werden und ein Engagement ohne greifbare Ergebnisse bleibt. Hinzu kommen hohe Partizipationskosten (Fahrtkosten, Zeit) sowie das Dilemma, dass eine Beteiligung an langwierigen Entscheidungsprozessen ihnen selbst meist nicht mehr zugutekommt und somit aus Nutzenerwägungen als irrational erscheint. Vielfach wird die anfängliche Partizipationsmotivation von jungen Menschen auch enttäuscht. Absichtsbekundungen seitens der Politik werden nicht umgesetzt, was zu einer Verdrossenheit gegenüber den politischen Entscheidungsträgern und dem eigenen Engagement führt.

Handlungsempfehlungen

- Um Jugendliche über die Möglichkeiten der Mitgestaltung und Förderungen zu informieren, kann eine Koordinierungsstelle hilfreich sein, welche durch einen Jugendbeauftragten betreut wird. Dieser kann die Jugendlichen bei der Vertretung ihrer Interessen unterstützen und als Vermittler zwischen Jugendlichen und Verwaltung bzw. Politik agieren.
- Jugendgerechte Partizipationsansätze sollten sich auf einen möglichst konkreten Anlass bzw. Gegenstand beziehen, der für die Lebenswelt der jungen Menschen von Bedeutung ist. Abwechslung, Spontanität und Originalität sowie schnelle und greifbare Erfolgserlebnisse und eine reale Machtbeteiligung erscheinen hierbei als attraktive Faktoren.
- Des Weiteren können Modelle wie z. B. E-Democracy und die Abfederung von Partizipationskosten als Ansatz für mehr Jugendbeteiligung genutzt werden. Ebenso wird empfohlen, Funktion und Gestaltungsmöglichkeiten der Schülervertretungen Schüler/-innen und Lehrer/-innen stärker bewusst zu machen sowie demokratische Beteiligung auch außerhalb gewählter Gremien in den verschiedensten Alltagsbereichen zu etablieren.

Handlungsfeld „Schule und berufliche Perspektiven“

Der Übergang von der Schule in die Arbeitswelt ist in ländlichen Räumen meist zugleich mit der Entscheidung zu gehen oder zu bleiben verknüpft. Diese ist ein Abwägungsprozess hinsichtlich der individuellen Bedeutsamkeit der sozialen und kulturellen Angebotslage, der Einschätzung der

Internet-Zugang u. a. auch durch Hot-Spots in Schulbussen

eigenen Lebensqualität sowie der angenommenen Bildungsperspektiven.

Maßgeblich sind zunächst die in Bezug auf die persönlichen Berufspräferenzen lokal wahrgenommenen Ausbildungsperspektiven. Die Chancen auf eine qualifizierte Ausbildung vor Ort werden jedoch von vielen Jugendlichen deutlich unterschätzt. Dabei beruht die schlechte Bewertung der Bildungschancen in der Region nicht mehr auf einem generellen Fehlen von Ausbildungsplätzen. Vielmehr werden das niedrigere Gehaltsniveau und die schlechte Erreichbarkeit von Ausbildungsstelle und/oder Berufsschule bemängelt. Auch Weiterbildungs- und Aufstiegsmöglichkeiten werden als sehr beschränkt eingeschätzt. Zudem können dem stark angestiegenen Anteil Jugendlicher mit Hoch-

Mangelnde Transparenz der regionalen Unternehmenslandschaft erschwert es Jugendlichen, passenden Ausbildungsbetriebe zu finden.

schulreife keine weiterführenden Bildungsangebote im Hochschulbereich geboten werden. Die duale Ausbildung wird von Abiturient/-innen weiterhin als Sackgasse gesehen, die eine weitere berufliche Karriere ausschließt.

Nichtsdestoweniger zeigte sich in der Befragung, dass ein durchaus beachtlicher Anteil Jugendlicher beabsichtigt, in der Region zu bleiben. Häufig wird jedoch mit Blick auf geringere Mobilitätskosten (Zeit, Geld) und ein größeres soziales und kulturelles Angebot ein Umzug zum nächsten Mittelzentrum angestrebt.

Handlungsempfehlungen

- Anlaufstellen zur Bildungsberatung sollen Jugendliche und junge Erwachsene mit Bleibe- oder Rückkehrabsichten hinsichtlich der Ausbildungs- und Arbeitsoptionen im Landkreis informieren. Darüber hinaus sollten solche Informationen auch auf einem Online-Portal zugänglich sein, in Kombination mit Informationen zu Freizeitmöglichkeiten, um die Nutzungshäufigkeit und Bekanntheit der Portale zu erhöhen.

- Im Rahmen der Berufsorientierung können die Jugendlichen speziell über die lokale Betriebs- und Unternehmenslandschaft informiert werden, bspw. auch durch Peer-Mentoren direkt an den Schulen. Zudem sollten Eltern als wichtigste Ansprechpartner der Jugendlichen in Fragen der beruflichen Orientierung stärker in die Berufsorientierung eingebunden werden.

- Eine Steigerung der Attraktivität von dualen Ausbildungsberufen in Hinblick auf Erreichbarkeit, Entlohnung und Entwicklungsmöglichkeiten kann für diese Ausbildungsform Anreize schaffen. Die Bildungslandschaft einer Region könnte durch die Errichtung von Außenstellen von Hochschulen, durch online-Lehrveranstaltungen nach Vorbild der „Virtuellen Akademie Nachhaltigkeit“ oder durch die Zusammenarbeit von Hochschulen mit kleinen und mittelständischen Unternehmen im Ganzen gestärkt werden.

Ausblick

Angesichts der verschiedenen Ressorts, die mit Angelegenheiten von Jugendlichen bzw. den Auswirkungen des demografischen Wandels befasst sind, ist es unabdingbar, ihren Belangen querschnittlich Rechnung zu tragen und die jugendbezogene intersektorale Zusammenarbeit zu intensivieren. So sind nicht nur in der Jugendhilfe und Schulentwicklung die Interessen und Partizipationsbedürfnisse Jugendlicher zu berücksichtigen, sondern auch bspw. in den Handlungsfeldern der Raumplanung, der Wirtschaftsförderung oder des Kulturbereichs. Insgesamt muss es gerade in ländlichen Räumen mit großen demografischen Herausforderungen darum gehen, eine intergenerationelle und intersektorale Dialogkultur zu etablieren, welche die Belange von Jugendlichen ernst nimmt.

Aus Sicht der jugendpolitischen Akteure der lokalen Ebene sind die Bedürfnisse Jugendlicher kaum im Bewusstsein politisch Handelnder außerhalb des Jugendbereichs verankert. Durch die angespannte Haushaltslage und eine Unterfinanzierung des Jugendbereichs wird der Jugendpolitik in vielen der Untersuchungslandkreise zu wenig Beachtung zuteil. Um einer Jugendgerechtigkeit in ländlichen Räumen Rechnung zu tragen, bedarf es Richtungsvorgaben und langfristig angelegter Unterstützungsmaßnahmen, die zwischen Bund, Landes- und Kreisebene abgestimmt sind, sowie einer ebensolchen intersektoralen Zusammenarbeit auf Landes- und Bundesebene. ■

Berufliche Zukunft in der eigenen Region

Gudrun Täntzler

Die Internetplattform „Junge Köpfe – Karriere in der Altmark“ bietet jungen Menschen die Möglichkeit, sich einen Überblick über die Unternehmen und das Angebot an Ausbildungs- und Praktikumsplätzen in der Altmark zu verschaffen. Ziel des Projektes ist es, so einen Beitrag zur Sicherung des Fachkräftebedarfes in der Region zu leisten.

Die Altmark im Norden von Sachsen-Anhalt gehört mit 43 Einwohnern pro km² zu den am dünnsten besiedelten Räumen in Deutschland. Noch immer verlassen mehr Menschen die Region, als zuziehen. Infolgedessen ist für die Betriebe die Gewinnung qualifizierter Mitarbeiter ein großes Problem. Vor allem junge Menschen richten auf der Suche nach einem Ausbildungs- oder Arbeitsplatz ihren Blick eher auf die benachbarten Bundesländer, z. T. auch, weil sie wenig Überblick über den regionalen Arbeitsmarkt haben.[1] Aus diesem Grund hat der Verein zur Förderung der beruflichen Bildung in der Region Altmark West e.V. ein Internetportal aufgebaut, das erstmals einen Großteil aller regionalen, ausbildenden Unternehmen und ihre freien Ausbildungsplätze erfasst. Verlinkungen zu Berufsbildern (u. a. auch zur Seite BERUFENET der Bundesagentur für Arbeit) und zum Angebot regionaler Bildungseinrichtungen tragen dazu bei, dass das Portal weit über einen reinen Stellenmarkt hinausgeht und von den Schülerinnen und Schülern auch zur Berufsinformation genutzt werden kann.[2]

Informationstag an einer Sekundarschule

Seit dem 15. März 2013 können Schüler und Ausbildungsunternehmen das Portal www.jungekoepfe.info nutzen. Der ständige Kontakt mit den Sekundarschulen der Region macht es möglich, dass alle Schülerinnen und Schüler die Internetseite kennen und anwenden können. Zzt. präsentieren sich auf der Seite 339 Unternehmen mit insgesamt 574 freien Ausbildungsplätzen. Besonders die landwirtschaftlichen Betriebe der Region profitieren von der Präsenz auf dem Internetportal, da nur die wenigsten von ihnen einen eigenen Internetauftritt haben bzw. nicht einmal im örtlichen Telefonbuch zu finden sind.

Aufgrund der selbstverständlichen Nutzung von Internet und Social Media seitens der aktuellen Schülergenerationen wurde die Website bereits zu Projektbeginn mit einer sog. Fanseite von Facebook kombiniert. Dort werden Schülerinnen und Schüler über relevante News und Veranstaltungen informiert und haben die Möglichkeit, direkt mit dem Projektteam in Kontakt zu treten.

„Junge Köpfe – Karriere in der Altmark“ hat mittlerweile einen hohen Bekanntheitsgrad in der Region Altmark erreicht und ist von der Angebotspalette der regionalen Berufsorientierung nicht mehr weg zu denken. Mit dem Ende der Projektförderung konnte das Portal zwar nicht mehr fortlaufend aktualisiert werden, nichtsdestoweniger behält es seinen Informationswert bzgl. der regionalen Unternehmenslandschaft, der Berufsprofile und Kontaktmöglichkeiten zu den gelisteten Betrieben bei. Von den Unternehmen wurde das Portal hinsichtlich seines Nutzens durchweg positiv bewertet und sie sind bereit, den Fortbestand der Website über das Projektende hinaus zu unterstützen. Dazu werden gegenwärtig verschiedene Optionen geprüft. ■

Gudrun Täntzler

Projektleiterin, Verein zur Förderung der beruflichen Bildung in der Region Altmark West e.V., Salzwedel

Tel. (03901) 30 149 -16

taentzler@vfb-saw.de

[1] Vgl. auch die Anmerkungen der DJI-Studie „Jugend im Blick“ zu diesem Thema. S. Artikel in diesem Heft, S. 31.

[2] „Junge Köpfe – Karriere in der Altmark“ war Sonderprojekt des Modellvorhabens LandZukunft des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft.

Shell Jugendstudie:

Fokus auf das Hier und Jetzt

Prof. Dr. Gudrun Quenzel

Jugendliche wachsen heute in einer demokratischen und pluralistischen Gesellschaft auf, die vom technologischen und sozialen Wandel geprägt ist. Sie stehen vor der Herausforderung, in dieser sich wandelnden und sich zunehmend ausdifferenzierenden Gesellschaft eine stabile Persönlichkeit herauszubilden. Angesichts der Vielfalt an Handlungsanforderungen und Handlungsalternativen ist dies keine einfache Aufgabe – wie die 17. Shell Jugendstudie vom Oktober 2015 herausarbeitet.

Viele Ergebnisse sind für Jugendliche in Stadt und Land gleichermaßen relevant, etwaige Unterschiede sind hier eher marginal:

- Jugendliche sind heute leistungsbereit; materielle Sicherheit und der Fokus auf das Hier und Jetzt sind ihnen wichtig.
- Mehrheitlich haben Jugendliche das Gefühl, weder große Planungssicherheit für die persönliche Lebensgestaltung noch für die Veränderung der Gesellschaft zu haben.
- Um sich möglichst gut für die als unsicher empfundene Zukunft aufzustellen, sind Jugendliche mehrheitlich bereit, viel Zeit in ihre Bildung zu investieren.
- Neben einer möglichst hohen Bildung sind für Jugendliche vertrauensvolle Freunde und eine Familie, die Geborgenheit schenkt, zentrale Ressourcen für die Zukunft.
- Wir beobachten, dass sich Jugendliche seit einigen Jahren wieder verstärkt für Politik zu interessieren beginnen.

Bildung als Schlüssel zur Zukunft

Bildung kommt im Leben der Jugendlichen eine Schlüsselrolle zu, das gilt für Jugendliche in Stadt und Land gleichermaßen. Nur mit einem hinreichenden Schulabschluss ist es aus Sicht der meisten Jugendlichen möglich, ihre oft ehrgeizigen beruflichen Wünsche zu verwirklichen. Ihre Bildungsaspirationen gehen vielfach deutlich über den Schulabschluss hinaus, der in der Schulform angeboten wird, die sie besuchen.

Foto: Shell Deutschland

Prof. Dr. Gudrun Quenzel
Technische Universität Dortmund
gudrun.quenzel@tu-dortmund.de

Gerade dem Angebot an weiterführenden Schulen auf dem Land kommt deshalb eine wichtige Rolle zu. Denn inzwischen strebt mehr als jeder Zweite (55 %) das Abitur oder die fachgebundene Hochschulreife an. Ganz anders betrachten Jugendliche den Hauptschulabschluss, den nur noch 8 % von ihnen erwerben wollen. Im Jahr 2002 waren es noch 14 %. Damit setzt sich der Trend steigender Bildungsaspirationen ungebrochen fort. In Großstädten wie Hamburg und Frankfurt hat dieser Trend inzwischen dazu geführt, dass mehr als 50 % eines Jahrganges das Gymnasium besuchen; für ländliche Gebiete mögen die Vergleichszahlen nicht ganz so hoch sein, aber der Trend gilt hier ebenso.

Die Relevanz des Schulabschlusses für das weitere Leben zeigt sich dabei deutlich in den Chancen der Jugendlichen auf dem Arbeitsmarkt. So sind mehr als die Hälfte (54 %) der Jugendlichen, die die Schule ohne Schulabschluss verlassen haben, zum Zeitpunkt der Befragung arbeitslos oder nicht erwerbstätig. Von den Jugendlichen mit Hauptschulabschluss ist mehr als ein Fünftel (22 %) arbeits- oder erwerbslos, von denjenigen mit Realschulabschluss nicht ganz ein Sechstel (14 %) und bei den Abiturientinnen und Abiturienten weniger als ein Zehntel (7 %). Die Höhe der Jugenderwerbslosigkeit in den ländlichen Gebieten ist dabei sehr unterschiedlich. In Oberbayern und Schwaben liegt sie bspw. deutlich unter dem Bundesdurchschnitt, in vielen Regionen Mecklenburg-Vorpommerns hingegen deutlich darüber.

Soziale Spaltung nimmt zu

Mit zunehmender Sorge beobachten wir seit der Shell Jugendstudie 2002, dass ein Teil der Jugendlichen mit den steigenden Anforderungen unter den gegenwärtigen Bedingungen offenbar nicht mithalten kann. Vor allem bei den Jugendlichen auf den in einigen Bundesländern noch bestehenden Hauptschulen macht sich in den letzten Jahren zunehmend das Gefühl breit, dass „gut“ nie „gut genug“ sein wird und dass sie den hohen und auch noch permanent steigenden schulischen und beruflichen Anforderungen nicht genügen können. Ihre sinkenden Zufriedenheitswerte deuten darauf hin, dass sie immer weniger das Gefühl haben, ihre – ohnehin

moderaten – beruflichen Wünsche verwirklichen zu können und sich zunehmend als abgehängt von der gesellschaftlichen Entwicklung wahrnehmen.

Diese Jugendlichen machen in den Shell Jugendstudien seit 2002 durchgehend (und je nach genau angelegtem Kriterium) etwa 15 % aus. Dass ihr Anteil nicht größer wird, sollte nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich die Schere zwischen diesen Jugendlichen und der großen Mehrheit, der es insgesamt gut geht, immer weiter öffnet und diese Gruppe Jugendlicher dadurch immer weiter abgehängt wird. Wie hoch der Anteil in den einzelnen Regionen ist, hängt dabei stark mit dem regionalen Arbeitsmarkt zusammen.

Familie hoch im Kurs

Neben der Bildung steht die Familie bei Jugendlichen hoch im Kurs. Noch nie haben sich Jugendliche so gut mit ihren Eltern verstanden wie heute. Dies gilt für Jugendliche in Stadt und Land gleichermaßen. Die große Mehrheit hat liberale, liebevolle und unterstützende Eltern, von denen sie Anerkennung bekommen und an die sie sich bei Problemen aller Art vertrauensvoll wenden. Mehr als 90 % der Jugendlichen geben an, ein gutes Verhältnis zu ihren eigenen Eltern zu haben, und immerhin 74 % sagen, sie würden ihre eigenen Kinder genauso oder ungefähr so erziehen, wie sie selbst erzogen wurden.

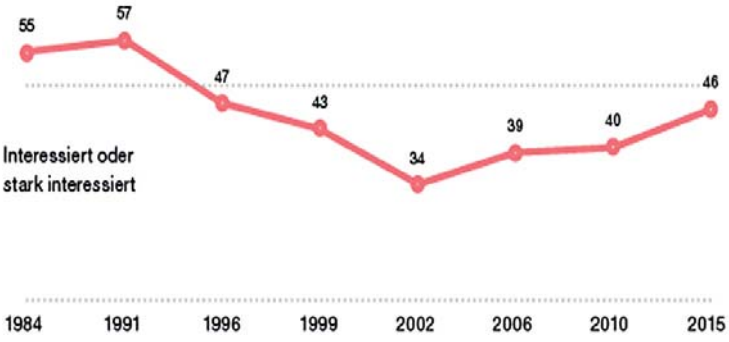
Demgegenüber messen Jugendliche einer potenziellen eigenen Familie immer weniger Bedeutung zu. Nur noch 63 % der Jugendlichen halten eine eigene Familie für erforderlich, um glücklich zu sein – 2010 waren es noch 76 %. Junge Leute meinen auch zunehmend seltener, dass man eigene Kinder für sein Lebensglück braucht (41 % 2015 nach 43 % 2010). Bei Jugendlichen aus dem ländlichen Raum ist die Bedeutung von Kindern für das Lebensglück besonders stark zurückgegangen (35 % 2015 nach 46 % 2010). Auch der Wunsch nach eigenen Kindern ging von Jugendlichen auf dem Land von 72 % im Jahr 2010 auf 64 % im Jahr 2015 besonders deutlich zurück. Es bleibt abzuwarten, ob dieser Rückgang vorübergehend ist.

Das Interesse an Gesellschaft und Politik nimmt zu

Seit einigen Jahren beobachten wir, dass sich Jugendliche in Stadt und Land wieder mehr für Politik interessieren. Dieses Interesse war nach einer Hochphase der 1980er und Anfang der 1990er Jahre kontinuierlich zurückgegangen (s. Abb. 1).

Viele Jungen und Mädchen hegen große Sorgen vor Krieg und vor Terroranschlägen und reagieren damit auf die Veränderungen der Weltlage in der jüngsten

Abbildung 1: Politisches Interesse steigt wieder an
Jugendliche im Alter von 15 bis 24 Jahren (Angaben in %)



Quelle: Shell Jugendstudie 2015

Vergangenheit. Sie nehmen wahr, dass Deutschland ein bedeutender Akteur in der internationalen Politik ist und weltweit und insbesondere in Europa auch eine besondere Verantwortung übernehmen muss. Dies aber mit einer deutlichen Präferenz dafür, dass Deutschland, vor allem auch eingedenk seiner besonderen moralischen Verantwortung angesichts der eigenen Geschichte, als „Zivilmacht“ auftritt. Militärische Engagements in der Welt stoßen bei den Jugendlichen eher auf geringe Zustimmung.

Da das Vertrauen in die Problemlösungskompetenz der politischen Parteien und anderer Interessenvertretungen gering bleibt, liegt die Vermutung nahe, dass sich das gestiegene politische Interesse nicht unmittelbar in einem erhöhten politischen Engagement niederschlagen wird – zumindest nicht in den etablierten Parteien und Interessenvertretungen. Nichtsdestoweniger haben sich fast sechs von zehn Jugendlichen schon einmal an einer oder mehreren politischen Aktivitäten beteiligt wie bspw. dem Boykott von Waren aus politischen Gründen und dem Unterzeichnen von Petitionen, wobei Online-Petitionen beliebter sind als Unterschriftenlisten. Jeder Vierte hat bereits an einer Demonstration teilgenommen und jeder Zehnte engagiert sich in einer Bürgerinitiative. ■

Die 17. Shell Jugendstudie ist im Fischer Taschenbuch Verlag unter dem Titel „Jugend 2015” erschienen. ISBN 978-3-596-03401-7, 19,99 €.

Eine Zusammenfassung der Studie kann auf der Seite www.shell.de/aboutshell/our-commitment/shell-youth-study-2015/multimedia.html heruntergeladen werden.

„Ich bleib erst mal hier.“

Entwicklung einer bedarfsorientierten Jugendarbeit in Landgemeinden

Stefan Lenz und Klaus Farin

Land – Provinz – Kleinstadt ist für viele Junge das, wo man weg will, dahin, wo das wilde Leben pulsiert, in die Großstadt. Wo Punk, Techno, HipHop und andere lebendige Szenen, Kulturen und Subkulturen blühen – je nach Geschmack, Style, politischer und musikalischer Orientierung für jeden etwas. Land bedeutet Saufen, Schützen- und Karnevalsvereine, Trachtenkapellen und Fußball, den gibt's überall. Aber richtige Szenen? Aus zwei Punks im Dorf wird bestenfalls eine Skatrunde, wenn sie noch einen dritten Verrückten finden, aber niemals eine wirkliche Szene. Land ist das, wo man unverschuldet herkam, bevor das eigentliche Leben begann. Land bedeutet: Ich will hier raus!

Die Landflucht der Jungen hat oft ganz prosaische Gründe: Universitäten findet man nun einmal in ländlichen Regionen eher selten. Überhaupt: Die beruflichen Perspektiven – die Chance, beruflich vorwärtszukommen, geschweige denn, einen Beruf zu finden, den man Jahrzehnte ausüben möchte – sind auf dem Land eher dünn gesät.

Soziale Kontrolle in Landgemeinden bietet auch soziale Wärme

Trotzdem wandern nicht alle Jungen ab. Viele, weil sie es sich schlicht nicht leisten können, weil sie nicht zu der von zu Hause gut bestückten Bildungs- und Kulturelite ihrer Region gehören, andere, weil sie es nicht wollen. Es ist ja auch nicht so, dass alle darunter leiden, dass jeder und jede im Dorf sie kennt und jeden ihrer Schritte begleiten. Dass Rollenveränderungen eigentlich nicht vorgesehen sind. Für viele übersetzt sich die engmaschige soziale Kontrolle in Landgemeinden mit sozialer Wärme, füreinander da sein, familiale Intimität statt gesichtsloser Anonymität.
Wir erleben gerade eine Renaissance des Regionalpatriotismus auch unter Jugendlichen. „Heimatliebe“ zu zeigen und auszuleben ist auch für viele Junge außerhalb von Bayern heute nicht mehr peinlich, nicht mehr „rechts“ und „nationalistisch“, sondern Teil ihrer Alltagskultur und Identitätssuche. Das Dorf als Hort der Sicherheit, als Ruhepol inmitten einer sich global immer schneller, unüberschaubarer und vor allem unbeeinflussbar verändernden Welt. „Hier ist die Welt noch in Ordnung.“

Traditionelle Angebote auf dem Prüfstand

Ist sie das wirklich? Gelingt es Dörfern und Landgemeinden wirklich noch, die Welt draußen zu halten? Wollen sie das überhaupt, vor allem die Jungen, auch die, die gerne in ihrem Dorf und in ihrer Landgemeinde leben? Aktuelle Beobachtungen zeigen eher, dass Veränderungen, die DIE Jugend in den letzten Jahrzehnten durchlaufen hat, zwar in den Städten sichtbarer zutage treten, aber auch auf dem Land stattfanden und weiter stattfinden. Freiwillige Feuerwehren, kirchliche und andere Jugendgruppen und -verbände, sogar Karnevals- und Schützenvereine klagen vielerorts über Nachwuchsmangel. Traditionen erodieren. Auch Jugendliche, die gerne in Landgemeinden leben, schließen sich nicht mehr automatisch den Jugendgruppen und Vereinen ihrer Eltern und Großeltern an. Sondern sie prüfen kritisch: Was bringt MIR das, wenn ich mich dort engagiere? Sinn und Spaß, nicht Pflichtbewusstsein motivieren Jugendliche zu Engagement. Auf dem Land nicht anders als in der Stadt. Werde ich dort, wo ich mich einbringe, akzeptiert, so wie ich bin? Auch in meiner Andersartigkeit als Jugendliche/-r, was Sprache, Mode, Musik u. a. Elemente meines Stils angeht? Kann ich von Anfang an nicht nur mitarbeiten, sondern auch mitbestimmen? Ist das Ziel unverrückbar festgeschrieben oder habe ich noch Einfluss darauf? Ist das Ziel überhaupt erreichbar, in einem absehbaren Zeitraum, nicht erst für die nächste Generation? Ist der Weg zum Ziel spannend, aufregend, eine Herausforderung für mich?

Foto: K. Zander

Stefan Lenz

Geschäftsführender Vorsitzender Postillion e.V.

stefan.lenz@postillion.org

www.postillion.org

Klaus Farin

freier Autor, Lehrbeauftragter und Vortragsreisender in Schulen und Hochschulen, Jugendklubs und Justizvollzugsanstalten, Akademien und Unternehmen. Vorsitzender der Stiftung Respekt – Die Stiftung zur Förderung von jugendkultureller Vielfalt und Toleranz, Forschung und Bildung, Berlin

klaus.farin@jugendkulturen.de

klausfarin.de

Foto: K. Farin

Wird dort nur geredet, geredet, geredet oder auch gehandelt? Sind die Menschen, mit denen ich mich engagiere, nett, cool, interessant? Kann ich mir vorstellen, mit ihnen nicht nur im Verein etc. zusammenzukommen, sondern auch ganz privat eine Party zu feiern und mehr? Finde ich bei meinem Engagement vielleicht sogar nicht nur neue Freunde, sondern auch eine feste Beziehung?

Landgemeinden und -organisationen werden sich den Bedürfnissen der Jugendlichen anpassen müssen

Spaß und Sinn müssen eine Einheit bilden, will man Jugendliche motivieren, sich zu engagieren, sich an eine Gruppe zu binden, sei es auch nur auf Zeit. Das bedeutet: wirkliche Partizipation, die Möglichkeit eines Engagements auf Zeit, Ganzheitlichkeit (Kopf und Körper werden beansprucht), möglichst flache Hierarchien, kreative Herausforderungen, Respekt. Die Jugendlichen fordern dies explizit eher selten – sie stimmen mit den Füßen ab und bleiben den Angeboten, die sich ihnen nicht zumindest ein wenig anpassen, einfach fern. Landgemeinden und dort beheimatete Organisationen werden sich den Bedürfnissen der Jugendlichen anpassen müssen, wollen sie nicht zur jugendfreien Zone werden.

Modell „Regionale Jugendstudie“

Und das bedeutet zunächst, diese Bedürfnisse auch zu kennen. Das Archiv der Jugendkulturen, Berlin, entwickelte deshalb in Zusammenarbeit mit lokalen Partnerinstitutionen das Modell einer regionalen Jugendstudie, auf deren Basis gezieltes und nachhaltiges politisches und pädagogisches Handeln möglich ist. Die Besonderheit der Studie liegt darin, dass die Jugendlichen selbst aktiv eingebunden werden: Sie werden nicht nur befragt, sondern entwickeln in verschiedenen Settings eigene Ideen, Wünsche und Positionen. Sie erkennen dabei, dass die Erwachsenenwelt sich für ihre Perspektive interessiert und ihre Partizipation ausdrücklich erwünscht ist. Insofern ist es die Zielgruppe selbst, die bei der Entwicklung und Implementierung neuer Methoden mitwirkt. Identifikation – mit der Schule, dem Jugendhaus, der Gemeinde – entsteht letztlich nur durch Teilhabe und die Erfahrung von Respekt.

Nach einem ersten Durchlauf in Waldshut-Tiengen 2013 wird das Projekt seit 2014 in acht Städten und Gemeinden im Rhein-Neckar-Kreis umgesetzt. Partner und Träger des Projektes vor Ort ist der anerkannte freie Träger der Kinder- und Jugendhilfe Postillion e.V. Er ist Träger von zahlreichen Kindertageseinrichtungen (Krippen, Kindergärten, Horte, Kernzeitbetreuungsangebote) im Rhein-Neckar-Kreis und betreibt dort zudem Einrichtungen der Offenen Jugendarbeit im Auftrag der jeweiligen Kommune. Darüber hinaus bietet der Verein Schulsozialarbeit sowie ambulante erzieherische Hilfen für das Kreisjugendamt Rhein- Neckar an. Derzeit beschäftigt Postillion e.V. 400 Mitarbeiter/-innen.

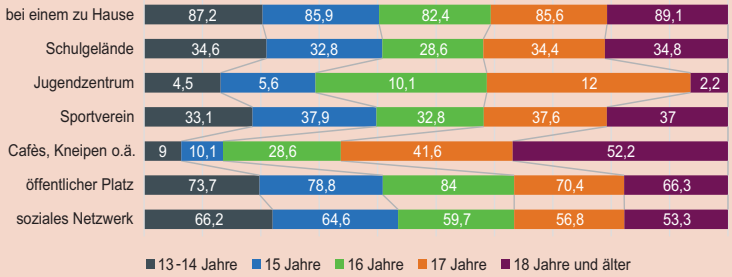
Mit Mobiler Jugendarbeit flexibler auf Bedürfnisse Jugendlicher eingehen

Die Offene Jugendarbeit des Postillion e.V. bot bisher vor allem eine sog. Komm-Struktur an, d. h. Jugendliche mussten den Weg zu den Angeboten der Jugendarbeit größtenteils selbst finden, auch wenn die Kolleg/-innen durchaus im Gemeinwesen präsent waren. Es konnte oft nur der dominante Teil der Jugendszene aufgefangen werden und gerade diejenigen Jugendlichen fielen durch das Raster der sozialpädagogischen Fachkräfte, die Hilfe und Unterstützung am meisten benötigten. Gleichzeitig machten von uns durchgeführte Sozialraumstudien deutlich, dass Jugendliche sich oftmals von der Erwachsenenwelt ausgegrenzt oder diskriminiert fühlten. Hinzu kam, dass die Kommunalpolitik vor allem darauf fixiert war, dass möglichst viele Arbeitsstunden in die Öffnungszeiten des Jugendhauses gesteckt werden sollten. Jugendliche sollten von den Straßen weg in das Jugendhaus gebracht werden. Einige Kommunalpolitiker „wussten“ immer, was für Jugendliche gut ist und was Jugendliche am besten machen sollten.

Infolge dieser Beobachtungen bzw. von Problemen in der Offenen Jugendarbeit hat der Postillion e.V. 2012 sein System auf Mobile Jugendarbeit umgestellt. Die Umstellung hat sich bewährt, da die Mitarbeiter/-innen der Jugendarbeit sehr viel flexibler auf die Bedürfnisse der Jugendlichen eingehen können. So können auf der einen Seite im Jugendhaus verstärkt Angebote gemacht werden, aber gleichzeitig kann es auch sein, dass verstärkt auf der Straße gearbeitet wird. Die sozialen Netzwerke haben die Möglichkeiten der Jugendarbeit noch verstärkt, weil Jugendliche in Echtzeit über WhatsApp, SimsMe oder Facebook etc. über aktuelle Angebote und Öffnungszeiten informiert werden können.

Dennoch bleibt die Frage der Legitimation der Jugendarbeit in einem solch offenen System, das versucht, nicht von Erwachsenen den Bedarf von Jugendlichen definieren zu lassen und damit der Jugendarbeit konkrete Arbeitsaufträge zu geben, sondern dies von den Jugendlichen selbst verlangt. Hierzu gibt es sehr gute und brauchbare Methoden der Sozialraumanalyse, die jedoch für unsere Zwecke nicht ausschließlich geeignet sind. Es fehlte bislang an geeigneten Methoden, die Beteiligung von Jugendlichen in der Jugendarbeit nicht

Abbildung: Treffpunkte nach Alter



Quelle: „Ich bleib erst mal hier." Jugend in Waldshut-Tiengen.

nur als einmaliges Event, sondern dauerhaft in den Kommunen zu etablieren. Neben Methoden brauchte es auch eine neue Arbeitshaltung der Fachkräfte.

So wandte sich Postillion e.V. an Aktion Mensch und bekam den Zuschlag für eine dreijährige Förderung eines Modellprojektes zur Entwicklung und Implementierung einer bedarfsorientierten Jugendarbeit. In Zusammenarbeit mit dem Archiv der Jugendkulturen e.V., Berlin, und der Universität Essen-Duisburg sowie fachplanerisch unterstützt vom Jugendamt des Rhein-Neckar-Kreises startete das Projekt mit einem groß angelegten Jugendsurvey zu den Bedarfen der ansässigen Jugendlichen zwischen 13 und 18 Jahren. Diese Bedarfsabfrage war einmalig und diente der Diskussion mit den Kommunen. Mit Fortbildungen und Exkursionen wurden Veränderungen der Arbeit angestrebt. Im Folgenden werden einzelne (methodische) Verfahrensweisen, auf welche die Mobile Jugendarbeit in der Praxis bisher zurückgreift oder zukünftig zurückgreifen kann, in ihren Potenzialen und Schwierigkeiten genauer erläutert.

Bedürfnisse in Alltagssituationen erkennen

Da sich Mobile Jugendarbeit ohnehin an den Interessen der Jugendlichen orientiert, sind Fachkräfte generell darin geübt, in den Interaktionen mit ihnen genau hinzuhören und die Wünsche und Bedürfnisse der Jugendlichen wahrzunehmen. Neben dem „professionellen Blick" auf bestimmende Lebensthemen für Jugendliche verfügen die Fachkräfte über ein geschultes „offenes Ohr", wodurch die in Äußerungen versteckten Bedürfnisse besonders wahrgenommen und verstanden werden. Professionelles Erkennen der teilweise durch schwierige Lebensrealitäten verdeckten Wünsche und Bedürfnisse zeichnet eine Mobile Jugendarbeit aus und stellt eine zentrale Prämisse einer gelingenden Jugendarbeit dar. Gleichzeitig muss jedoch erwähnt werden, dass diese Form der Erfassung von Bedarfen auch stark von den professionellen Deutungsmustern der Fachkräfte abhängig ist. Auch Fachkräfte sind durch eigene Lebenserfahrungen geprägt und verfügen dadurch über möglicherweise differente Wissensbestände und damit auch verschiedene Interpretationsmuster.

Gruppendiskussionen und Interviews praktikabel für die Erhebung jugendlicher Bedürfnisse

Gruppendiskussionen stellen eine methodisch gesicherte Möglichkeit dar, jugendliche Bedürfnisse von Cliquen zu erfassen. Die Gruppendiskussionen zielen darauf ab, selbstläufige Gespräche unter den Teilnehmenden anzuregen. Die Diskussionsimpulse sind dabei sehr offen gestaltet, damit Raum für Erzählungen gegeben ist. Dadurch, dass die Interviewer den Relevanzsetzungen der Jugendlichen in ihren Geschichten und Erzählungen folgen, kann die Situation in der Kommune aus jugendspezifischer Sicht gut erfasst werden. Mit der Transkription werden die Ergebnisse einer weiteren Analyse zugänglich. Dies kann bspw. durch ein externes Fachkräfteteam (der Mobilen Jugendarbeit) erfolgen. Positiv zeichnet sich diese Methode dadurch aus, dass sie sich voll und ganz an den Relevanzsetzungen der Jugendlichen orientiert, ohne dabei Spezialkenntnisse der Fachkräfte in qualitativer Sozialforschung vorauszusetzen. Allerdings muss ein Modus gefunden werden, der eine Analyse der Diskussionen ermöglicht, ohne dass dafür immense Zeitressourcen benötigt werden.

Videogestützte Bedarfsanalysen bieten einen breiten Spielraum in der Realisation. So sind Videoprojekte mit Jugendlichen, jugendliche Videostreifzüge durch ihre Kommune oder Videobefragungen auf der Straße denkbar. Erste Videoprojekte in verschiedenen Kommunen zeigen, dass mittels des Mediums Film die konkreten Bedarfslagen der Jugendlichen gut an Entscheidungsträger in Gemeinderäten transportiert werden können, da hier eine authentische und wenig interpretierte Übermittlung jugendlicher Aussagen stattfindet. Videoprojekte bieten eine für die Jugendarbeit praktikable und mannigfaltig einsetzbare Methode, die Ideen und Ausdrucksfähigkeiten von Jugendlichen aufnimmt und sowohl den Fachkräften als auch Entscheidungsträgern zugänglich macht. Nachteilig wirkt sich bei dieser Methode aus, dass die technischen Anforderungen an die Fachkräfte mitunter nicht unerheblich sind.

Onlinegestützte Jugendbefragungen

Auch onlinegestützte Befragungsmethoden stellen eine mögliche Option dar, jugendliche Bedürfnisse zu erfassen. Festgestellt werden muss jedoch, dass bisher keine Erprobung derartiger Erfassungen durchgeführt werden konnte, da entsprechend angepasste Befragungssoftware bisher nicht existiert.

Es handelt sich dabei im Wesentlichen um die elektronische Adaption bestehender Methoden, die computergestützt aufbereitet werden und dadurch leichter über soziale Netzwerke oder Instant-Messaging-Systeme verbreitet werden. Inhaltlich sind sowohl die Erstellung von qualitativen Sozialraumprofilen auf Basis von Stadtkarten als auch reguläre quantitative Bedarfserfassungen denkbar. Onlinebefragungen bedienen sich der Netzwerke, die von Jugendlichen genutzt werden, wodurch mit relativ geringem Aufwand viele Jugendliche erreicht werden. Die Auswertung gestaltet sich durch die direkt digital verfügbaren Ergebnisse ebenfalls einfach, auch wenn abzusehen ist, dass die Entwicklung einer entsprechenden Software vermutlich sehr kostenintensiv ist.

Strukturierte Beteiligung der Jugendlichen im Ort

Viele Jugendliche haben durchaus ein Interesse an den sie betreffenden Zuständen und sind auch bereit, sich für ihre Interessen einzusetzen. Dieses Engagement ist häufig jedoch projektbezogen und an einen abgesteckten und für sie überblickbaren Zeitrahmen gebunden. Hier wiederum sind viele Jugendliche sehr kurzfristig bereit, sich zu engagieren. Genau für jene Jugendlichen, die nicht bestrebt sind, ein über mehrere Jahre bestehendes Wahlamt zu bekleiden, eignen sich folgende Beteiligungsformen:

Baustein 1:
Schaffung einer Öffentlichkeit

Die Mobile Jugendarbeit wird aufgefordert, ein Netzwerk interessierter Jugendlicher zu schaffen. Das ist kein fester Arbeitskreis, sondern erst einmal eine Adressliste (über E-Mail, WhatsApp, SIMSme etc.), so dass ad hoc eine Arbeitsgruppe zu einem Thema entstehen kann. Die Jugendlichen sollen auch über aktuelle Entwicklungen im Ort informiert werden. Jeder Jugendliche soll die Möglichkeit haben, in die Adressliste aufgenommen zu werden.

Baustein 2:
Beteiligungsverfahren durch die Verwaltung

Die Verwaltung verpflichtet sich, bei kommunalpolitischen Themen zu prüfen, ob Jugendliche im Ort angehört werden sollen. Hierbei bieten sich vor allem folgende Themen an:

- *öffentlicher Personennahverkehr*
- *Straßenverkehrsführung/Fußwege*
- *Schulentwicklungsplanung, Bebauungspläne*
- *öffentliche Infrastruktur (z. B. Schwimmbad)*
- *Treffmöglichkeiten (s. Abb.)*

Wenn die Verwaltung der Meinung ist, dass Jugendliche sich mit einer Verwaltungsvorlage beschäftigen sollten, erfolgt eine Mitteilung an die Mobile Jugendarbeit, die versucht, Stellungnahmen von Jugendlichen zu erhalten. Alle registrierten Jugendlichen werden angeschrieben und können sich an der Diskussion beteiligen. Hierzu ist eine geschützte Website einzurichten, auf der Jugendliche die Informationen abrufen können.

Baustein 3:
Beteiligungsverfahren auf Wunsch der Jugendlichen

Jugendliche sollen motiviert werden, ihre Interessen in das Gemeinwesen einzubringen. Dadurch kann eine höhere Identifikation mit der Kommune erzielt werden. Sie benötigen dabei jedoch Unterstützung, da kommunalpolitische Entscheidungen in der Regel viel Zeit in Anspruch nehmen und Jugendliche sich meist schnelle Lösungen erhoffen. Daher wird die Mobile Jugendarbeit beauftragt, Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen zeitnah zu erfassen und Jugendliche zu motivieren, einen Antrag an die jeweilige Gemeinde zu stellen, der eine Darstellung des Problems und einen Beschlussvorschlag enthält. Dieser Antrag soll in einer Gemeinderatssitzung behandelt werden, wenn das in der Gemeindeordnung vorgesehene Quorum erreicht wird. Die Verwaltung ist über den Antrag frühzeitig zu informieren und kann in eigener Zuständigkeit den Antrag auf die Tagesordnung der Gemeinderatssitzung stellen. Ebenso sind die Fraktionen über den Antrag zu informieren.

Zahlreiche weitere Methoden und Möglichkeiten werden im Buch zum Projekt beschrieben. Eine ernsthafte Partizipation von Jugendlichen bedeutet jedenfalls neue Herausforderungen für die Jugendarbeit auf dem Lande, aber auch eine neue, zukunftsweisende Perspektive – nicht zuletzt, damit aus dem „Ich bin dann mal weg“ vieler Jugendlicher vielleicht ein „Ich bleib erst mal hier“ wird. ■

Die Ergebnisse und Praxisberichte aus dem Rhein-Neckar-Kreis erscheinen im Herbst 2016. Ein erster Bericht des Modellprojektes aus Waldshut-Tiengen liegt bereits als Buchveröffentlichung vor: „Ich bleib erst mal hier.“ Jugend in Waldshut-Tiengen. Archiv der Jugendkulturen Verlag 2014 (http://shop.jugendkulturen.de/publikationen-des-archivs/358-ich-bleib-erst-mal-hier-9783945398036.html).

Wettaktion jugend.macht.land #jml2015

Der Bund der Deutschen Landjugend e.V. (BDL) veranstaltete 2015 die bundesweite Wettaktion #jml2015, bei welcher einzelne Landjugend-Ortsgruppen Wetten mit Akteuren aus Wirtschaft, Politik oder Kultur aushandelten.

Wie auch schon bei anderen Aktionen des BDL (z. B. 72-h-Aktion) waren die Ziele der #jml2015-Aktion, der Landjugend eine Stimme zu geben und ihre Teilhabe an der Mitgestaltung des ländlichen Raums sichtbar zu machen. Auch sollte die Aktion einen Anstoß zum Dialog zwischen der Landjugend und anderen Akteuren schaffen. Die Wettideen waren sehr vielfältig und hatten unterschiedliche Schwerpunkte: Strandkörbe und Bänke wurden gebaut, Blut gespendet, Kartoffeln geschält, Stammzellspender typisiert, Grillplätze und Spielhäuser errichtet, Polka getanzt, Gehsteige saniert, Liebeserklärungen geschrieben und vieles mehr. Im Folgenden werden zwei der Wetten genauer vorgestellt.

Krokusstecken in Zahrensdorf

Bereits im Juni 2015 wettete die Landjugendgruppe „Drei Seen“ aus Zahrensdorf (Mecklenburg-Vorpommern) mit dem Bürgermeister Alfred Nuklies, dass sie es schaffen würde, auf einer Grünfläche im Ortskern von Zahrensdorf 1 200 Krokuszwiebeln zu stecken. Sollte die aus 25 Unterstützer/-innen bestehende Gruppe es schaffen, so wollte der Bürgermeister einen Grillabend spendieren. Am 9.11.2015 wurde die Wette umgesetzt und von der Landjugend gewonnen. Statt der angestrebten 1 200 schafften sie es sogar, 5 000 gespendete Zwiebeln zu stecken.

Foto: T. Tewde

Wettschwimmen in Dellstedt

Die Landjugendgruppe aus Dellstedt (Schleswig-Holstein) wettete mit den Gemeinden Wrohm, Dellstedt und Süderdorf, dass sie es schaffen würde, im örtlichen Freibad in zwölf Stunden 18 km zu schwimmen. Bei gewonnener Wette wollten die Gemeinden je geschwommener Bahn 25 ct geben. Hätte die Landjugend die Wette verloren, hätte sie auf einer Strecke von 18 km Müll gesammelt. Bereits Ende August 2015 wurde die Wettaktion durchgeführt. Von zwölf Uhr bis Mitternacht schwommen 51 Jugendliche im ständigen Wechsel auf der 25 m langen Bahn. Die Aktion war ein voller Erfolg. Statt der benötigten 720 Bahnen, schafften die Jugendlichen sogar 1 030 und kamen auf eine Strecke von 25,75 km. Dadurch konnten umgerechnet 257,50 € eingenommen werden. Mit der Aktion wollten die Jugendlichen darauf aufmerksam machen, dass immer weniger Kinder schwimmen lernen. Der eingenommene Betrag ging an die Schwimmlehrerausbildung der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft e.V. (DLRG).

Foto: V. Vehrs

Carolin Schweizerhof

Täglich grüßt das Murmeltier –

KLJB engagiert sich gegen Wiederholung der Flüchtlingsgeschichte

Daniel Steiger

Brennende Flüchtlingsheime, applaudierende Schaulustige, neu eingesetzte Bürgerwehren, Parolen wie „Das Boot ist voll“. Aber auch: Helfende Hände in Flüchtlingsunterkünften, Menschen, die Geflüchtete herzlich willkommen heißen und gegen rechte Strömungen demonstrieren.

All das erinnert mich stark an die 1990er Jahre, als Kriege und Konflikte u. a. auf dem Balkan, in der Türkei, im Nahen Osten und im Kongo wüteten und tausende von Menschen flüchteten. Allein 1992 kamen 440 000 Menschen zu uns nach Deutschland. Mit den Neuankömmlingen kamen auch Ängste auf, es fanden Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte statt. Es kam zu Unruhen, die sich auch in die Politik übertrugen – und die wiederum Politiker/-innen zur Stimmungsmache ausnutzten. Im Dezember 1992 wurde dann als Reaktion auf die aufgeheizte Stimmung und die große Anzahl der Flüchtlinge das Asylrecht eingeschränkt. Heute scheint sich all das zu wiederholen. Bei all unseren Erfahrungen aus der Geschichte frage ich mich dann doch immer wieder: Haben wir denn gar nichts dazugelernt?

KLJB geht auf Geflüchtete zu

Vor zwei Jahren hat die KLJB auf ihrer Bundesversammlung einen wichtigen Beschluss mit dem Titel „Willkommen in Deutschland – Unsere Verantwortung für Asylsuchende“ gefasst. Der Impuls, sich mit dem Thema intensiv zu befassen, kam direkt von der Basis. Der Diözesanverband München und Freising, in dessen Bereich Grenzübergänge zu Österreich liegen, war stark betroffen: Unsere Mitglieder haben vor Ort hautnah das Elend mitbekommen, als die ersten Flüchtlinge über die Grenze kamen. Daraufhin haben sie ihre Gruppenstunden geöffnet und Aktivitäten gestartet, um die jungen Flüchtlinge aufzunehmen und mit ihnen Freizeit zu verbringen.

Das Engagement der KLJB-Diözesan- und Landesverbände zum Thema Flucht ist genauso vielfältig wie die KLJB selbst. Was jedoch alle gemeinsam haben, ist die Offenheit, Freude und Toleranz, auf Flüchtlinge zuzugehen, sie willkommen zu heißen und die Bereitschaft, sie in unserer Mitte aufzunehmen. Bei Schnippeldiskos*, gemeinsamen Wanderungen oder im Theaterstück mit Geflüchteten zeigen KLJB-Jugendliche und junge Erwachsene, was Willkommenskultur wirklich bedeutet. Der Diözesanverband Mainz hat sogar sein KLJB-Haus als Flüchtlingsunterkunft zur Verfügung gestellt.

Auch politisch reden wir mit und stehen hier für mehr Offenheit, gelebte Toleranz und Nächstenliebe ein. Denn eins ist ganz sicher: Der Flüchtlingszuzug wird so schnell nicht enden. Die Menschen kommen hierher und bleiben fürs Erste hier. Fangen wir also an, eine ernsthafte Integration zu leben und hören wir damit auf, Zäune und Grenzen zu bauen!

Weitere Informationen, Statements und Aktionsvorschläge finden sich im Werkbrief für die Landjugend „Flucht – Zuflucht – Asyl … auf dem Land“ der Landesstelle der Katholischen Landjugend Bayerns e.V., 2015, 9,00 €.

Neben all der Integration, die wichtig und notwendig ist, müssen wir dringend präventive Lösungen suchen und dürfen die Fluchtursachen nicht aus den Augen verlieren. Denn außer Krieg und Terror gibt es auch noch andere Gründe, aus denen Menschen fliehen, auch wenn diese uns vielleicht nicht sofort bewusst sind. Unser übertriebener Konsum trägt dazu bei, dass Menschen in Armut leben, das Klima aufheizt und Menschen ihr Zuhause verlassen müssen, weil sie in ihrer Heimat keine Perspektive mehr haben.

Wir müssen uns ändern. Und unsere Gesellschaft im Ganzen muss sich verändern, weil sie sich zwangsläufig verändern wird. Besser wir gestalten sie mit, als dass es uns über den Kopf wächst. Wir haben gar keine andere Wahl. Unsere Möglichkeiten sind deutlich größer, als viele denken: z. B. durch einen vollständigen Rüstungsexportstopp, durch Fairen Handel und kritischen Konsum statt freie Marktwirtschaft und Wachstumswahn, durch die Rückkehr zu einem wertebasierten Europa.

Die KLJB steht dafür, im Zuwachs unserer Gesellschaft durch Geflüchtete eine große Bereicherung zu sehen. Wir möchten Menschen eine Heimat bieten, die keine Heimat mehr haben und wir sagen zu ihnen: „Herzlich willkommen!“ ■

Daniel Steiger

KLJB-Bundesseelsorger, Kath. Landjugendbewegung Deutschlands (KLJB) e.V., Bad Honnef-Rhöndorf

Tel. (02224) 9465-18
d.steiger@kljb.org facebook.com/KLJBde
www.kljb.org twitter.com/KLJBde

Foto: KLJB-Bundesstelle

* Eine kulinarische Protestaktion gegen die Verschwendung von Lebensmitteln, bei der Gemüse wie zweibeinige Möhren an öffentlichen Plätzen zu Musik und bei guter Laune geschnippelt, verarbeitet und anschließend verzehrt wird.

Foto: I. Schenk

Jugendliche werden zu Dorfraum-Pionieren

Ingo Schenk

Wenn Jugendliche ihr Dorf kennen und die Möglichkeit erhalten, ihr dortiges Lebensumfeld mitzugestalten, werden sie sich stärker mit dem Dorf verbunden fühlen und auch ihre Zukunft dort sehen. So lautet die Grundidee des Projektes „Dorf-Leben: Qualifizierung Jugendlicher zu Dorfraumpionieren“[1], das das Landesjugendpfarramt der Evangelischen Kirche der Pfalz von 2014 bis 2015 in fünf Dörfern bzw. Kleinstädten[2] der LEADER-Region Donnersberger Land und Lautrer Land in der Pfalz durchführte.

Ganztagsschule, Freizeitaktivitäten außerhalb des Dorfes sowie Freundeskreise in Sozialen Netzwerken führen immer stärker dazu, dass der unmittelbare Wohn- und Lebensort bei vielen Jugendlichen aus dem Blick gerät – auch bei der eigenen Zukunftsplanung. Hinzu kommt, dass Jugendliche oft kaum in die Dorfgemeinschaft und -politik eingebunden sind und wenig Mitspracherecht genießen. Damit jedoch fehlt ein wesentlicher Anreiz, sich mit dem eigenen Dorf zu identifizieren. Das Projekt soll indes nicht nur die Bindung der Jugendlichen an ihren Heimatort fördern – ihre Erkenntnisse sollen auch der Dorfentwicklung neue Impulse verleihen.

Insgesamt 60 Jugendliche konnten für die Ausbildung zum „Dorfraum-Pionier“ gewonnen werden. Sie kamen z. T. aus den ausgewählten Orten, z. T. waren es interessierte Jugendliche aus dem Jugendverband Evangelische Jugend Pfalz. Unterstützung und methodisches Rüstzeug erhielten sie u. a. durch zwei mitwirkende Projektbüros[3]. Mit Hilfe von Dorfbegehungen, Gesprächen mit lokalen Entscheidern und mit den Einwohnern erschlossen sich die Jugendlichen ihre Dörfer und deren „Baustellen“ und erkundeten auch die soziale Struktur der Orte. Sie erstellten umfassende Dorfporträts mit Informationen zu Lage und Geschichte des Ortes, seiner Wirtschafts- und Infrastruktur sowie den kulturellen und sozialen Angeboten, werteten Statistiken aus und analysierten Außendarstellung und Image des Ortes. Im Anschluss daran entwickelten sie Ideen und Lösungsvorschläge, die sie zusammen mit ihren Dorfanalysen der Dorföffentlichkeit im Rahmen einer Ergebnispräsentation vorstellten. Im Laufe dieses Prozesses lernten sie, ihren Ort nicht nur aus einer reinen Jugendperspektive zu sehen. Stattdessen eigneten sie sich einen erweiterten Blick auf den gesamten Dorfraum an und wurden so zu Experten ihrer Dörfer.

In den Analysen kamen Themen wie z. B. Leerstand, Finanzlage, Renovierungsstau, Begegnungsorte für die Bevölkerung, Integration von Neubürgern, Kirche, Politik oder das Image des Ortes zur Sprache. Oft attestierten die Teilnehmer/-innen den Orten auch ein fehlendes Gemeinschafts- und Zusammengehörigkeitsgefühl (Ausnahme Kollweiler), teilweise bedingt durch das Fehlen sozialer Treffpunkte.

Foto: privat

Ingo Schenk

Referent für Grundsatzfragen und Organisationsentwicklung, Landesjugendpfarramt der Evangelischen Jugend der Pfalz, Kaiserslautern

Tel. (0631) 3642 - 018
schenk@evangelische-jugend-pfalz.de
www.ev-jugend-pfalz.de

[1] Das Projekt ist eine Weiterentwicklung von „Dorf-Leben“, das von 2010-2013 in drei Dörfern durchgeführt wurde.

[2] Die Kleinstädte Lauterecken (2 161 Einw.) und Obermoschel (1 058 Einw.) sowie die Dörfer Kollweiler (486 Einw.), Alsenbrück-Langmeil (747 Einw.) und Weilerbach (4 523 Einw.)

[3] „Pro-Provincia“, Inh. Albert Herrenknecht, und „Institut für Professionalisierung und Qualifizierung pädagogischer Praxis“, Inh. Prof. Dr. Bernhard Haupert

Zwei Dinge stellten sich im Verlauf des Projektes sehr schnell heraus:

1. Jugendliche sind sehr an ihrem Heimatort interessiert und möchten ihn mitgestalten.

Die Jugendlichen der beteiligten Orte ließen sich leicht für das Projekt gewinnen. Entgegen vielfacher Skepsis im Hinblick auf ihr Durchhaltevermögen blieben sie bis zum Schluss dabei und arbeiten auch nach dem offiziellen Ende des Projektes an ihren Ideen weiter. Dabei verfolgten sie nicht nur ihre eigenen Interessen. Im Gegenteil achteten sie sehr auf das Leben im Dorf (bspw. auf die Situation alter Menschen) und zahlreiche Vorschläge, die während der Ergebnispräsentationen vorgestellt wurden, zielten auf das Dorf und die Dorfgemeinschaft als Ganzes ab.

2. Das Interesse der Erwachsenen lässt viel mehr zu wünschen übrig als das der Jugendlichen.

Oft fehlte bei den Erwachsenen die Offenheit, sich mit den Ergebnissen der Jugendlichen auseinanderzusetzen und Altheergebrachtes zu hinterfragen. Das Interesse an dieser Form der Jugendarbeit war selbst bei den hauptamtlich dafür Zuständigen gering. Deutlich trat auch eine Haltung des Nicht-ernst-Nehmens und des fehlenden Respekts gegenüber den Jugendlichen und ihrem Engagement zutage – Letzteres liegt nicht zuletzt im Bild von Jugend auf Seiten der Erwachsenen begründet. Verkrustete Strukturen, stark an Personen geknüpfte Politik (wodurch die Kritik an der Sache zur Kritik an der Person und deshalb vermieden wird) sowie Mentalitäten einer ganzen Region können Neuerungen ebenfalls behindern.

Die Jugendlichen erkannten, dass auch sie sich organisieren müssen, um besser wahr- und ernstgenommen zu werden. Aus diesem Grund schlossen sie sich in Kollweiler zu einer Landjugend-Ortsgruppe zusammen, deren erstes Ziel es ist, einen Jugendraum zu ermöglichen. In Weilerbach gründete sich ein Skaterverein, der in Zusammenarbeit mit der Ortsverwaltung einen Skaterpark bauen möchte, um eine „positive“, akzeptierte Jugendkultur zu etablieren. In Alsenbrück-Langmeil erlangte die von den Jugendlichen eingebrachte Idee eines auf Genossenschaftsbasis geführten Bürgerhauses bei einem Bürgervotum 80%ige Zustimmung. In Lauterecken werden ein Familienforum und ein Wirtschaftsforum geplant, die das Image des Ortes verbessern sollen, während die Jugendlichen in Obermoschel Ideen entwickeln, um etwas gegen die mangelnde Kommunikation und Beteiligung im Ort zu tun.

In Kooperation mit der LEADER-Region Pfälzerwald plus wird das Dorfraum-Pionier-Projekt in der aktuellen Förderperiode für die Region Pirmasens-Pfälzerwald neu beantragt. Zugleich wird eine Weiterführung des Projekts in der LEADER-Region Donnersberger und Lautrer Land beantragt, das nun über einen Zeitraum von 4-5 Jahren laufen soll. Die zuvor als Dorfraum-Pioniere qualifizierten Jugendlichen sollen nun in ihren Orten als „Dorfentwickler“ aktiv werden. Zusätzlich werden neue Dorfraum-Pioniere ausgebildet. Mit Blick auf die regionale Zukunft wird so eine neue Generation ausgebildet, die mit Methoden der Dorfraumanalyse und Dorfentwicklung vertraut ist, im Idealfall ins Dorf zurückkehrt und künftig die lokale Politik und das Dorf mitgestaltet. ■

Was fällt auf? Dorfbegehungen schärfen den Blick auf den Heimatort.

Wo bitte geht's hier zur Partizipation?

Jugend Macht Zukunft unterstützt junge Menschen auf ihrem Weg zu mehr Beteiligung!

Julia Krüger

In Sachsen-Anhalt hat sich der Kinder- und Jugendring Sachsen-Anhalt e.V.* auf seine Agenda geschrieben, das politische Interesse und Engagement der jungen Menschen durch sie selbst stärker in die Öffentlichkeit zu tragen. Jugend Macht Zukunft ist ein Projekt, welches mit vielfältigen Aktionen und Methoden die Partizipationsstrukturen von jungen Menschen in Sachsen-Anhalt stärken, ausbauen und nachhaltig sichern soll.

Mittels verschiedener Projektbausteine greift Jugend Macht Zukunft die unterschiedlichen Interessen und Bedarfe junger Menschen aus den Landkreisen und kreisfreien Städten des Landes Sachsen-Anhalt auf. Ziel ist es, jungen Menschen das Handwerkzeug mitzugeben, für sich und ihre Bedürfnisse sowie Forderungen einzutreten. Im Rahmen von Jugend Macht Zukunft können Kinder und Jugendliche als Junge Zukunftsgestalter/-innen direkt mitgestalten, sich informieren sowie über ihre Mitbestimmungsmöglichkeiten in all ihren Lebensbereichen diskutieren und selbst Partizipationsprozesse vor Ort anstoßen.

Mikroprojekte stärken Mitbestimmung

Zur Stärkung der Selbstverantwortung und Selbstorganisation können junge Menschen ihre Ideen in eigenen Mikroprojekten umsetzen. In den Mikroprojekten diskutieren Kinder und Jugendliche unter 27 Jahren über die Chancen und Möglichkeiten von Mitbestimmung oder leben auch direkt Partizipation. Der Kinder- und Jugendring Sachsen-Anhalt e.V. erhält von der Stiftung Demokratische Jugend Fördermittel, die er dafür einsetzt, junge Menschen mit einem Zuschuss von bis zu 200 € pro Projekt zu unterstützen. So nahmen im Jahr 2015 in 50 Mikroprojekten junge Menschen ihre Mitbestimmung selbst in die Hand. Bspw. besuchten junge Menschen aus dem ländlichen Raum eine Unterkunft für Geflüchtete und trafen dort auf Kinder und Jugendliche, kamen mit den jungen Geflüchteten ins Gespräch und überlegten anschließend, wie sie sich aktiv für eine gemeinsame Willkommenskultur vor Ort einsetzen können. Sie erarbeiteten dazu erste Konzepte zu Probeausbildungen in helfenden Jugendverbänden, die sie gemeinsam mit jungen Geflüchteten durchführen könnten.

Mit den ebenfalls von der Stiftung Demokratische Jugend geförderten Beteiligungstaschen mit Informationsmaterial unterbreitet Jugend Macht Zukunft gezielt ein niedrigschwelliges Angebot, das junge Menschen proaktiv dazu anregt, sich selbständig über ihre Lebenssituation, Interessen und Bedarfe Gedanken zu machen und diese anschließend nach außen zu tragen und sich so in gesellschaftliche Prozesse einzumischen. Die Taschen bieten eine inhaltliche und methodische Bereicherung der alltäglichen Arbeit in Jugendverbänden, Jugendclubs, Schulklassen und Jugendgruppen vor Ort.

Foto: KJR LSA

Die Beteiligungstaschen bieten praxisorientierte Anregungen für Partizipation.

In den verschiedenen Projektbausteinen von Jugend Macht Zukunft machen junge Menschen aus ganz Sachsen-Anhalt immer wieder deutlich, dass sie bereit sind, sich für ihre Interessen stark zu machen und Verantwortung zu übernehmen. ■

Mehr Informationen zu dem Projekt Jugend Macht Zukunft gibt es unter
www.JugendMachtZukunft.de

und bei Facebook
www.facebook.com/Jugend.Macht.

Foto: KJR LSA

Julia Krüger

Kinder- und Jugendring Sachsen-Anhalt e.V., Magdeburg

Tel. (0391) 535 394 80
info@kjr-lsa.de
www.kjr-lsa.de

* Der Kinder- und Jugendring Sachsen-Anhalt e.V. ist die Arbeitsgemeinschaft der landesweit aktiven Jugendverbände sowie der Kinder- und Jugendringe der Landkreise und kreisfreien Städte.

Die ASG gratuliert …

… Martin Empl zum Vorsitz im SVLFG-Vorstand

Martin Empl hat mit Jahresbeginn 2016 den Vorsitz im Vorstand der Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau (SVLFG) übernommen. Der Präsident des Gesamtverbandes der deutschen Land- und Forstwirtschaftlichen Arbeitgeberverbände (GLFA) vertritt die Gruppe der Arbeitgeber in der SVLFG. Die ASG wünscht ihm alles Gute für die neue Aufgabe.

… Dr. Gerd Wesselmann zum 65. Geburtstag

Dr. Gerd Wesselmann ist Direktor des Bereichs Landwirtschaft der Westdeutschen Genossenschafts-Zentralbank und seit 2003 Mitglied im Kuratorium der ASG. Er feiert seinen 65. Geburtstag am 1. April 2016. Die ASG gratuliert ganz herzlich und wünscht ihm alles Gute, besonders eine gute Gesundheit.

Sachverständigenrat Ländliche Entwicklung gegründet

Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt gründete am 27. Oktober 2015 den Sachverständigenrat Ländliche Entwicklung. Am 12. Januar 2016 trat das Gremium, dessen Geschäftsführung beim Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft liegt, zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen. Der Sachverständigenrat widmet sich den Themen

- Demografie, Daseinsvorsorge, Soziales und Lebensverhältnisse,
- Wirtschaft, Arbeit und Finanzen,
- Landnutzung, Umwelt und Erholung.

Zu den 12 Beiratsmitgliedern zählt u. a. Prof. Dr. Peter Weingarten, Thünen-Institut, Leiter Institut für Ländliche Räume und Mitglied im ASG-Kuratorium. Vorsitzender des Rats ist Prof. Dr. Hans-Günter Henneke, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Landkreistages. Die ASG gratuliert allen Mitgliedern zu ihrer Ernennung.

Weitere Informationen unter: www.bmel.de/DE/Ministerium/Organisation/Beiraete/_Texte/SachverstaendigenratLaendlicheEntwicklung.html

Termin

Bundesweiter Wettbewerb für Städte und Gemeinden
Bewerbung beim Bundespreis „REGIOkommune“ bis 15. Juni 2016

Städte und Gemeinden mit innovativen Ansätzen zur Steigerung der Erzeugung, der Verarbeitung und des Absatzes regionaler Produkte und Dienstleistungen können diese vorstellen. Besonders erfolgreiche Konzepte werden von einer Jury ausgewählt und ausgezeichnet.

Weitere Informationen finden Sie unter: www.regiokommune.de

Lesetipp

Transitzone Dorf – Ein Ort zwischen Bodenreform und Kollektivierung

Projektgruppe Umsiedlerin (Hrsg.). Zank Verlag, 2015, 135 S., ISBN 978-3-941-77102-4, 19,95 €

Das Thema Migration spielte in der Nachkriegszeit auch in der ehemaligen DDR eine große Rolle, insbesondere für die ländlichen Räume. Viele Menschen wurden zur Umsiedlung gezwungen, andere zogen aus den zerstörten Städten aufs Land, wo es eher möglich schien, sich mit Arbeit und Nahrung zu versorgen, und Rückkehrer aus den ehemaligen deutschen Besatzungsgebieten mussten untergebracht werden. Im Rahmen eines Forschungsprojekts der Europäischen Ethnologie der Humboldt Universität Berlin wurde dieser Teil des dörflichen Alltagslebens in der DDR rekonstruiert. Hierfür wurden 2010 in den Dörfern der Prignitz, die besonders den Flüchtlingsstrom erlebten, Archivrecherchen durchgeführt, Tagebücher und Chroniken gelesen sowie Interviews mit Flüchtlingen, Umgesiedelten, Alt- und Neubauern geführt. cs

Migration und Integration in ländlichen Räumen am Beispiel der saarländischen Kreisstadt Merzig

Ursula Maria Roos, Dissertation, Philosophische Fakultät III der Universität des Saarlandes, 2016

In ihrer empirischen Untersuchung, die Erfahrungen und Sichtweisen von Personen mit Migrationshintergrund besonders berücksichtigt, konzentriert sich Ursula Maria Roos u. a. auf folgende Fragenstellungen: Wie verlaufen individuelle Integrationsprozesse in ländlichen Räumen? Welche Faktoren fördern bzw. behindern Integrationsprozesse? Inwiefern sind die in der Kreisstadt Merzig gewonnenen Erkenntnisse auf andere ländliche Räume übertragbar?

Zusätzlich bietet die Dissertation einen Überblick zum Forschungsstand von Migration und Integration in Deutschland und zu den besonderen Bedingungen für Integration in ländlichen Gebieten.

Abrufbar unter http://scidok.sulb.uni-saarland.de/volltexte/2016/6338/pdf/Dissertation_VerAffentlichung.pdf

Überregional aktive Kapitaleigentümer in ostdeutschen Agrarunternehmen: Bestandsaufnahme und Entwicklung

Andreas Tietz, Johann Heinrich von Thünen-Institut, Thünen Report 35, Dezember 2015

Überregional aktive Investoren sind in ostdeutschen Agrarunternehmen häufig zu finden. Um ihre Bedeutung abschätzen zu können, untersuchte Andreas Tietz in acht ostdeutschen Landkreisen insgesamt 676 Agrarunternehmen verschiedener Rechtsformen (GmbH, GmbH & Co. KG, Genossenschaft, AG) hinsichtlich der aktuellen Kapitaleigentümer und der Veränderungen in der Eigentümerstruktur seit 2007. Die Ergebnisse zeigen, dass die Bedeutung überregional aktiver Investoren je nach Bundesland sehr unterschiedlich ist. Besonders hoch ist sie in Mecklenburg-Vorpommern. Rund 34 % der hier von juristischen Personen bewirtschafteten Landwirtschaftsfläche im Untersuchungsgebiet gehören zu Unternehmen, die sich im Mehrheitseigentum von nicht ortsansässigen Personen befinden. Während der Verkauf landwirtschaftlicher Flächen genehmigt werden muss, wechseln über den Anteilskauf an Agrarunternehmen Flächen indirekt den Eigentümer, ohne dass eine Behörde davon erfährt. Die Größenordnung der so übertragenen Eigentumsfläche schätzt Tietz auf 21 % der staatlich erfassten Flächenverkäufe.

Abrufbar unter www.thuenen.de/media/publikationen/thuenen-report/Thuenen-Report_35.pdf

Der Markt für Breitbandinternet in Deutschland und Politikempfehlungen zu seiner Förderung

Henning Deist, Till Proeger und Kilian Bizer, Sonderforschungsgruppe Institutionenanalyse – sofia, Hochschule Darmstadt, sofia-Studien zur Institutionenanalyse Nr. 16-1, Februar 2016

Die deutsche Bundesregierung hat sich im Rahmen ihrer Digitalpolitik das Ziel gesetzt, bis 2018 Internet mit Übertragungsraten von mindestens 50 Mbit/s für alle deutschen Haushalte verfügbar zu machen. In der Studie der Darmstädter Wissenschaftler werden die Angebotsseite und die maßgeblichen Determinanten für eine flächendeckende Verfügbarkeit von Hochleistungsanschlüssen beschrieben und die einem weiteren Ausbau des Netzes zugrunde liegenden Wirkungszusammenhänge analysiert. Abschließend diskutieren die Autoren die Wirkung unterschiedlicher Förderpolitiken.

Abrufbar unter www.sofia-darmstadt.de/fileadmin/Dokumente/Studien/2016/Netzversion_Proeger_Breitband.pdf

Die Agrarsoziale Gesellschaft e.V. (ASG) ist ein gemeinnütziger Verein, der sich für die Verbesserung der Lebensverhältnisse in der Landwirtschaft und in den ländlichen Räumen einsetzt.

In ihrer Arbeit verknüpft die ASG wissenschaftliche Forschung, Gutachtertätigkeit, Bildung, Politik und Öffentlichkeitsarbeit.

Zu den bearbeiteten Themenfeldern gehören Agrar-, Sozial- und Umweltpolitik, Dorf- und Regionalentwicklung, Nachhaltigkeit und Ökologie, Strukturwandel in Landwirtschaft und ländlichen Räumen sowie Mensch, Gesellschaft und Umwelt.

IMPRESSUM

ISSN 0179-7603

Herausgeber
Agrarsoziale Gesellschaft e.V. (ASG)
Postfach 1144
37001 Göttingen
Tel. (0551) 4 97 09-0
Fax (0551) 4 97 09-16
info@asg-goe.de
www.asg-goe.de

Geschäftsführung
Dipl.-Ing. agr. Michael Busch
Dipl.-Ing. agr. Ines Fahning

Redaktion
Dipl.-Ing. agr. Ines Fahning
Karin Zander, M. A.

Namentlich oder mit Initialen gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Autors / der Autorin wieder. Sie ist nicht in jedem Fall identisch mit der Meinung des Herausgebers oder der Redaktion.

Layout
Mirko Wende, www.mirkomedia.de

Druck
MKL Druck GmbH & Co. KG, Ostbevern/Westfalen

Nachdruck und sonstige Verbreitung
(auch auszugsweise) nur mit Genehmigung der Agrarsozialen Gesellschaft e.V.

Ländlicher Raum
erscheint viermal im Jahr (jeweils zum Ende eines Quartals).
Bei der dritten Ausgabe handelt es sich um ein themenorientiertes Schwerpunktheft mit doppeltem Umfang.

Die Online-Ausgaben sind jeweils zehn Monate nach Drucklegung auf der ASG-Website als pdf-Datei verfügbar. Abonnenten/Abonentinnen können zusätzlich oder alternativ zur Print-Ausgabe auch die Online-Ausgabe erhalten.

Preise
Der Preis für ein Jahresabonnement „Ländlicher Raum" beträgt 36,- €
plus Porto. Für Mitglieder der ASG ist das Abonnement im Mitgliedsbeitrag (90,- €, Studenten 36,- €) enthalten.

Konto
Für Spenden und sonstige Förderbeiträge an die ASG:
Sparkasse Göttingen
IBAN: DE 57 2605 0001 0001 087 006
BIC: NOLADE21GOE

Gedruckt auf FSC-zertifiziertem Recyclingpapier.

Gefördert durch:

Bundesministerium
für Ernährung
und Landwirtschaft

aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages

ASG Agrarsoziale Gesellschaft e.V.